

VERFASSERIN: Stefanie Dreyer

KORREKTORIN: Dr. Eva Harasta

ABGABE: 1. April 2010

DIE KIRCHEN IN DER DDR
UND IHRE BEARBEITUNG DURCH DEN STAATSAPPARAT DER DDR
AM BEISPIEL DES „ZWICKAUER MODELLS“

ZULASSUNGSARBEIT für das

LEHRAMT AN REALSCHULEN

in der Fächerverbindung Deutsch, Evangelische Religionslehre, Geschichte

Am LEHRSTUHL FÜR EVANGELISCHE THEOLOGIE

der OTTO-FRIEDRICH-UNIVERSITÄT BAMBERG

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	1
2. DIE KIRCHENPOLITIK IM SED-STAAT	10
2.1 DIE VERFASSUNG DER DDR.....	10
2.2. DIE EVANGELISCHE KIRCHE	12
2.2.1 HISTORISCHE ENTWICKLUNG	12
2.2.2 THEOLOGISCHE STANDPUNKTE	18
2.2.3 DIE EVANGELISCHE KIRCHE UND AUSREISEWILLIGE	21
2.2.4 OPPOSITION IN DEN KIRCHEN	25
3. DIE BEARBEITUNG DER KIRCHE DURCH DAS MFS UND DIE SED	28
3.1 KIRCHENPOLITIK AUF DER REGIERUNGS- UND PARTEIEBENE	28
3.2 DAS MFS, STRUKTUREN, DIE KIRCHEN UND DAS VERHÄLTNISS ZUR SED.....	30
3.2.1 HA XX/4: KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN	33
3.2.2 RICHTLINIE 1/76.....	35
3.2.3 INOFFIZIELLE MITARBEITER.....	37
3.2.3.1 VERSCHIEDENE KATEGORIEN VON IM	39
3.2.3.2 IM IN DEN KIRCHEN UND DEREN MOTIVE	40
3.3 DIE KIRCHENPOLITISCHE ABTEILUNG DER OST-CDU	41
4. DIE BEARBEITUNG DER KIRCHE AM BEISPIEL DES „ZWICKAUER MODELLS“	44
4.1 AKTENLAGE	44
4.2 AKTIVITÄTEN DER KIRCHE IN ZWICKAU IN DEN 80ER JAHREN	46
4.2.1 BASISGRUPPEN UND „KONZILIARER PROZESS“	46
4.2.2 SONNTAGABENDGOTTESDIENSTE	51
4.3 KIRCHENPOLITIK IN ZWICKAU	58
4.3.1 REGIERUNGS- UND PARTEIEBENE.....	59
4.3.2 MFS-ORGANE	64
4.3.3 DOPPELSTRUKTUR.....	65
4.4 DIE BESONDERHEIT AM „ZWICKAUER MODELL“	66
4.4.1 OV „KAMMER I UND II“	69
4.4.2 EINSATZ „GESELLSCHAFTLICHER KRÄFTE“	74
5. SCHLUSSBETRACHTUNG	80
6. QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS.....	83
6.1 QUELLEN.....	83
6.2 LITERATUR.....	85
7. ANHANG	90
7.1 DOKUMENTE	90
7.1.1 „INFORMATION ÜBER DIE BILDUNG EINES EINSATZSTABES“	90
7.1.2 „GESELLSCHAFTLICHE KRÄFTE“	96
7.2 TRANSKRIPTION REPORTAGE „ZWICKAUER MODELL“ IM MDR AUGUST 2009	105
7.3 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	106
8. SELBSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG.....	108

1. EINLEITUNG

Die friedliche Revolution von 1989 fand in der DDR nicht nur in den großen Städten Berlin, Dresden und Leipzig statt, sie wurde auch von Oppositionsgruppen aus kleineren Städten getragen, wie zum Beispiel in der westsächsischen Industriestadt Zwickau. Zwickau hatte in den 80er Jahren ca. 120 000 Einwohner. In Zwickau befanden sich zwei Hochschulen und es wurde unter anderem der Trabant gebaut. Auch hier formierten sich Basisgruppen im Zuge des Konziliaren Prozesses, wie in Berlin.

Zwickau bildete in der DDR das Zentrum der Opposition im bevölkerungsreichsten Bezirk, dem Bezirk Karl-Marx-Stadt. Insbesondere in der Zwickauer Domgemeinde und der Versöhnungskirchengemeinde in Zwickau formierten sich Basisgruppen im Zuge der DDR-Opposition.

Basisgruppen sind politische Gruppierungen, die aus der Bevölkerung bzw. der gesellschaftlichen Basis hervorgehen. In Bezug auf die Kirche bedeutet dies, dass diese Gruppen von einzelnen Akteuren innerhalb der Gemeinde und nicht der Kirchenleitung gegründet wurden. Aufgrund dieser Gruppierungen gerieten auch Zwickauer Kirchen und Pfarrer in das Visier des Ministeriums für Staatssicherheit MfS. Dort wurde ein neues Modell der Bearbeitung der Kirche ausgetestet. Bearbeitung wird hier als Manipulation und Unterdrückung verstanden

Es wurde ein Einsatzstab entwickelt, der aus Teilen der städtischen Regierung und des MfS bestand. Staatsführung, SED und MfS waren daran gleichermaßen beteiligt. Die Leitung hatte jedoch das MfS inne. Außerdem waren sogenannte „gesellschaftliche Kräfte“ in das Modell eingebunden, die nicht hauptamtlich für das MfS oder die Regierung tätig waren, sondern einfache Bürger. Es hieß „Zwickauer Modell“, da es für die Situation, wie sie in Zwickau entstanden war, entwickelt und auch getestet wurde.

Ziel dieser Arbeit ist es, herauszuarbeiten, inwiefern dieses Modell stereotypisch für die Bearbeitung der Kirche in der DDR stehen kann und welche Besonderheiten daran zu erkennen sind.

Weiterhin soll dargestellt werden, wie sich die Kirche in der DDR behauptet hat und wie sie sich entwickelte. War die Kirche in den Staat eingegliedert? Wie war der Umgang der Staatsführung mit der Kirche? In der DDR gab es verschiedene staatliche Instanzen, denen verschiedene Konzepte, Motive und Methoden zu Grunde lagen. Besonders sei hier auf

Gespräche zwischen staatlichen und kirchlichen Vertretern hingewiesen. Welche Instanzen sind auf die Kirchen angesetzt worden und wirkten an der Kirchenpolitik mit? Wie verhielten sich diese Instanzen zueinander? Kann von einem Miteinander gesprochen werden oder gab es auch in der Staatsführung Machtkämpfe? Das MfS fällt an dieser Stelle besonders ins Gewicht. Diese Institution war und ist in seinen Kompetenzen umstritten. War das MfS wirklich nur „Schild und Schwert“ der Partei oder setzte es seine eigene Politik durch?

In Bezug auf die Kirche ist bedeutsam, zu analysieren, welche innerkirchlichen Konflikte und Standpunkte es gab, insbesondere auf die Opposition. Inwiefern kann die Kirche als Träger derselben angesehen werden und was bedeutet der Ausdruck „Schutzdach“ in diesem Zusammenhang? Bedeutsam für die Herausarbeitung des „Zwickauer Modells“ ist, wie die Kirche zu Ausreisewilligen und Antragstellern stand.

Passt das zu erklärende „Zwickauer Modell“ überhaupt in das System der DDR und inwiefern hängt es mit den obigen Fragestellungen zusammen? Welche Gründe gab es, dass es überhaupt notwendig wurde, ein solches Modell einzuführen und warum wurde diese ausgerechnet in Zwickau ausgetestet?

Diese Arbeit beschränkt sich auf die Struktur des Modells. Sie hat nicht zum Ziel die Teilnahme einzelner Personen und deren Bedeutung in dem Modell darzustellen. Lediglich in ihrer Position werden einzelne Akteure genannt. Dies ist unumgänglich, denn sonst kann die Zusammenarbeit der SED mit dem MfS kaum sichtbar gemacht werden. Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden jedoch Namen, insofern dies nicht bereits von Seiten der BStU vorgenommen wurde, unkenntlich gemacht. Für diese Arbeit sind nicht die Taten einzelner Personen von Bedeutung, sondern die Strukturen, die untersucht werden sollen. Allerdings gibt es eine Ausnahme, Pfarrer Dr. Edmund Käbisch stand mir sehr hilfreich als Zeitzeuge zur Verfügung und hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sein Name genannt werden darf. Er verfasste zahlreiche Aufsätze über die Situation der Kirche in Zwickau zur Zeit der DDR und ist der Urheber der Forschung über das „Zwickauer Modell.“ In Bezug auf Zwickau wird besonders die Ausreisebewegung in den Vordergrund der Arbeit gestellt, da diese die Situation in Zwickau von staatlicher Seite eskalieren lies und aufgrund dessen das Modell eingeführt wurde.

Diese Arbeit hat nicht das Ziel, das Staat-Kirche Verhältnis in der DDR genauestens zu untersuchen. Zweck dieser Arbeit ist es, die lokalen Gegebenheiten in Zwickau herauszuarbeiten und darzustellen, wie Kirche sich in der DDR zu behaupten versuchte und welche

Übereinstimmungen sich mit der Zwickauer Situation ergeben. Auch die staatlichen Strukturen werden lediglich so weit ausgeführt, wie für das Verständnis der Lage in Zwickau notwendig ist. Die Ausführungen über das MfS werden sich auf die Abteilungen, die mit der Bearbeitung der Kirchen in Verbindung standen, beschränken. Ebenso verhält es sich mit den anderen staatlichen Instanzen, dem Sekretariat für Kirchenfragen und der Kirchenpolitischen Abteilung der SED und Ost-CDU.

Des Weiteren bezieht sich diese Arbeit ausschließlich auf die evangelische Kirche in der DDR, weshalb der Begriff Kirche hier stets auf die evangelische Kirche zu beziehen ist. Zwar befand sich auch die katholische Kirche „als ‚kleine Herde‘ in einer doppelten Diasporasituation“.¹ Wenn man die Aktivität der katholischen Kirche mit der der evangelischen Kirche in der DDR vergleicht, so ist jedoch der Unterschied festzustellen, dass die katholische Kirche eine Minderheit in der DDR war und deswegen kaum Einfluss auf die Gesellschaft ausüben konnte.

Die katholische Kirche wurde in Bezug auf ihr Verhalten oft mit dem der evangelischen verglichen. Nimmt man diesen Maßstab, so erscheint die katholische Kirche im Vergleich „politisch abstinente“.² Dies steht im Zusammenhang mit ihrer Position als Weltkirche. Sie stand im

„Dienst ihres Herrn. Sie kann und darf sich von keiner außergöttlichen Macht ihre Daseinsberechtigung oder ihre Aufgaben zuteilen lassen, auch nicht vom Staat oder von einer staatstragenden Partei. [...] Deshalb hat die Trennung von Staat und Kirche einen kaum zu überschätzenden Wert. [...] In diesem Zusammenhang ist auf die besondere Bedeutung der Verklammerung unserer Kirche mit der weltweiten *ecclesia catholica*, mit dem Papst und dem Bischofskollegium der Weltkirche aufmerksam zu machen. Wir sind nicht eine Landeskirche, sondern katholische Weltkirche in einem Land.“³

Durch den Anspruch Weltkirche zu sein, sollte innerkirchlicher Pluralismus wie in der evangelischen Kirche nicht vorkommen bzw. eingeschränkt werden. Öffentliche Stellungnahmen wurden von der Gesamtkirche herausgegeben und nicht von einzelnen Vertretern. Auch verstand sich die katholische Kirche nicht als Kirche im Sozialismus wie die evangelische Kirche, sondern wahrte ihre weltumfassende Einheit.

Die Katholische Kirche in der DDR beschränkte sich auf die Ausübung von Religion, doch auch sie erlitt Verluste.⁴ Trotzdem interessierte sich das MfS auch für die katholische Kir-

¹ Raabe, Thomas: SED-Staat und katholische Kirche 1949-1989, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staats-

² Ebd., S. 356.

³ Zit. n. ebd., Dittrich, katholische Kirche, S. 354.

⁴ Vgl. Raabe, S. 368.

che, auch die SED führte Gespräche mit dieser. Die Akten weisen ebenfalls eine Beobachtung auf. Die Geistlichen sollten sich loyal gegenüber der Staatsführung zeigen. Indem sie neutral blieben und sich in den meisten Fällen auf reine Kulturausübung beschränkten, gerieten sie nicht in die Fänge der Opposition und wurden zum „Schutzdach“ wie die evangelische Kirche. Aufgrund dieser Gegebenheiten erscheint die katholische Kirche in der DDR gegenüber der evangelischen als eher unpolitisch.

Auch die Freikirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften werden hier außer Acht gelassen. Diese sind oft auch Träger der Opposition gewesen, besonders in Zwickau. Doch stellen diese ebenfalls eine Minderheit unter den Kirchen in der DDR dar und werden deshalb im Rahmen dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

In dieser Arbeit wird die deduktive Methode angewandt. Von den allgemeinen Gegebenheiten und Bestimmungen in der DDR wird auf die lokale Situation in Zwickau geschlossen. Um diese genau nachvollziehen zu können, ist es zunächst notwendig, die einzelnen Bestimmungen und staatlichen Institutionen vorzustellen. Im zweiten Teil der Arbeit, der sich direkt mit den Zwickauer Kirchen und dem „Zwickauer Modell“ beschäftigt, wird allerdings analytisch vorgegangen. Anhand einer ausführlichen Quellenanalyse werden Rückschlüsse auf die Geschehnisse gezogen. So kann schließlich dargestellt werden, inwiefern allgemeine Gegebenheiten auf Zwickau zutreffend sind. Doch auch im zweiten Teil wird deduktiv vorgegangen. Zunächst wird die allgemeine Lage in Zwickau erörtert, um dann das „Zwickauer Modell“ näher erläutern zu können. Lediglich in den Textabschnitten, die historische Tatsachen darlegen, wird chronologisch vorgegangen, um so die Einbettung der Vorkommnisse besser nachvollziehen zu können.

Der Begriff des „Zwickauer Modells“ tauchte in der Forschung erstmals in einem Vortrag Edmund Käbischs in den 1990er Jahren⁵ auf. Seine Forschung dauert bis heute an und führt immer wieder zu weiteren Erkenntnissen. Den Vortrag hielt er unter anderem im Juni 2009 in der BStU Dresden.⁶ Hier konnte er darlegen, dass das „Zwickauer Modell“ tatsächlich auch in anderen Kreisen des Bezirks angewandt wurde. Außerhalb der Forschung

⁵ Zit. n. Neubert, Erhart: Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 329-352, hier: S. 332. Käbisch, Edmund: Die Kirchen im SED-Staat. Das Zwickauer Modell der Kirchenbeeinflussung, Vortrag am 26.9.1994 vor dem Amtsgericht Zwickau, Typoskript.

⁶ Käbisch, Edmund: Das "Zwickauer Modell". Eine neue Form der Bekämpfung kirchlicher Basisgruppen durch SED und MfS 1988/1989, Vortrag in der BStU Chemnitz am 18.6.2009 und der BStU Dresden am 25. Juni 2009, der Vortrag ist in digitaler Form beigelegt.

Käbischs ist das „Zwickauer Modell“ bisher nicht untersucht worden. In der wissenschaftlichen Diskussion ist es bisher noch nicht weiter in Erscheinung getreten. Obwohl die Quellenlage vielversprechend ist, wurden die Thesen Käbischs in der Forschung noch nicht weiter untersucht.

Die Literaturlage in Bezug auf die kirchenpolitische Situation in Zwickau ist ausbaufähig. Neben Käbisch beschäftigte sich Katja Schlichtenbrede 1999 im Zuge ihrer Magisterarbeit⁷ mit den Zwickauer Basisgruppen und dem Staat-Kirche-Verhältnis der 80er Jahre. Auch sie ging quellenanalytisch vor und konnte die Zeit so umfassend betrachten. In Käbischs Publikationen sind ebenfalls umfassende Darstellungen der Zwickauer Oppositionsgruppen und des Staat-Kirche-Verhältnisses zu finden. In seinen Werken geht er auch auf den innerkirchlichen Konflikt, der in der DDR durch die Basisgruppen und den Pluralismus in der evangelischen Kirche entstand, ein. An dieser Stelle seien „Erinnerung an meine Arbeit am Dom“⁸ und „Langzeitwirkung der Stasibearbeitung“⁹ genannt. In Bezug auf das „Zwickauer Modell“ soll hier sein Aufsatz „Die letzten Jahre der DDR“¹⁰ genannt werden. Hier wurde der innerkirchliche Konflikt nochmal näher betrachtet.

Für die Ausarbeitung dieser Arbeit wurden neben dem privaten Archiv von Käbisch drei weitere Archive herangezogen: Das Zwickauer Stadtarchiv, das Staatsarchiv in Chemnitz und die Außenstelle Chemnitz der BStU. In den Archiven finden sich zahlreiche Akten zum Thema Kirche und Staat, die Stadt Zwickau und den Bezirk Karl-Marx-Stadt. Im Stadtarchiv fanden sich zum Thema Mitschriften bedeutsamer Pfarrergespräche und Gespräche mit der Kirchenleitung. Auch Briefe und Berichte über die Einschätzung der kirchenpolitischen Situation waren zu finden. Interessant waren Schnellhefter, die über jeden Pfarrer durch die Staatsführung angelegt wurden, um dort ihre Gesinnung und Gespräche

⁷ Schlichtenbrede, Katja: Alternative Gruppen in Zwickau in den 80er Jahren im Spannungsfeld von Staat und Kirche. Magisterarbeit Universität Leipzig 1999.

⁸ Käbisch, Edmund: Erinnerungen an meine Arbeit am Dom, in: Zur Zukunft gehört die Erinnerung. Materialsammlung mit Forschungsprojekten zur Aufarbeitung DDR-Geschichte, hg. v. Bildungswerk für Kommunalpolitik in Sachsen e. V. Hoyerswerda 2006, S. 88-105.

⁹ Käbisch, Edmund: Langzeitwirkung der Stasibearbeitung, in: Zur Zukunft gehört die Erinnerung. Materialsammlung mit Forschungsprojekten zur Aufarbeitung DDR-Geschichte, hg. v. Bildungswerk für Kommunalpolitik in Sachsen e. V. Hoyerswerda 2006, S. 105-122.

¹⁰ Käbisch, Edmund: Die letzten Jahre der DDR. Mein Alltag als evangelischer Pfarrer in Zwickau, in: Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, hg. v. C. Vollnhals. München 2002, S. 373-415.

zu sammeln und sie in den Räumen des Rates der Stadt griffbereit zu haben.¹¹ Allerdings waren im Stadtarchiv auch Akten zu finden, die durch den Postverteiler ebenfalls in den Rat des Bezirks gelangten, beispielsweise einzelne Gespräche und Berichte über die kirchenpolitische Situation.¹²

Im Staatsarchiv wiederum waren neben den Akten über Gespräche der Staatsführung mit Pfarren und Superintendenten kirchenpolitische Einschätzungen über sämtliche Kreise des Bezirkes im Rat des Bezirks Karl-Marx-Stadt zu finden. So wurde eindrücklich bewiesen, was für ein oppositionelles Zentrum Zwickau darstellte und welche Gefahr die Staatsführung hier witterte. Ebenfalls wurde dies bei der Betrachtung der Einschätzungen über die gesamte Landeskirche bzw. anderen Bezirke innerhalb der sächsischen Landeskirche deutlich.

Die Pfarrergespräche mit Staatsvertretern fanden sich in den Akten des MfS ebenfalls wieder.¹³ Hier wurden sie ausgewertet und Maßnahmen, die das „Zwickauer Modell“ begründen sollten, erarbeitet und geplant. In den Akten, die das „Zwickauer Modell“ betreffen, wird dies nochmals deutlich. Allerdings ist auffällig, dass offensichtliche Hinweise auf das Modell selbst, bisher ausschließlich in MfS-Akten zu finden waren. Sicher kann durch Interpretation bestimmter Aussagen zu bestimmten Zeitpunkten auf das Modell selbst zurückgeführt werden, doch sind diese nicht offensichtlich. Ausdrücklich genannt wurde es nur in einer Akte des MfS.¹⁴ Teile dieser Akte, die den Einsatzstab, seine Motive und Aufgaben und die „gesellschaftlichen Kräfte“ betreffen, befinden sich im Anhang der Arbeit.

Allgemeine Literatur zum Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR, der Bearbeitung der Kirche durch das MfS oder das Verhältnis des MfS zur SED ist ausreichend vorhanden. Besonders in den 1990er Jahren schien es nach dem Mauerfall einen „Boom“ gegeben zu haben. In den 2000er Jahren ist eher ein Abflauen spürbar geworden. Es erscheinen weiterhin einzelne Bände und Aufsätze, doch zumeist thematisierten diese Publikationen den Mauerfall und die Kirche in Bezug auf die Revolution 1989. Deutlich wird dies auch an einer Biblio-

¹¹ Vgl. StAZ 3053 Staatspolitik in Kirchenfragen/ Berichte und Gespräche mit Pfarrern und Pfarrersfrauen, Baumaßnahmen (1982-1988).

¹² Vgl. StAZ 3017 Staatspolitik in Kirchenfragen/ u.a. Gespräche mit dem Superintendenten und Pfarrern der evangelisch-lutherischen Landeskirche (1981-1988).

¹³ Vgl. BStU, ASt Chemnitz XX-186, S. 94.

¹⁴ Vgl. BStU, ASt. Chemnitz L-33, Bd. 2, S. 16 und 54.

grafie, die die BStU¹⁵ 2005 zu verschiedenen Themen in Verbindung mit dem MfS herausgegeben hat. Zum Thema Staatssicherheit und Kirche wurde deutlich, dass in den 90er Jahren zahlreiche Publikationen erschienen sind, hingegen nach 2000 eher wenige. Sicher wurde auch hier lediglich eine Auswahl getroffen, doch spiegelt es die Literaturlage sehr gut wieder.

Hinzuweisen ist insbesondere auf einen Sammelband von Clemens Vollnhals „Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz“¹⁶, der im Jahr 1996 erschienen ist. Hier wurde ein Überblick über die Kirchenpolitik der DDR gegeben. Auch die Situation der katholischen Kirche wurde hier betrachtet. Hervorzuheben ist dieser Band in Bezug auf die Institutionen der DDR. Sie wurden in den einzelnen Aufsätzen ausführlich und vielseitig betrachtet. Zu nennen sind hier besonders Goerner mit seinem Aufsatz über das Staatssekretariat¹⁷ und Boyens über die Arbeitsgruppe Kirchenfragen der SED.¹⁸

Auch die BStU gab zahlreiche Veröffentlichungen über die kirchenpolitische Abteilung heraus. Die Richtlinien und einzelnen Strukturen wurden ebenfalls durch die BStU veröffentlicht. In Bezug auf die Ausreisebewegung in der DDR gab die BStU „Ausreisen oder Dableiben?“¹⁹ heraus. Hier wurde die Bewegung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, beispielsweise berichtet ein Pfarrer aus seiner Treptower Gemeinde und seiner Arbeit mit den Antragstellern und Bernd Eisenfeld legt die Situation aus Sicht des MfS dar.

Ein weiteres einführendes Werk, diesmal jedoch in Bezug auf die Situation der Kirche in der DDR stellt Peter Masers „Die Kirchen in der DDR“²⁰ dar. Hier wurden auch die katholische Kirche und die sonstigen Religionsgemeinschaften näher betrachtet. In Bezug auf die Lage der Kirchen ist es empfehlenswert.

¹⁵ Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR. o. Ort. 2005, S. 177-200.

¹⁶ Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. ders. Berlin 1996.

¹⁷ Goerner, Martin Georg: Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK-Apparat der SED, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 59-78.

¹⁸ Boyens, Armin: Das Staatssekretariat für Kirchenfragen, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 120-138.

¹⁹ Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (= Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997.

²⁰ Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR. Bonn 2002.

Erhart Neubert beschäftigte sich in seinen Werken mit der Stellung der Kirchen in der Opposition. Insbesondere sind hier „Die Geschichte der Opposition in der DDR“²¹ und seinen Beitrag „Kirchenpolitik“²² zu nennen. Sein Aufsatz „Kirchenpolitik“ enthält viele Quellen, die die offizielle Kirchenpolitik der DDR betreffen. Neubert analysierte diese und erläuterte anhand dessen die Stellung der Kirche im DDR-System. „Die Geschichte der Opposition“ hingegen handelt in chronologischer Methodik die Oppositionsgeschichte der DDR ab. Hier wurde auch der Kontrast zur nichtkirchlichen Opposition dargelegt.

Bedingt durch den deduktiven Aufbau dieser Arbeit beginnt dieselbe mit einer allgemeinen Darstellung der Situation der Kirchenpolitik in der DDR. Zunächst wird erläutert, welche Position der Kirche innerhalb der DDR zukommt und inwiefern sie in der Verfassung verankert ist. Aufgrund ihres Status als Körperschaft öffentlichen Rechts hatte die Kirche die Möglichkeit, oppositionelle Gruppierungen zu unterstützen und öffentlich ihren Standpunkt zu vertreten. Inwiefern dies historisch tatsächlich durchgesetzt und vom Staat geduldet wurde, wird in diesem Teil der Arbeit erläutert. Darüber hinaus werden einzelne theologische Standpunkte dargelegt und die Situation der Ausreisewilligen aufgezeigt. Weiterhin wird die Stellung der Kirche zu den Ausreisewilligen und ihre Position bezüglich oppositioneller Gruppierungen erörtert.

Aufgrund dieser Verbindungen, die zur Opposition und zu Antragsteller bestanden und der Stellung der Kirche als einzige Körperschaft öffentlichen Rechts, wurde es für den Staat 1949 aufgrund der besonderen Stellung der Kirche bereits nach der Gründung der DDR notwendig, geeignete Institutionen für den Kirchenkampf einzurichten. Zunächst seien hier das Staatssekretariat für Kirchenfragen und die kirchenpolitische Abteilung der SED, als direkte staatliche Instanzen, genannt. Inwiefern diese zueinander in Beziehung stehen und wie sie aufgebaut sind, wird in diesem Kapitel erläutert. Als „Schild und Schwert“ der Partei wurde das MfS gegründet. Auch hier gab es eine Abteilung, die speziell für die Überwachung der Kirche zuständig war. Die genauen Methoden und Aufgaben dieser, vor allem die Mitarbeiterstrukturen und das Verhältnis zur SED, werden ebenfalls dargelegt. Ebenso wurde in der Blockpartei CDU eine kirchenpolitische Abteilung eingerichtet. Welche Stellung diese in der DDR einnahm, wird auch Teil der Ausführungen sein.

²¹ Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn 1997.

²² Neubert, Erhart: Kirchenpolitik, in: DDR-Geschichte in Dokumenten, hg v. M. Judt. Bonn 1998, S. 365-430.

Der zweite Teil der Arbeit wird durch Quellenanalyse fundiert und ist ausschließlich auf die kirchenpolitische Situation in Zwickau bezogen. Zunächst wird kurz auf die Bedeutung der vorhandenen Akten eingegangen. Analog zum ersten Teil beginnt dieses Kapitel mit der Stellung der Kirche in der Stadt Zwickau und deren Arbeit mit der Opposition und den Antragstellern. Im weiteren Verlauf werden die staatlichen Instanzen in Zwickau vorgestellt und ihre Stellung erläutert. Die Kirchenpolitik von Regierung und MfS weist in Zwickau eine Doppelstruktur auf, auf die eingegangen wird. Abschließend wird das „Zwickauer Modell“ erläutert. Da das Modell sich aus verschiedenen Instanzen zusammensetzte, wird nochmals untergliedert in die einzelnen Bestandteile des Modells: Die Manipulation der Kirchenvorstände, die Zusammensetzung des Einsatzstabes und der „gesellschaftlichen Kräfte“.

2. DIE KIRCHENPOLITIK IM SED-STAAT

Seit Beginn der Geschichte der Kirche wird versucht, Kirchenrecht zu instrumentalisieren und Theologie zu ideologisieren.²³ Dies zeigt, dass Kirche und Theologie schon immer an die Gesellschaft gebunden waren und bleiben werden. Die SED erkannte, dass Theologie überwunden werden musste, um auf die Gesellschaft Einfluss nehmen zu können.²⁴ Nur so konnte erreicht werden, dass es neben dem Marxismus-Leninismus keine andere Weltanschauung geben und keine Gesellschaftskritik von innen geben konnte.

So erlebte die Kirche im Laufe der Geschichte der DDR zahlreiche Einschränkungen und Rückschläge durch die Staatsmacht. Im Folgenden soll ein Überblick über grundsätzliche Regelungen und Ereignisse gegeben werden. Des Weiteren soll die Position der Kirche und ihr Standpunkt in der DDR verdeutlicht werden.

2.1 DIE VERFASSUNG DER DDR

Die DDR hatte im Laufe ihrer Geschichte mehrere Verfassungen. Insgesamt waren es drei, die sich sehr voneinander unterschieden.²⁵ Die erste Verfassung trat 1949 in Kraft und war der Weimarer Verfassung von 1919 nachempfunden, ein föderativ gegliederter Rechtsstaat mit demokratischer Fassade.²⁶ 1968 wurde von Walter Ulbricht²⁷ die zweite Verfassung erlassen, er „glaubte, daß die Etablierung der sozialistisch-kommunistischen Macht gelungen sei.“ Erich Honecker²⁸ schrieb diese 1974 nochmals um, es sollte die letzte für die DDR verfasste sein.

Für die Kirchen änderte sich mit der Verfassung von 1974 nichts mehr, da die mit ihr zusammenhängenden Artikel von 1968 übernommen wurden. Allerdings wurden damals bereits erhebliche Kürzungen vorgenommen. Die acht Artikel zur Kirche in der Verfassung von 1949 wurden bis auf einen „kümmerlichen verfassungspolitischen Restbestand“²⁹ von nur zwei Absätzen gekürzt. Von Seiten des Staates wurde hier die Eigenständigkeit der

²³ Vgl. Neubert, Instrumentalisierung, S. 329.

²⁴ Vgl. ebd., S. 330.

²⁵ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg): Die Verfassung der DDR. Ein Machtinstrument der SED? Bonn 1987, S. 5.

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ 1949 bis 1960 stellvertretender Vorsitzender im Ministerrat, 1953 bis 1971 1. Sekretär der SED, 1960 bis 1976 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

²⁸ 1971 bis 1989 1. Sekretär des ZK der SED, 1973-89 Vorsitzender des Ministerrates, 1976 bis 1989 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

²⁹ Nowak, Kurt: Zum historischen Ort der Kirchen in der DDR, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 16-28, hier: S. 16.

Kirchen erheblich eingeschränkt bzw. in Abhängigkeit des Staates gebracht. Lediglich zwei Absätze sollten ab 1968 das Verhältnis Staat-Kirche regeln. In Artikel 39 heißt es:

„(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben.

(2) Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“³⁰

Das gesamte Staat-Kirche-Verhältnis wurde hier also auf eine Ebene von Vereinbarungen gesetzt. Der Handlungsspielraum für die staatliche Seite wurde vergrößert und der der Kirche stark eingeengt. Zuvor waren eindeutige Rechte festgelegt gewesen. Die Kirche durfte „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung [...] nehmen“³¹, Religionsunterricht durfte an Schulen gegeben³² werden und die Seelsorge an öffentlichen Einrichtungen wurde gewährleistet.³³ Somit war nach 1949 das Staat-Kirche-Verhältnis klar geregelt, 1968 passte der SED-Staat die Verfassung in Bezug auf die Kirchen seinem Nutzen an.

„Während das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gerade für die Grundrechtsgarantien vorsieht, daß diese auch von keiner noch so großen Mehrheit angetastet werden dürfen, unterliegt die Verfassungsgestaltung in kommunistischen Staaten allein der jeweiligen Zweckmäßigkeit“³⁴

Je nachdem wie die Lage sich ergab, interpretierten die Staatsmänner das Wort „Vereinbarungen“ nach ihrem jeweiligen Vorteil.

Allerdings kann man auch sagen, dass durch die Verankerung der Kirchen in der Verfassung eine rechtliche Anerkennung der Kirche vorgenommen wurde. Ulbricht hat bei der Verfassungsänderung von 1968 versichert, dass sich am Verhältnis des Staates zur Kirche nichts ändern werde, es sei denn, es würden derartige Vereinbarungen getroffen werden.³⁵ Das Staat-Kirche-Verhältnis basiert nun vollständig auf diesen in der Verfassung formulierten Vereinbarungen.

³⁰ In: FES, Verfassung, S. 75.

³¹ Art. 41 (2) DDR Verfassung von 1949, in: Roggemann, Herwig (Hg.): DDR-Verfassungen (= Quellen zur Rechtsvergleichung aus dem Osteuropa-Institut der FU Berlin. Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten, Bd. 7) Berlin ³1980.

³² Vgl. ebd., Art. 44, S. 209.

³³ Vgl. ebd., Art. 46, S. 210.

³⁴ FES, Verfassung, S. 7.

³⁵ Neubert, Erhart: Vergebung oder Weißwäscherei? Zur Aufarbeitung des Stasipproblems in den Kirchen. Freiburg i. Br. 1993, S. 17.

Durch Absatz 2 wurde die Selbstverwaltung der Kirche nicht eingeschränkt, sie blieb weiter Körperschaft öffentlichen Rechts. Auch im Strafgesetzbuch der DDR waren die Rechte der Kirche bzw. dem gläubigen Teil der Bevölkerung verankert:

„Wer einen Menschen mit Gewalt, durch Drohung mit einem schweren Nachteil oder durch Mißbrauch einer Notlage oder eines Abhängigkeitsverhältnisses von der Teilnahme an einer religiösen Handlung in dem dazu bestimmten Bereich abhält, behindert oder zur Teilnahme an einer derartigen Handlung zwingt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.“³⁶

Dass sich die SED über diesen Paragraphen selbst hinwegsetzte ist bekannt und soll im weiteren Verlauf der Arbeit auch noch verdeutlicht dargestellt werden. Die Kirche war dieser Willkür gegenüber machtlos.³⁷ Der Staat beschränkte sich schließlich nicht auf derartige Vereinbarungen. Letztendlich fühlte sich die SED in ihrem Machtanspruch gekränkt³⁸, sodass das MfS eingeschaltet wurde. Es wurde eine Grauzone geschaffen, in der alles mit Gesprächen geregelt werden sollte

2.2. DIE EVANGELISCHE KIRCHE

In einem Staat, in dem keine andere Weltanschauung zählte, als die des Marxismus-Leninismus, versuchte sich auch die protestantische Kirche zu behaupten. Nachdem sie 1949 durch die Verfassung formal geschützt wurden, waren die Kirchen die einzige Großorganisationen in der DDR außerhalb der SED. Neubert vergleicht die Rolle der Kirchen in der DDR mit jener in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Forderungen nach Neutralität und Religionsfreiheit standen im Mittelpunkt.³⁹

2.2.1 HISTORISCHE ENTWICKLUNG

Christsein in der DDR war durch Ausgrenzung bestimmt. Die Kirchen erlebten in der DDR stets eine Zeit der Anpassung und des Widerstands. Überwogen hat nach Nowak wohl eher die Anpassung, doch trotzdem kann die Kirchengeschichte der DDR als sehr zukunfts-trächtig angesehen werden. Sie hat die Gesellschaft trotz Anpassung nach vorn getrieben.⁴⁰ Im Laufe der Ausführungen soll deutlich werden, dass Kirche im System der DDR als

³⁶ §133 Abs. 1, StGB der DDR, Fassung von 1968.

³⁷ Neubert, Vergebung, S. 18.

³⁸ Vgl. ebd., S. 61

³⁹ Vgl. Neubert, Kirchenpolitik, S. 372.

⁴⁰ Vgl. Nowak, Zum historischen Ort, S. 27f.

„Fremdkörper“⁴¹ behandelt wurde. Die Regierung teilte die Pfarrer in drei Gruppen ein⁴², die Progressiven, die bereit waren, mit der Regierung zusammen zu arbeiten, die Reaktiven, die sich offen gegen die SED-Politik aussprachen und die Gruppe der Loyalen, die der Politik neutral gegenüber standen.

Die Politik der SED hatte zwei Ziele: die Gläubigen sollten in den Sozialismus eingebunden und dadurch sollte der kirchliche Einfluss zurückgedrängt werden.⁴³ Am erfolgreichsten war diese Strategie in den 70er Jahren, während der Entspannungspolitik. Differenziert werden sollte zwischen der Basis und der Kirchenleitung, so wollte die SED einen Keil zwischen diese beiden Parteien treiben.⁴⁴ Die Differenzierung sollte von innen heraus geschehen. Einzelne Personen sollten zum Austritt bewegt oder einzelne Pfarrer in die politische Passivität gedrängt werden. Einfluss nehmen konnte die Partei in wankelmütigen und schwachen Teilen der Kirchenleitung, deshalb legten sie den Schwerpunkt ihres Interesses auf diese. Außerdem wollte die SED Kirchenführer ins Amt bringen, die sie selbst steuern konnte, um so besser Einfluss nehmen zu können, doch dies scheiterte schon allein an der Basisdemokratie der evangelischen Kirche.⁴⁵ Trotzdem wurde immer wieder versucht die innere Differenzierung voranzutreiben.

Nach Gründung der DDR konnte die Kirchenleitung zunächst auch auf die Unterstützung von SMAD-Offizieren vertrauen, sodass die SED noch keine direkten Repressalien vornehmen konnte.⁴⁶ Stalin war zwar von einem sozialistischen Weltbild geprägt, doch war dieses für ihn ohne die Kirchen nicht vorstellbar.⁴⁷ Außerdem waren die Kirchen der Träger des Widerstandes in der NS-Zeit.

Am Anfang des Jahres 1953 kam vom MfS der Vorschlag, die staatliche Kirchenpolitik zu verändern⁴⁸ und die Verfolgung von Jungen Gemeinden und Studierendengemeinden zu verschärfen. Die SED wollte die Kirche als gesellschaftliches und politisch engagiertes

⁴¹ Kowalczyk, Ilko-Sascha; Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos . Berlin 2006, S. 182.

⁴² Besier, Gerhard; Wolf, Stephan (Hg.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen (= Historisch-Theologische Studien zum 19. Und 20. Jahrhundert, Bd. 1). Neukirchen-Vluyn ²1991, S. 70.

⁴³ Vgl. Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn 1999, S. 250.

⁴⁴ Vgl. Goeckel, Robert F.: Thesen zu Kontinuität und Wandel in der Kirchenpolitik der SED, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 29-58, hier: S. 37.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 44.

⁴⁶ Diese Akten sind leider noch nicht zugänglich, vgl. Maser, Kirchen, S. 18.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 18.

⁴⁸ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 7.

Organ beseitigen⁴⁹, hauptsächlich die besonders aktive Junge Gemeinde. Es häuften sich Schulverweise, Verhaftungen und in der FDJ wurde gegen die Kirche propagiert. Bis Ende Mai 1953 dauerte die Eskalation der staatlichen Repressionen an.

Im Juni kam es zu einem Kommuniqué⁵⁰ zwischen Staat und Kirche, in dem sich der Staat bereit erklärte, der Kirche verfassungsgemäße Eigenständigkeit zu gewährleisten. „Die Vertreter der Kirche erklärten ihrerseits, auf verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben des Volkes zu verzichten.“⁵¹ Somit beschränkten sie sich auf reine Religionsausübung. Durch das Beschränken auf rein kultische Elemente, verliert Kirche jedoch ihre soziale Existenz.⁵² Maßnahmen gegen Junge Gemeinden und sonstige kirchliche Einrichtungen sollten aufgehoben, Exmatrikulationen rückgängig gemacht, Schüler wieder zurück an die Schulen geschickt und Gerichtsurteile überprüft werden. Außerdem verpflichtete sich der Staat beschlagnahmte Einrichtungen wieder zurückzugeben und Richtlinien über schulischen Religionsunterricht zu verfassen. Allerdings war die Blüte der kirchlichen Jugendarbeit vorbei⁵³, sie sollte nie wieder so stark sein, wie vor den Repressionsmaßnahmen. In dieser Hinsicht hat die SED-Politik einen Erfolg erzielt und den kirchlichen Nachwuchs verkleinert.

Das Kommuniqué bildete eine maßgebliche Grundlage für die Kirchenpolitik, doch bereits 1954 sollte es durch den Aufruf zur Jugendweihe zu einem weiteren Einschnitt kommen. Überhaupt bot die SED einen Religionsersatz durch ihre Propaganda. Die Religion war „Ideologie des Kapitalismus und Imperialismus“⁵⁴ und nicht des Sozialismus. Es wurden sämtliche kirchliche Rituale kopiert.⁵⁵ Als Pendant zur Taufe gab es die Namensweihe, die Jugendweihe ersetzte die Konfirmation und die sozialistische Eheschließung löste die kirchliche Trauung ab. Ulbricht veröffentlichte zudem die „10 Gebote der sozialistischen Moral“⁵⁶, um die 10 Gebote nachzueifern.

⁴⁹ Vgl. Neubert, Geschichte, S. 75.

⁵⁰ Vgl. Maser, Kirchen, S. 18.

⁵¹ Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1945-1969. Der Weg in die Anpassung. München 1993, S. 130.

⁵² Vgl. Neubert, Geschichte, S. 356.

⁵³ Vgl. ebd., S. 79; Besier, Pfarrer, S. 13.

⁵⁴ Neubert, Kirchenpolitik, S. 372.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 374.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 374.

Der Mauerbau isolierte die Kirchen, doch dadurch wurden sie auch selbstständiger und unabhängiger.⁵⁷ Im Juni 1969 kam es zur Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen BEK als Kirchenbund selbstständiger Kirchen. Die gesamtdeutsche EKD wurde zunehmend eine Belastung für die Kirchen innerhalb der DDR, da die EKD-Synode einen Anspruch auf Eigenstaatlichkeit stellte.⁵⁸ Die DDR-Kirchen wurden damit gehemmt, sie wollten aber in den gesellschaftlichen Verhältnissen wieder handlungsfähig sein. Sie gaben somit die Einheit mit der EKD auf, da sie „in zwei entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen leb[t]en, [und so] nicht mehr dienen“⁵⁹ konnten. Als Gegenbewegung zum Ökumenischen Rat der Kirchen ÖRK wurde die Christliche Friedenskonferenz CFK ins Leben gerufen.

Die SED-Führung konnte kaum noch Einfluss auf die Kirche nehmen, doch war es ein Erfolg ihrerseits, dass sich die DDR-Kirchen von den westlichen Kirchenbündnissen getrennt hatten. Für die SED hatte die Gründung des BEK und zugleich die Abspaltung von der EKD eine große Bedeutung. Schließlich verfolgte die SED das Ziel, dass sich auch die Kirchen vom Westen abspalten sollen. Die Anerkennung des BEK durch den Staat als offizielle Vertretung der Kirchen gegenüber demselben fand 1971, zwei Jahre nach dessen Gründung, statt. Die Kirchen sollten sich in der Friedenspolitik engagieren. Des Weiteren sollten die Gläubigen an der Entwicklung des Sozialismus mitwirken⁶⁰, Kirche ist schließlich Kirche *im* Sozialismus.⁶¹ Trotzdem blieb die Partnerschaft zur EKD erhalten.⁶²

Durch die Mitgliedschaft der Kirche der DDR im Weltkirchenrat und dem Lutherischen Weltbund hatte die DDR auch außenpolitisch Vorteile, sie ersetzte fehlende internationale Anerkennung und förderte außenpolitische Ziele der SED.⁶³ Dies fand im Zuge der Entspannungspolitik in den 70er Jahren statt. Die DDR erhielt die diplomatische Anerkennung vom Westen. Hier ist ein weiterer Einschnitt in der Kirchenpolitik der DDR spürbar. Zu Ulbrichts Zeiten wurde versucht, die Kirchenzugehörigkeit der Bevölkerung zu reduzieren und die gesellschaftliche Rolle der Kirche zu schwächen. Mit dem Antritt Honeckers in das Amt des Staatsratsvorsitzenden, wurde ab 1971, der Schwerpunkt eher auf Zugeständnisse

⁵⁷ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 17.

⁵⁸ Vgl. Maser, Kirchen, S. 23

⁵⁹ Erklärung zur Einheit im April 1967, in: Neubert, Kirchenpolitik, S. 391.

⁶⁰ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 30.

⁶¹ Genauer erläutert wird dies unter Punkt 2.2.2 Theologische Standpunkte.

⁶² Vgl. Besier, Pfarrer, S. 23.

⁶³ Vgl. Goeckel, Kontinuität, S. 53.

und Duldung der Kirche gelegt, wenn auch nicht ohne die Hoffnung auf Kontrolle und Disziplinierung durch die Partei. Dass die Kirche geduldet und ihr Raum respektiert wurde, belegt auch Christian Führer in einem Interview über die Friedensgebete in den 80er Jahren: „Die Polizei zog daraufhin [nach einer Demonstration, Anmerkung S. Dreyer] ab und hat auch den Kirchenraum nie betreten. Das muss ich betonen: Der kirchliche Raum wurde immer geachtet.“⁶⁴

Im August 1976 verbrannte sich Pfarrer Brüsewitz aus Zeitz selbst. Es konnte von staatlicher Seite nicht verhindert werden, dass sich die Meldung vom „Fanal von Zeitz“ auch in den westlichen Medien verbreitete.⁶⁵ Die SED reagierte sofort und aggressiv darauf. Es erschien eine Veröffentlichung „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden“, in der Brüsewitz als geisteskrank und pervers dargestellt wurde.⁶⁶ Doch war Brüsewitz alles andere als das. Seine Verbrennung hat elementare Bedeutung für die Kirchengeschichte der DDR. Sie war eine Widerstandsaktion im „Ring um religiöse Selbstbehauptung.“⁶⁷ Doch die Kirchenleitungen waren nicht in der Lage diese Handlung für sich zu nutzen, weder politisch, noch kirchenpolitisch. Brüsewitz war auch zu Lebzeiten jemand, der sich in der Opposition befunden hatte, er provozierte gern.⁶⁸ Seine Trauerfeier war vollkommen unpolitisch, „das Anliegen des toten Pfarrers wurde nicht gewürdigt.“⁶⁹ Zusammenhängend mit diesem Ereignis verstärkte das MfS seine repressionsmaßnahmen gegen die Kirche. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird darauf nochmal Bezug genommen.

Am 6. März 1978 fand ein Spitzengespräch zwischen der Kirchenleitung und Honecker statt. Dies war die erste und einzige Begegnung Honeckers mit dem Vorstand des Kirchenbundes. Es kam zwar kein Vertrag zustande, aber die Altersversorgung von Pfarrern, Pachtzahlungen für kirchliches Ackerland, konfessionelle Kindergärten und Sendungen im Fernsehen und Hörfunk wurden von staatlicher Seite garantiert. Wolle bezeichnete das Gespräch auch als „Baustein der Ost-West-Entspannung.“⁷⁰ Maser misst ihm „verfassungsgleiche[n] Rang“⁷¹ bei. Für die Kirchen bedeutete dies einen größeren Handlungs-

⁶⁴ Beintker, Niels: Die friedliche Revolution als ein Zeichen Gottes, in: Vom Gebet zur Demo. 1989 – Die friedliche Revolution begann in den Kirchen, hg. v. A. Brummer, München 2009, S. 46-57, hier: S. 51.

⁶⁵ Vgl. Wolle, Heile Welt, S. 252.

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 253.

⁶⁷ Für ein freies Land, S. 187.

⁶⁸ Vgl. Neubert, Geschichte, S. 276.

⁶⁹ Ebd., S. 278

⁷⁰ Wolle, Heile Welt, S. 254.

⁷¹ Maser, Kirchen, S. 26.

spielraum zu haben, sie wurden anerkannt und ihre Mitglieder sollten nicht mehr benachteiligt werden. Sie blieben anerkannt, solange sie dem Staat gegenüber loyal blieben und sich auf reine Kulturausübung, das heißt Gottesdienst und Seelsorge beschränkten.

„Der Vorsitzende des Staatsrates erklärte zur Situation der Kirchen und der Christen in der DDR, daß die Freiheit der Religionsausübung bei klarer Trennung von Staat und Kirche verfassungsmäßig garantiert und in der Praxis gesichert ist. ‚Wir bringen hier sehr viel Verständnis auf, und daran halten wir fest‘.“⁷²

Somit war aus der Sicht der Kirchen ein Erfolg zu verzeichnen, allerdings räumt Wolle zurecht ein, dass die Kirchen bereits das kleinste Entgegenkommen des Staates als Erfolg werteten⁷³, schließlich war noch immer kein staatsrechtlicher Vertrag zustande gekommen, auf den sie sich hätten berufen können, nachdem die Verfassung nur so vage formuliert war. Den eigentlichen Handlungsspielraum gab noch immer der Staat vor.

Die Partei hatte durch kleine Zugeständnisse Unruhestifter ausgeschaltet und war noch immer der mächtigere Part. Mit der neuen Linie des 6. März änderte die Staatsführung trotzdem ihre Taktik und brachten diese auf eine Ebene des Gespräches. Durch die noch immer fehlende rechtliche Grundlage gab die SED die Handlungsrichtung vor und die Kirche konnte unter Erklärungsdruck geraten.⁷⁴ So bestimmte die staatliche Seite über den Verlauf und auch die Art und Weise des Gespräches. Diese Gespräche waren, wie später bei der näheren Betrachtung von Akten noch zu erkennen ist, vorbereitet. Dem Staat dienten diese Gespräche der Informationsbeschaffung, Differenzierung, Polarisierung und Isolierung⁷⁵, aber auch zur Legitimation der SED-Herrschaft⁷⁶. Die kirchlichen Gesprächspartner wurden in die Rolle des Vermittlers zwischen Staat und Basisbewegung gedrängt.

Bis 1989 hatte das Gespräch eine grundsätzliche Bedeutung für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Bis zum Ende wurde Kirchenpolitik in der DDR so betrieben. Immer wieder wurde sich, besonders von Seiten des Staates auf dieses Gespräch berufen.

Die Opposition war trotzdem immer spürbar, besonders in den 80er Jahren. Insbesondere durch sozialetische Strömungen in der Kirche.⁷⁷ In diese Zeit sind auch Aussprüche zu datieren wie „die Kirche ist kein Oppositionslokal“ und „Kirche ist für alle, aber nicht für

⁷² Abkommen zwischen Staat und Kirche 6. März 1978, in: Neubert, Kirchenpolitik, S. 392.

⁷³ Vgl. Wolle, Heile Welt, S. 254.

⁷⁴ Vgl. Neubert, Instrumentalisierung, S. 332.

⁷⁵ Vgl. ebd., S. 332.

⁷⁶ Vgl. Neubert, Geschichte, S. 355.

⁷⁷ Als Beispiele seien hier Heino Falcke und Bischof Fränkel (1909-1997), evangelischer Theologe und Bischof der schlesischen Kirche, Mitglied der Bekennenden Kirche, genannt, Vgl. Besier, Pfarrer, S. 31.

alles offen.“⁷⁸ Deutlich wird durch diese Zitate, welcher Zwiespalt innerhalb der Kirche herrschte.

Mit dem Lutherjahr 1983 fand ein letzter Höhepunkt⁷⁹ in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche statt. Allerdings kam kein realistischer Dialog zustande. Die Kirche ordnete ihre Belange unter.

Neubert sieht die Kirchenpolitik von SED und MfS als gescheitert an.⁸⁰ Die Kirche hat am Ende überlebt und das MfS wurde aufgelöst. Außerdem gab es immer Bereiche, in die die Stasi nicht eindringen konnte. Ein wesentliches Kennzeichen des Wandels und der Stabilisierung des Staat-Kirche-Verhältnisses in den 70er Jahren sieht Goeckel in dem verstärkten Einsatz des MfS in kirchlichen Kreisen.⁸¹

2.2.2 THEOLOGISCHE STANDPUNKTE

In den ersten Jahren hatte die DDR-Führung „Furcht vor Sozialdemokratismus“⁸² in der Kirche. Ende der 70er Jahre kam durch Bischof Fränkel die Menschenrechtsdebatte auf, die Anfang der 80er Jahre durch Oppositionelle und kritische Theologen vermehrt aufblühte. Es entstanden erste Friedensgruppen, Friedensseminare und Basisinitiativen in den Kirchen. Zu verspüren war das Verlangen nach politischer Freiheit und politischer Mündigkeit, ohne den Sozialismus anzugreifen. Neubert nannte dies den „Weg für eine systemimmanente Opposition“.⁸³ Auch die weltweite Umweltdiskussion machte vor der DDR nicht Halt. Die Kirchen wollten dieses Thema theologisch und sozialetisch und auch friedensethisch bearbeiten.⁸⁴ Im BEK gab es ein Referat für Sozialethik.

Heino Falckes⁸⁵ Freiheitsrede⁸⁶ auf der BEK-Synode 1972 beschrieb Aufgaben und den Dienst der Kirchen an und in der Gesellschaft. Von Falcke wurde verlangt, dass er Zensur am Synodenprotokoll vornimmt.⁸⁷ Er berief sich in seinem Vortrag vor der BEK-Synode

⁷⁸ Diese Zitate finden auch heute noch Gebrauch, Vgl. Neubert, Geschichte, S. 355.

⁷⁹ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 46.

⁸⁰ Vgl. Neubert, Vergebung, S. 75.

⁸¹ Vgl. Goeckel, Kontinuität, S. 55.

⁸² Vgl. ebd., S. 54.

⁸³ Neubert, Kirchenpolitik, S. 368.

⁸⁴ Vgl. Neubert, Geschichte, S. 267.

⁸⁵ Geboren 1929, Evangelischer Theologe

⁸⁶ Falcke, Heino: Mit Gott Schritt halten. Reden und Aufsätze eines Theologen in der DDR aus zwanzig Jahren. Berlin 1986, S. 12-32.

⁸⁷ Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „dritten Weg“. Berlin 1995, S. 60-63.

auf die Bekennende Kirche, die in der Zeit des Nationalsozialismus Widerstand übte, und spricht sich gegen die Trennung der zwei Regimente Staat und Kirche aus.⁸⁸

Bischof Mitzenheim⁸⁹ berief sich ebenfalls auf die Zwei-Reiche-Lehre Luthers, doch differenzierte er zwischen weltlichem und kirchlichem bzw. politischem und religiösem Bereich.⁹⁰ Offensichtlich übersah er, dass sich der Staat aber in kirchliche Belange drängte. Dibelius⁹¹ interpretierte in seiner Geburtstagsschrift an Hanns Liljes⁹² das lateinische Wort *exusia*⁹³ um. Es wäre nicht mehr zeitgemäß, da weder ein demokratischer noch ein totalitärer Staat im ursprünglichen Sinne dieses Wortes seien.⁹⁴ Durch das Evangelium können Christen auch eine Staatsform verneinen, denn das letzte Wort hat Gott.

1983 im Jahr der Lutherehrung kreierte der Staat, wie in deutschen Diktaturen üblich⁹⁵, ein neues Lutherbild. Die Zwei-Reiche-Lehre gäbe der Politik einen Handlungsrahmen außerhalb des Glaubens.⁹⁶ Somit hätte der Staat die alleinige Gewalt und der Kirche wurden sämtliche Rechte und Pflichten gegenüber der Gesellschaft und dem Staat abgesprochen. Dies war sicher nicht in Luthers Sinne. Die Kirche wäre hier wieder in eine Richtung der reinen Kultausübung gedrängt worden. Doch die Kirche widersprach nicht.⁹⁷ Auch das MfS nutzte die Lehre der zwei Regimente als Ansatz, um Pfarrer an sich zu binden⁹⁸, damit diese halfen die innere Differenzierung voranzutreiben, indem sie oppositionelle Kräfte innerhalb der Kirche an ihren staatsfeindlichen Aktivitäten hinderten.

Schönherr betonte, dass es keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der sozialetischen Ausrichtung der Theologie und der sozialistischen Idee bestehen, deshalb konnte Kirche sich auch der Friedensfrage unterordnen. Auf der Synode vom BEK verkündete

⁸⁸ Vgl. Falcke, Mit Gott Schritt halten, S. 23.

⁸⁹ Gelebt von 1891 bis 1977, 1945-1970 Landesbischof der evangelisch-Lutherischen Kirche von Thüringen

⁹⁰ Vgl. Neubert, Opposition, S. 78.

⁹¹ Gelebt von 1880 bis 1967, Evangelischer Theologe; setzte sich für die Bekennende Kirche ein und wurde von den Deutschen Christen 1933 in den Wartestand gesetzt, 1949-1961 Ratsvorsitzender der EKD, 1945-1966 Bischof von Berlin-Brandenburg.

⁹² Gelebt von 1899-1977, Evangelischer Theologe, 1949-1967 stellvertretender Ratsvorsitzender der EKD, 1955-1969 leitender Bischof der VELKD, 1947-1977 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover

⁹³ Lat. Obrigkeit im Röm 13, Luther bezeichnete damit staatliche Regierungsgewalten und Behörden.

⁹⁴ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 15.

⁹⁵ Bereits im deutschen Kaiserreich und im Nationalsozialismus sollte das jeweilige Lutherbild eine deutsche Tradition untermauern und politische Auffassungen des Staates rechtfertigen.

⁹⁶ Neubert, Geschichte, S. 359.

⁹⁷ Vgl. ebd., S. 359.

⁹⁸ Vollnhals, Clemens: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter? Gegenwärtige und historische Sperren für die evangelische Kirche bei der Aufarbeitung ihrer DDR-Vergangenheit, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 434-446, hier: S. 441.

Schönherr, dass sie als „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik [...] ihren Ort genau zu bedenken haben: In dieser so geprägten [sozialistischen] Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie.“⁹⁹

So entstand die Auffassung der Kirche *im* Sozialismus, nicht neben dem und nicht gegen den Sozialismus. Die Kirche in der DDR akzeptierte zwar die DDR, doch erkannte nicht zwangsläufig ihre Weltanschauung an. Zum Spitzengespräch des 6. März 1978 sprach Schönherr sich nochmals für die Kirche im Sozialismus und die Priorität der Friedensfrage als „Hauptthema unserer Zeit“¹⁰⁰ aus.

„Kirche im Sozialismus als Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen. Kirche im Sozialismus wäre eine Kirche, die auch als solche, in derselben Freiheit des Glaubens, bereit ist, dort, wo in unserer Gesellschaft menschliches Leben erhalten und gebessert wird, mit vollem Einsatz mitzutun und dort, wo es nötig ist, Gefahr für menschliches Leben abwenden zu helfen.“¹⁰¹

Die Kirche sollte den Sozialismus und die darin existierende Gesellschaft unterstützen und dabei nicht gegen den Sozialismus arbeiten. Der Glaube wird hier der Ideologie untergeordnet.

Die Alternative zur Kirche im Sozialismus war nicht der Kapitalismus, sondern der Pluralismus¹⁰², der sogenannte „Dritte Weg“.

Der „verbesserliche Sozialismus“, bedeutete eine Lösung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, eine Symbiose aus den Ideen des Sozialismus und ein Wahrnehmen und Zulassen der Kritik der Bürger.¹⁰³ Diese Strömung war besonders Ende der 80er Jahre sehr verbreitet.

Zusammenfassend gab es drei starke alternative Strömungen, die die Positionierung der Kirche zur Zeit des Sozialismus prägten: Kirche im Sozialismus, Pluralismus und der „verbesserliche“ Sozialismus.

Die Initiative „Recht und Versöhnung“¹⁰⁴, die sich nach dem Zusammenbruch der DDR gründete, wertete das Verhältnis Kirche-Staat aus. Sie kommt zum Schluss, dass die Kir-

⁹⁹ In Henkys, Reinhard: Die evangelischen Kirchen in der DDR. 1982. Beiträge zu e. Bestandsaufnahme. München 1982, S. 70.

¹⁰⁰ Abkommen zwischen Staat und Kirche, in: Neubert, Kirchenpolitik, S. 392.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Vgl. Vollnhals, Zuggleich, S. 443f.

¹⁰³ Vgl. Für ein freies Land, S. 189.

¹⁰⁴ Dieses Komitee beschäftigte sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bewertung der Kirchen. Neubert war Mitglied des Komitees.

chen ein besonderes Angriffsziel waren, da diese Instanz Hoffnung auf die Möglichkeit gab, das System zu verbessern. Die Kirche der DDR behielt bis zum Schluss ihre Selbstständigkeit und war Anwalt der Schwachen.¹⁰⁵

2.2.3 DIE EVANGELISCHE KIRCHE UND AUSREISEWILLIGE

„Gruppierungen und Einzelpersonen aus Kreisen der Übersiedlungersuchenden mißbrauchen Räume, kirchliche Veranstaltungen und Strukturen für Angriffe gegen die staatliche Rechtsordnung. Dabei gibt es durch bestimmte Kräfte unter den kirchlichen Amtsträgern Unterstützung und durch halbherzige Entscheidungen der Kirchenleitungen objektiv eine Duldung dieser Handlungen. Bekannt sind solche Erscheinungen in Leipzig, Berlin und Zwickau. Unsere Position dazu ist: Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Übersiedlung fallen ausschließlich in staatliche Kompetenz. Jeder Versuch der Druckausübung oder Einmischung (in schwebendes Verfahren!) ist nicht zulässig. Die Duldung von Zusammenkünften ist Druckausübung evtl. sogar der Verstoß gegen Rechtsnormen, wenn Angriffe gegen gesellschaftliche Verhältnisse öffentlich geäußert werden. Die Solidarisierung der Kirche mit den Antragstellern führt zur Verhärtung der Positionen der Übersiedlungersuchenden. Ihre Interessen richten sich gegen die Interessen der Kirchen. Der politische Mißbrauch der Räume und Veranstaltungen ist konsequent zu unterbinden. Kirchlicher Freiraum ist kein rechtsfreier Raum!“¹⁰⁶

Dieses Zitat spiegelt die Situation in den 80er Jahren wieder. Ausreisewillige flüchteten unter das schützende Dach der Kirche, obwohl für Staatsvertreter Ausreiseanträge eindeutig Aufgaben des Staates sein sollten. Die Kirche hatte sich hier nicht einzumischen und keine Veranstaltungen anzubieten, die das Stellen von Anträgen unterstützt. Doch hier wird ebenso deutlich, dass diese Flucht in die Kirchen von den Antragstellern selbst ausging, und die Kirchenleitung dies duldete. Darin lag der Vorwurf. Besonders in Leipzig, Berlin und Zwickau fiel die Arbeit mit Antragstellern im Raum der Kirche immens auf. Es wurde außerdem von staatlicher Seite nochmals darauf hingewiesen, dass der Raum der Kirche nicht missbraucht werden darf, denn hier überschritt die Kirche ihre Kompetenzen. Seit Beginn der Entspannungspolitik war ein erhöhter Ausreisewille in der Bevölkerung immer deutlicher spürbar. Die Partei- und Staatsführung tat jedoch alles, um dies zu verhindern. Für die wirtschaftliche Situation war es schließlich untragbar, dass überwiegend junge, gut ausgebildete Bürger ausreisen wollten.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Vgl. Neubert, Vergebung, S. 182f.

¹⁰⁶ Dienstreisebericht des Sektorenleiters KF an RdB KMSt. StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr., 012280 Berichte über Dienstberatungen der Sektorenleiter für Kirchenfragen beim Staatssekretär für Kirchenfragen und dem RdB, ohne Paginiernummer.

¹⁰⁷ Vgl. Lochen, Hans-Hermann: Die geheimgehaltenen Bestimmungen über das Ausreiseverfahren als Ausdruck staatlicher Willkür, in: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (=Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997, S. 19-28, hier: S. 19.

Bis zum Mauerbau 1961 gab es eine hohe Fluchtwelle.¹⁰⁸ In den 70er Jahren gewann die legale Ausreise durch Antragstellung an Bedeutung. Für den Staat entstand damit ein Dauerkonflikt. Von 1975 auf 1976 stieg die Zahl der Anträge von 13.000 auf 20.000¹⁰⁹ an. Durch die Mitgliedschaft der DDR in der UNO und die Unterzeichnung des KSZE-Vertrages, konnten die Bürger ihre Antragstellung auf internationale Rechte gründen. Antragstellung wurde hier durch Familienzusammenführung und das Grundrecht des Bürgers auf freie Wahl des Wohnsitzes gerechtfertigt.¹¹⁰ Doch erst 1983 gab es eine Regelung innerhalb der DDR, in der das Recht auf Antragstellung verankert wurde.¹¹¹ Ein Antrag durfte aufgrund von Familienzusammenführung und Eheschließung gestellt werden. Außerdem waren Rentner und arbeitsunfähige Bürger antragsbefugt, mit anderen Worten, die Teile der Bevölkerung, die nicht mehr ertragreich in der Wirtschaft einzusetzen waren. Dies wurde von offizieller Seite als „humanitäre Lösung“¹¹² bezeichnet.

1984 kam eine Doppelstrategie zum Tragen, einerseits bekamen sehr auffällige, aufsässige Antragsteller Genehmigung auf Ausreise, andererseits wurde gegen die verbliebenen Antragsteller repressiv vorgegangen.¹¹³ Eisenfeld beschreibt die Wirkung, die diese Art und Weise hatte als „Bumerang“.¹¹⁴ Wenn die Antragsteller eine Ausreisegenehmigung bekamen, die besonders widerständiges Verhalten zeigten, dann war dies bloß eine Ermutigung für jene, deren Antrag bisher noch nicht genehmigt oder bereits abgelehnt wurde.

Schwerpunkte lagen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden, Gera und Leipzig, hier wurden in dieser Reihenfolge die größte Anzahl Anträge gestellt.¹¹⁵ Für die vorliegende Arbeit ist dies besonders interessant, da gerade der Bezirk Karl-Marx-Stadt und die Geschehnisse um die Antragsteller dort wesentlich für das „Zwickauer Modell“ sind. Gerade dieser Bezirk weist die höchste Zahl an angestellten Anträgen auf.

¹⁰⁸ Von 17 Millionen Einwohner flohen ca. 2,7 Millionen, in: Eisenfeld, Flucht, S. 342.

¹⁰⁹ Vgl. Eisenfeld, Bernd: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit zur Steuerung der Ausreisebewegung, in: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (= Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997, S. 6-18, hier: S. 6.

¹¹⁰ Vgl. ebd..

¹¹¹ VO zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und Ausländern vom 15.9.1983; GBl, Nr. 26 vom 27.9.1983.

¹¹² Vgl. Eisenfeld, Bernd: Flucht und Ausreise - Erkenntnisse und Erfahrungen, in: Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, hg. v. C. Vollnhals. München 2002, S. 341-372, hier: S. 344.

¹¹³ Vgl. ebd., S. 364; Neubert, Oppositionelle, S. 172f.

¹¹⁴ Eisenfeld, Flucht, S. 364.

¹¹⁵ Ebd.

Seit der Möglichkeit der legalen Ausreise wurden jährlich durchschnittlich 15.000¹¹⁶ Anträge auf Ausreise in der DDR gestellt. Im Jahr 1984 wurden 58.000 Anträge gestellt. Dies hing mit der neuen Ausreiseverordnung von 1983 zusammen. Durch die Repressionspolitik der SED waren es im Jahr 1985 ca. 40.000-50.000 Anträge. Dass die Bevölkerung sich dadurch nicht mehr einschüchtern ließ und ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck brachte, ist deutlich an der hohen Anzahl Anträge im Jahr 1987 zu erkennen, insgesamt waren es ca. 100.000. 1987 sollte der Stand von 1982/1983 wiedergewonnen werden, also wurden nur noch 8.000 Anträge bewilligt.¹¹⁷ Im Vergleich zu 1986 gingen diese auch zurück. Ein neues Ausreisegesetz von 1988 bewirkte nicht mehr viel. Unmittelbar darauf folgte der Fall des Eisernen Vorhangs.

Die Hilflosigkeit der SED war daran zu erkennen, dass 1988 wieder auf die bereits aufgegebene Doppelstrategie zurückgegriffen wurde.¹¹⁸ Hier zeigen sich Absurditäten, die in der Taktik der Unruhebekämpfung des Systems begründet waren. Auch, dass Teile der Bevölkerung ausgebürgert wurden, die die DDR nicht verlassen, sondern verändern wollten¹¹⁹ und jene zurückgehalten wurden, die einen Antrag stellten und ausreisen wollten, scheint absurd.

Ein Verlassen der DDR galt für die kirchliche Opposition, die kaum von jener außerhalb der Kirche zu unterscheiden ist, wie im Folgenden noch erläutert wird, als der „Weg des geringsten Widerstandes“¹²⁰, ein Bleiben jedoch als „couragiertes und gesellschaftlich verantwortungsvolles christliches Verhalten“¹²¹. Falcke argumentierte 1984 zu drei Fragen, die man sich stellen sollte, bevor man ausreist bzw. einen Antrag stellt.¹²² Er stellt sich somit weder gegen die Leute, doch er bringt zum Ausdruck, dass Ausreise auch für ihn keine Lösung darstellt.

Bereits 1975 reagierte das MfS auf die erhöhte Anzahl der Antragsteller, es wurde eine Zentrale Kontrollgruppe ZKG gebildet, die Antragssteller beobachtete. Die Zuständigkeit der Abteilung Inneres der Städte wurde nun mit dem MfS verwoben, das stets im Hinter-

¹¹⁶ Wenn nicht anders angegeben, sind die Zahlen bezüglich der Ausreiseanträge in diesem Abschnitt entnommen aus: Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, hg. v. R. Eckert, U. Poppe, I. Kowalczuk. Berlin 1995, S. 192-223, hier: S. 202.

¹¹⁷ Eisenfeld, Strategien, S. 14.

¹¹⁸ Vgl. Eisenfeld, Flucht, S. 366.

¹¹⁹ Als Beispiel sei hier die Ausbürgerung Wolf Biermanns genannt.

¹²⁰ Eisenfeld, Flucht, S. 369.

¹²¹ Ebd.

¹²² Kirchliche Haltung zu Flucht und Ausreise Februar 1984, in: Neubert, Kirchenpolitik, S. 415.

grund etwas hinzuzusetzen hatte. Teilweise wurden auch verdeckte Mitarbeiter in die städtische Verwaltung eingeschleust.¹²³ Es sollte Einfluss auf Institutionen, Organisationen und Betriebe genommen werden, in denen sich Antragsteller aufhielten, um die Gruppe von Ausreisewilligen einzudämmen.¹²⁴ Eindämmen konnte die SED die Ausreisebewegung kaum, schon gar nicht stoppen. Ein verschärfteres Vorgehen gegen die Antragsteller hätte die DDR in ihrem internationalen Ansehen sinken lassen, da sie internationale Verträge unterzeichnet hatte. Auch innenpolitisch war dieser Druck, der durch die Ausreisewilligen entstand, nicht tragbar.¹²⁵ So kam es dazu, dass sich viele Menschen ihre Ausreise regelrecht „erkämpften“¹²⁶ und wegen ihrer oppositionellen Haltung ausgewiesen wurden. Antragsteller flüchteten sich in den 80er Jahren zunehmend in die Kirchen. Sie galten als Ansprechpartner und Seelsorger. In ihrer Stellung als Körperschaft öffentlichen Rechts war Kirche auch in der Lage Unterstützung zu leisten. Die Opposition und auch die Antragsteller nutzten das „Schutzdach“ für sich. Werner Hilse, Pfarrer einer Gemeinde in Treptow, berichtete von seiner Arbeit mit Ausreisewilligen. Insbesondere seit 1988 nahm diese Arbeit stetig zu, er spricht von einem „Dauerbrenner“¹²⁷ in seiner Gemeinde. Hilse nahm sich der Antragsteller an, er begleitete sie, um sie zum Bleiben zu bewegen, doch er meinte gleichfalls, die Leute, die das Gespräch suchten, hatten sich bereits entschieden.¹²⁸ Die allgemeine Antwort der Kirche auf die Flut der Ausreisewilligen lautete Einzelseelsorge, Betreuung einzelner Bürger, aber keine Veranstaltungen allein für Ausreisegruppen, damit diese nicht noch weiter in ihren Ausreiseplänen unterstützt wurden. Schließlich war Kirche in der DDR Kirche *im* Sozialismus. Vom Staat wurde dies ebenso gefordert. In Hilses Gemeinde wurde sich nicht daran gehalten.¹²⁹ Es gab sogar einen Synodenbeschluss, der diese Art von Veranstaltungen verbot. Um diese Anordnung zu umgehen, kündigte Hilse diese Treffen nicht an.¹³⁰ Das MfS hat gegen ihn ermittelt und einen Operativen Vorgang OV angelegt, in dem er vom MfS überwacht wurde und Beweise gegen ihn gesammelt wur-

¹²³ Vgl. Lochen, S. 21.

¹²⁴ Vgl. Eisenfeld, Strategien, S. 7.

¹²⁵ Vgl. Lochen, Bestimmungen, S. 19.

¹²⁶ Eisenfeld, Strategien, S. 17.

¹²⁷ Hilse, Werner: Die Betreuung von Antragstellern war eine Gratwanderung, in: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (= Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997, S. 32-37, hier: S. 32.

¹²⁸ Vgl. ebd., S. 34.

¹²⁹ Vgl. ebd.

¹³⁰ Vgl. ebd., S. 35.

den, um gegebenenfalls Maßnahmen gegen ihn vornehmen zu können. Das Anlegen Operativer Vorgänge wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch näher erläutert.

Ähnlich lief dies auch in Zwickau ab, rund um die Ereignisse am Dom, doch darauf wird später zurückgegriffen.

2.2.4 OPPOSITION IN DEN KIRCHEN

Widerstand und Opposition konnte es in der DDR nicht geben, denn:

„In sozialistischen Staaten existiert für Opposition keine objektive, soziale und politische Grundlage, denn die Arbeiterklasse – im Bündnis mit allen anderen Werktätigen – ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, deren grundintressen mit denen der anderen Klassen und Schichten prinzipiell übereinstimmen.“¹³¹

Dies war und blieb wohl Wunschdenken der DDR-Führung. Denn die Geschichte der DDR ist eine Geschichte der Opposition, des Widerstandes und der Verweigerung. Es kann sogar gesagt werden, dass die Ideologie des Sozialismus die Menschen und auch die Kirche in den Widerstand trieb. Falcke referierte 1982 über die Bergpredigt, er sieht in ihr eine Grundlage der politischen Verantwortung von Kirche und Christentum in und an der Gesellschaft.¹³² Hierdurch wurde die oppositionelle Bewegung legitimiert.

Insgesamt ist zu beachten, dass die Kirchen in der DDR eine Doppelrolle zu vertreten hatten. Das Staat-Kirche-Verhältnis bedurfte immer wieder neuer Festigung, doch war Opposition durch den Sonderstatus der Kirchen, zunächst auch nur im Schutzraum der Kirche, möglich. Kirche konnte als einzige Großorganisation nicht fest in die Struktur des Staates eingebunden werden. So war es immer wieder möglich, dass Opposition und Widerstand entstand. Ein dritter Faktor, der neben der Doppelrolle allerdings noch erwähnt werden sollte, sind die jeweiligen Gemeinden, in denen die Oppositionsgruppen sich trafen bzw. in deren Schutzraum sie eindringen. Es konnte sich nie die gesamte Gemeinde mit den Gruppierungen, die entstanden, identifizieren.¹³³ Schwierig war, dass die Oppositionsgruppen nicht in das traditionelle Gemeindebild „passten“¹³⁴. Es kamen viele junge Leute und neue Formen von Gottesdienst und Liturgie in die Kirchen, doch diese verbreiteten eine gewisse Unruhe.¹³⁵ So kam es auch zu innergemeindlichen Spannungen.

¹³¹ Das kleine politische Wörterbuch. Berlin 1986, S. 695.

¹³² Falcke: Mit Gott Schritt halten, S. 88-109.

¹³³ Maser, Kirchen, S. 129.

¹³⁴ Neubert, Vergebung, S. 76.

¹³⁵ Vgl. ebd., S. 76.

Die kirchliche Opposition hatte einen Anteil am Sturz der Diktatur, auch wenn durch die offiziellen Kirchenvertreter bis zum Schluss ein „verbesserlicher Sozialismus“ angestrebt wurde.¹³⁶

Gegen Ende der 70er Jahre entstand ein labiles Dreiecksverhältnis zwischen Staat, Kirche und aktiven Gruppierungen.¹³⁷ Allerdings geriet die Kirche so auch in einen Zwiespalt. Gegenüber den Vertretern des Staates mussten sie „als ehrliche Makler“¹³⁸ auftreten, wohingegen sie den Gruppen drohten, dass diese vernünftig blieben. Maser fügt zu diesem Dreieck noch einen vierten Partner hinzu und meint, dass innerhalb der DDR lediglich das stattfand, was in den westlichen Medien gebracht wurde.¹³⁹ Hier wird deutlich, dass Kirche so auch als Ersatz für Gesellschaft und Öffentlichkeit stand.

Seit Beginn der 80er Jahre fanden nicht mehr nur Spitzengespräche statt¹⁴⁰, es bildeten sich unabhängige Gruppen und Basisinitiativen im Raum der Kirche. Seit Februar 1987 kam der „Konziliare Prozess“ ins Rollen. Es entstanden ökumenische Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.¹⁴¹ Auf der Weltkirchenkonferenz in Vancouver 1984 wurde von Falcke der Vorschlag eines weltweiten Konzils gemacht. Dies ging auf Dietrich Bonhoeffer¹⁴² zurück, denn der Widerstand der Bekennenden Kirche gegen den Nationalsozialismus galt als „verbindliche Norm“¹⁴³ für oppositionelle Gruppierungen in der DDR.

„Die Kirchen sollten auf allen Ebenen – Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerken christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften - zusammen mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen in einem konziliaren Prozeß sich zu einem Bund zusammenfinden: -um Christus (...) zu bekennen (...) den dämonischen Mächten des Todes zu widerstehen, die dem Rassismus, dem Sexismus, der Klassenherrschaft, der Unterdrückung der Kasten und dem Militarismus innewohnen; -die Mißstände der Wirtschaftsordnung, der Wissenschaft und der Technologie zu verurteilen, die den Mächten und Gewalten gegen das Volk dienen.“¹⁴⁴

Dies brachte einen Stein ins Rollen. Strauss zählte 1988 160 Friedens- und Menschenrechtsgruppen, 80 Umwelt-, 46 Zweidrittelwelt- und 30 Frauengruppen, von denen 150 als

¹³⁶ Vgl. Maser, Kirchen in der DDR, S. 9.

¹³⁷ Vgl. Wollé, Heile Welt, S. 254.

¹³⁸ Ebd., S. 255.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 255.

¹⁴⁰ Vgl. Maser, Kirchen, S. 28.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 29.

¹⁴² Einen hohen Stellenwert hatte die „Barmer Theologische Erklärung“ der Bekennenden Kirche von 1934, auf die sich häufig berufen wurde, besonders Artikel 4: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen.“

¹⁴³ Für ein freies Land mit freien Menschen, S. 182.

¹⁴⁴ Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (Hg.): Texte und Dokumente. Auf dem Weg zu einem Konzil des Friedens. Berlin 1986, S. 30.

kirchliche Basisgruppen eingeschätzt wurden.¹⁴⁵ Gegen Ende der 80er Jahre gab es zunehmend Friedensgebete, Friedensgottesdienste, Werkstätten und Rüstzeiten. Dies zog sich bis in die einzelnen Kirchenleitungen, obwohl diese sich eher vorsichtiger äußerten, als die Opposition.¹⁴⁶ Die zunächst als „Offene Arbeit“ bezeichneten Initiativen formierten sich Ende der 80er Jahre zur „Kirche von unten“, von der Basis ausgehend wurde der Fortschritt bzw. die Revolution initiiert.

Im Herbst 1989 misst Maser den Kirchen „für kurze Zeit eine Rolle von historischer Bedeutung“¹⁴⁷ bei. Er betont hiermit, dass die Kirchen ein gewisses Zutun zur Revolution hatten, doch im Wesentlichen die Gesellschaft selbst den Umbruch herbeigeführt hat. Neubert sieht den größten Erfolg der Kirchen in der Kontrolle der Kommunalwahlen 1989¹⁴⁸ und Veröffentlichung der tatsächlichen und nicht der gefälschten Ergebnisse. Doch auch er sieht, dass seit Beginn des Jahres 1989 die Bindung der oppositionellen Gruppen eher hinderlich war, sodass die Herbstereignisse nicht ausschließlich durch die Kirche herbeigeführt wurden. Einflussnahme der Kirchenleitungen war kurz vor dem Systemumbruch nicht mehr möglich, die Opposition hatte das „Schutzdach“ der Kirche verlassen. Sie benötigte es nicht mehr, um die Öffentlichkeit zu erreichen.¹⁴⁹ Vollnhals sieht dies ähnlich, die evangelische Kirche war der „Motor des Umbruchs“ und „Hort des Widerstandes“.¹⁵⁰ Die Revolution begann in den Kirchen, doch sie fand im Wesentlichen in der Gesellschaft statt.

¹⁴⁵ Gruppen in der Kirche – Orientierung für Konfliktfelder. Lauchhammer 1988 (unveröffentlichtes Typoskript), zit. n. Maser, Kirchen, S. 126.

¹⁴⁶ Vgl. Neubert, Geschichte, S. 801.

¹⁴⁷ Maser, Kirchen, S. 29.

¹⁴⁸ Vgl. Neubert, Kirchenpolitik, S. 377.

¹⁴⁹ Vgl. Maser, Kirchen, S. 29.

¹⁵⁰ Vollnhals, Zugleich, S. 434.

3. DIE BEARBEITUNG DER KIRCHE DURCH DAS MfS UND DIE SED

Nachdem die Lage der Kirchenpolitik dargestellt wurde, soll nun ausführlicher auf die einzelnen Mechanismen der Repression von staatlicher Seite eingegangen und die Art und Weise, wie Kirchenpolitik in der DDR betrieben wurde, dargestellt werden.

Anhand der Quellenlage ist die SED-Kirchenpolitik gut nachzuvollziehen. Ebenso ist das Verhältnis SED-MfS mittlerweile gut aufgearbeitet.¹⁵¹ Das MfS sollte nicht als „Staat im Staat“ existieren, sondern neben, außerhalb und im Dienst der Partei. Inwiefern dies der Fall war, ist ebenso Teil der Ausführungen.¹⁵²

3.1 KIRCHENPOLITIK AUF DER REGIERUNGS- UND PARTEIEBENE

Der SED-Parteiapparat entfaltete seine Herrschaft über Staat und Gesellschaft auf einer Ebene von Beschlüssen, Direktiven, Maßnahmenplänen und Vollzugsvorgaben. Für die Erteilung und Kontrolle war das Zentralkomitee ZK der SED verantwortlich. Der Aufbau des ZK-Apparates entsprach dem des Staatsapparates der DDR. Im März 1954 wurde vom Politbüro ein Grundsatzdokument herausgegeben: „Die Politik der Partei in Kirchenfragen“. Dieser Beschluss setzte das zukünftige Vorgehen gegen die Kirchen fest und formulierte die kirchenpolitische Linie neu.¹⁵³ Es legte die Differenzierungs- und Unterwanderungspolitik fest.¹⁵⁴ Außerdem wurde beim ZK zusätzlich eine ständige „Abteilung für Kirchenfragen“ errichtet. So sollten zunächst „fortschrittliche“ Christen gefunden werden, die für eine „Zusammenarbeit“ in Frage kamen.¹⁵⁵ Zusammenarbeit meint in diesem Fall eher Manipulation. Auf einer Sitzung des Politbüros im Januar 1955 wurde ebenfalls deutlich, dass die Kirchen mit in die neue kirchenpolitische Linie einbezogen werden sollten, zumindest die „fortschrittlichen“ Kreise. Deutlich wird dies im Protokoll:

„1. Unterstützung des Kampfes um die Erhaltung des Friedens und der Wiederherstellung der demokratischen Einheit Deutschlands durch die Gewinnung und stärkere Einbeziehung der Geistlichen, Kirchenräte und religiös gebundenen Schichten der Bevölkerung. Zerschlagung der durch die Kirchenhierarchie beider Konfessionen verbreiteten feindlichen Ideologien und Provokationen.

2. Vertiefung der gesamtdeutschen Arbeit durch stärkere Einbeziehung der fortschrittlichen kirchlichen Kreise Westdeutschland in engster Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für deutsche Einheit, dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und dem

¹⁵¹ Vgl. Vollnhals : Kirchenpolitik, Vorwort, S. 7.

¹⁵² Vgl. ebd.

¹⁵³ Vgl. Goerner, AG KF, S. 66.

¹⁵⁴ Vgl. ebd. S. 61.

¹⁵⁵ Vgl. ebd.

deutschen Friedensrat. Verstärkung des Kampfes gegen den klerikalen Militarismus beider Konfessionen.“¹⁵⁶

Um die Ideologie des Sozialismus weiter durchsetzen zu können, insbesondere im Raum der Kirche, die dem Staat stets ein Dorn im Auge war, musste der Teil der Kirchenleitung, der gegenüber dem Staat „fortschrittlich“, also neutral oder wohlgesonnen war, so gelenkt werden, dass sie dazu beitragen, dass der parteipolitisch propagierte Sozialismus auch in den christlichen und kirchlichen Kreisen praktiziert wird. Es sollte verhindert werden, dass diese weiter gegen den Staat vorgehen.

1957 wurde als letzte der drei staatlichen Instanzen das Amt für Kirchenfragen, welches später in das Staatssekretariat für Kirchenfragen umbenannt wurde, geschaffen. Es sollte eine Staatsinstanz darstellen, die unabhängig neben der Partei stehen sollte. Dies bedeutete für die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK einen Einschnitt. Die Abteilung wurde verkleinert und besaß danach noch 3 Mitarbeiter.¹⁵⁷ 1971 fand im Zuge der Anerkennung des BEK durch die DDR ein Wandel der Strategie statt. In der Ära Honecker stellte sich, wie bereits erläutert, eine Gesprächskultur zwischen Staat und Kirche ein. Dies hatte auch Einfluss auf die Abteilung im ZK und das neue Staatssekretariat für Kirchenfragen. Die Leitung dieses Sekretariats hielt ein Staatssekretär inne, der gleichzeitig Mitglied der SED war, gemeinsam mit seinem Stellvertreter, den die Ost-CDU stellte, da diese die Christen der DDR erreichen sollte. Das Sekretariat stellte eine Art Zwischeninstanz dar, die zwischen ZK und BEK zu vermitteln versuchte. Durch die dreifache Zielsetzung dieser Instanz gab es immer wieder Spannungen mit dem ZK. Die Zielsetzung bestand aus der Spaltung der EKD, die 1969 mit der Gründung des BEK und der Entmachtung des Vorsitzenden der Ost-CDU erfolgte. So konnte die staatliche Kirchenpolitik zentralisiert werden und die Unterwanderung der Kirche durch „fortschrittliche“ Kräfte¹⁵⁸ umgesetzt werden.

Ein weiteres Problem neben den Spannungen mit der Abteilung des ZK, war die Unsicherheit darüber, welche Mitarbeiter beim MfS tätig waren. Im Staatssekretariat gab es kaum jemanden, der keine Kontakte zur Staatssicherheit pflegte¹⁵⁹, so dass die Abteilung kaum eigene Bestimmungen durchsetzen konnte, da sie vom MfS unterwandert wurde. Als 1979 Klaus Gysi das Amt des Staatssekretärs übernahm, wurde, der IM-Einsatz in den Kirchen

¹⁵⁶ Protokoll der Politbürositzung vom 4.1.1955, mit Anlage 10; SAPMO-BA, ZPA, J IV 2/2/398, in: ebd., S. 72.

¹⁵⁷ Vgl. ebd., S. 75.

¹⁵⁸ Vgl. Boyens, Staatssekretariat, S. 122.

¹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 127f.

verstärkt, denn Gysi war selbst IM und unterhielt Kontakte zum MfS.¹⁶⁰ Boyens bezeichnete des Staatssekretariat als Fehlkonstruktion, da es keine klare Linie aufweisen konnte. „Das Sekretariat für Kirchenfragen war von Anfang an eine Fehlkonstruktion, weder Fisch noch Fleisch – teils Regierung, teils SED, teils MfS. Im Grunde genommen war es überflüssig“¹⁶¹ Außerdem war es trotz dessen, dass es ein Staats- und kein „Parteisekretariat“ war, wie die Abteilung des ZK, von der SED gesteuert. Dies ist nicht allein der Tatsache geschuldet, dass der Leiter stets Mitglied der SED war, denn: „Vor dieser Kulisse konnte man in Zukunft immer das Stück von den offiziellen Staat-Kirche-Beziehungen spielen. In Wirklichkeit ging es immer um die Partei-Kirche-Beziehungen, die sich hinter der Kulisse der staatlichen Dienstseinheiten abspielten.“¹⁶²

So blieb das Machtzentrum beim ZK und der Staatssekretär hatte nur Repräsentationsfunktion.¹⁶³ 1978 wurde die Überflüssigkeit des Sekretariats bestätigt, denn nach 1978 verhandelten das ZK und der BEK direkt.¹⁶⁴ Hier wird deutlich, wie schwierig es für das Verständnis von DDR-Politik ist, SED und Regierung eindeutig zu trennen. Die SED war schließlich die regierende Partei.

3.2 DAS MfS, STRUKTUREN, DIE KIRCHEN UND DAS VERHÄLTNIS ZUR SED

Die SED war sich nie sicher, wie viel Herrschaft und Macht sie wirklich besaß, so benötigte sie zur „machtpolitischen Kompensation der fehlenden demokratischen Legitimation“¹⁶⁵ und Bekämpfung der Kommunismusegner das Ministerium für Staatssicherheit.

Das MfS hatte eine einzigartige Stellung in der DDR.¹⁶⁶ Es unterstand dem Ministerrat und erhielt Anweisungen von der SED-Spitze. Im Bezug auf die einzelnen Kreise innerhalb der DDR bedeutete dies, dass die MfS-Mitarbeiter formell auch der SED-Kreisleitung unterstellt waren. Zwischen diesen beiden Instanzen, SED und MfS, ist eine Verzahnung feststellbar.

Der Chef der BV gehörte gleichzeitig der Bezirksleitung der SED an. Auch die Mitarbeiter in Sachen Kirchenfragen waren oft in den anderen Einrichtungen tätig, sodass sie Einfluss

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 134.

¹⁶¹ Ebd., S. 1978.

¹⁶² Ebd., S. 121.

¹⁶³ Vgl. Vollnhals, Clemens: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 79-119, hier: S. 79.

¹⁶⁴ Vgl. Boyens, Staatssekretariat, S. 136.

¹⁶⁵ Vollnhals, Kirchenpolitische Abteilung, S. 79.

¹⁶⁶ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 1.

nehmen konnten, wie das MfS es wollte.¹⁶⁷ Insofern kann die Unterordnung des MfS unter die Ebene der Regierung bzw. der SED angezweifelt und in Frage gestellt werden. Doch für Joachim Gauck¹⁶⁸ stellt sich „die Frage, wer wen kontrollierte und dirigierte, [...] schon deshalb nicht, weil Staatsapparat, Parteiapparat und Sicherheitsapparat eine eng miteinander verschmolzene Einheit“¹⁶⁹ bildeten. Zumindest im Bereich Kirche kann aufgrund dessen die offizielle Politik nicht von der des MfS getrennt werden.¹⁷⁰

Die SED wandte durch den Einsatz des MfS eine Doppelstrategie an, zum Einen führte sie Spitzengespräche mit Geistlichen und gab Erklärungen heraus, auf der anderen Seite beauftragte sie das MfS, um durch innere Differenzierung gegen die Kirchen vorzugehen. Das MfS hatte die Aufgabe die Kirche durch den Differenzierungsprozess von innen zu zersetzen. Durch die Unterwanderung staatlicher Stellen mit MfS-Mitarbeitern ließ das MfS sich nicht auf Bessitznahme und Unterwanderung der Kirchen beschränken.¹⁷¹ Sie koordinierten somit die Umsetzung staatlicher Kirchenpolitik oder wie man es interpretieren kann, die Kirchenpolitik des MfS. Wichtige Schlüsselstellen waren mit Inoffiziellen Mitarbeitern IM und Offizieren im besonderen Einsatz OibE besetzt. OibE waren hochqualifizierte hauptamtliche Mitarbeiter des MfS in Führungspositionen. Oft wurden diese in den Abteilungen für Inneres der Kreise eingesetzt, vor allem im Bereich Kirche und Ausreisefragen. Es war nicht erkennbar, dass sie in Wirklichkeit für das MfS arbeiteten, da ihre Besoldung von ihrer jeweiligen Stelle, in der sie eingesetzt waren, übernommen wurde, sodass sie unerkannt blieben. Bei den meisten Referenten für Kirchenfragen bei den Räten der Bezirke bzw. Kreise war dies auch der Fall¹⁷², so dass vor Ort staatliche Kirchenpolitik mit den Vorgaben des MfS verbunden und betrieben werden konnte. Vollnhals stellt damit zu Recht die Frage, ob das Staatssekretariat für Kirchenfragen wirklich als eigenständige staatliche Dienststelle angesehen werden konnte.¹⁷³

In seinen Grundzügen war das MfS militärisch organisiert. Es agierte anhand von Anleitung, Kontrolle und Information. Vollnhals spricht von durchorganisierter Großbürokratie

¹⁶⁷ Vgl. ebd.

¹⁶⁸ Evangelischer Theologe und 1991 bis 2000 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

¹⁶⁹ Gauck, Joachim: Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR. Hamburg 1991, S. 72.

¹⁷⁰ Vollnhals, Clemens: Abteilung 4: Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Hauptabteilung XX, hg. v. T. Auerbach, M. Braun, B. Eisenfeld u.a.(= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden). Berlin 2008. S. 89-103, hier: S. 103.

¹⁷¹ Vollnhals, Kirchenpolitische Abteilung, S. 94.

¹⁷² Vgl. ebd., S. 97.

¹⁷³ Vgl. ebd.

tie.¹⁷⁴ Die Hierarchie innerhalb des MfS war genau aufgegliedert. Der Minister und dessen Stellvertreter haben die oberste Befehlsgewalt. Auf der nächsten Hierarchieebene standen die Leiter der Hauptabteilungen. Dem Leiter der einzelnen Bezirksverwaltungen waren die jeweils zugehörigen Kreisdienststellen unterstellt.

Unterschiedliche Funktionen waren zu erfüllen: Nachrichtendienst, politische Geheimpolizei und Untersuchungsorgan bei Straftaten. Welche Mittel jeweils einzusetzen waren, war Aufgabe des MfS. Wurde etwas Auffälliges festgestellt, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.¹⁷⁵ Das Ziel war aber nicht Sicherheit, wie es dem Namen nach sein sollte, sondern Machterhalt der SED.¹⁷⁶ Das gesellschaftliche Leben sollte ausspioniert und überwacht werden. Die Voraussetzung dafür war die Beschaffung von Informationen. Die konspirative Arbeitsweise des MfS konnte auch Gesetze brechen, die andere Instanzen einzuhalten hatten. Stasimitarbeiter haben sich oftmals strafbar gemacht: Verletzung des Briefgeheimnisses, Diebstahl von Geld aus Briefen, Sachbeschädigungen, körperliche Gewalt, durchgeschnittene Bremsleitungen und mysteriöse Todesfälle. Die Delikte wurden auch in den Akten notiert.¹⁷⁷ Neubert beschreibt hier Methoden und Vorgehensweisen des MfS, in denen Gesetzeswidrigkeiten zu erkennen sind:

„Konspirative Wohnungsdurchsuchungen als fingierten Einbruch, häufige offene Beschattung zu Fuß oder mit dem Fahrzeug, Lieferung von nicht bestellten Waren, Telefonterror, Benachteiligung und Beschimpfung der Kinder in den Schulen, Ehegatte als IM, Verdächtigung, für die Stasi zu arbeiten, Einbau von Wanzen, die bisweilen auch gefunden wurden, Hausarrest oder Wohnungsblockaden für Besucher mit Stasiwachen vor der Tür, beschädigen von Autos, Zerschneiden von Fahrradreifen, ständige Vorladungen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, mündlich und schriftlich verbreitete Gerüchte über das Intimleben, Zurückhaltung und Beschlagnahme von Post, gefälschte Samisdaterzeugnisse in Umlauf gebracht, faschistische Tendenzen vorgeworfen, Kriminalisierungsversuche, Aufhetzen der Nachbarn, Reiseverbote in alle Länder, Teilaufenthaltsbeschränkungen in der DDR, Abmahnungen von Vorgesetzten und vieles andere mehr.“¹⁷⁸

Letztendlich hatte das MfS derartige Macht, dass SED, Politbüro, Staat und Gesellschaft vollständig kontrolliert und beherrscht werden konnten.¹⁷⁹ Neben den anderen staatlichen Organen war das MfS ein eigen- und selbstständiger Apparat.¹⁸⁰

¹⁷⁴ Vgl. ebd., S. 92.

¹⁷⁵ Vgl. Vollnhals, Clemens: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der "Partei". Das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR, in: Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, hg. v. ders. München 2002, S. 113-156, hier: S. 139.

¹⁷⁶ Vgl. ebd., S. 122.

¹⁷⁷ Vgl. Gauck, Erbe, S. 39.

¹⁷⁸ Neubert, Oppositionelle, S. 190

¹⁷⁹ Vgl. Neubert, Vergebung, S. 54.

¹⁸⁰ Vgl. ebd., S. 54.

Die Stellung des MfS sollte trotzdem nicht überschätzt werden, auch wenn zahlreiche Schlüsselpositionen mit Stasimitarbeitern besetzt wurden.¹⁸¹ Sie koordinierten und unterwanderten, aber nicht um der Ideologie des Sozialismus zu schaden. So erfüllte das MfS seine Aufgabe als „Schild und Schwert der Partei.“ Doch diese Aufgabe wurde mehr als erfüllt, „Schild und Schwert“ wollte bzw. sollte es sein, doch es „wurde zu einem Monster“¹⁸². In den 80er Jahren hat der „flächendeckende“¹⁸³ Kontrollzwang und gleichzeitige Kontrollverlust des Kontrollorgans das Ende desselben bedeutet. Zu viele Krisen kultureller, sozialer und ökonomischer Natur waren zu bewältigen und die Informationsflut war nicht mehr bezwingbar. In Bezug auf die Kirchen gab es nicht die vom MfS erwünschte lückenlose Überwachung¹⁸⁴, doch es drangen Informationen zum MfS durch, die es dann auswertete. Man kann in diesem Zusammenhang lediglich von Unterwanderung sprechen. Unter vollständiger Kontrolle war die Kirche nie. „Daß man die Kirche als ganze auf diese Weise, in den Griff bekommen hätte, zählt zu den illusionistischsten Selbsteinschätzungen, die das MfS seiner eigenen Tätigkeit angedeihen ließ.“¹⁸⁵ „Es gelang dem MfS [...] nicht, das Vertrauensverhältnis innerhalb der kirchlichen Mitarbeiterschaft und an der Basis grundlegend zu zerstören. Trotz aller Spannungen [...] blieb der Zusammenhalt weiterhin gewahrt“¹⁸⁶, „durch deren vielfältige Organisationsformen und demokratisch-synodale Verfassung.“¹⁸⁷

3.2.1 HA XX/4: KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Die Gesellschaft der heutigen Zeit interessiert sich am meisten für die Hauptabteilung HA XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, „Politischer Untergrund“. Sie war „zweifelloos das Kernstück des nach innen gerichteten Repressionsapparates.“¹⁸⁸ Besonderen Bedeutungszuwachs hatte sie in den 80er Jahren durch die Bürgerrechtsbewegung erhalten. In

¹⁸¹ Vgl. Vollnhals, Kirchenpolitische Abteilung, S. 119.

¹⁸² Arnold, Karl-Heinz: Schild und Schwert. Das Ende von Stasi und Nazi. Berlin 1995, S. 8.

¹⁸³ Gauck, Erbe, s. 61.

¹⁸⁴ Maser, Kirchen, S. 124.

¹⁸⁵ Krötke, Wolf: Das beschädigte Wahrheitszeugnis der Kirche. Zu den Folgen der Einflußnahme des MfS auf die Kirche, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 405-414, hier: S. 408.

¹⁸⁶ Maser, Kirchen, S. 125.

¹⁸⁷ Ebd. S. 125.

¹⁸⁸ Vollnhals, Denunziation, S. 126; Vgl. Braun, Matthias: Die Hauptabteilung XX im Überblick, in: Hauptabteilung XX, hg. v. T. Auerbach, M. Braun, B. Eisenfeld u.a.(= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden). Berlin 2008. S. 3-40, hier: S. 3; Vgl. Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001, S. 63.

ihrer Endphase hatte die HA XX neun Abteilungen. Ihre Entwicklung spiegelt sich in „Geschichte von Opposition, Widerstand und politischer Dissidenz in der DDR.“¹⁸⁹ 1989 hatte allein die HA XX, das heißt ohne die zuständigen Abteilungen auf Bezirksebene, 460 hauptamtliche Mitarbeiter und 1500 angeleitete IM.¹⁹⁰ Im Vergleich dazu ist zu sehen, dass in den Bezirksverwaltungen zuletzt allein in Abteilung XX: Staatsapparat, Kirche, Kunst, Kultur und politische Untergrundtätigkeit 120 hauptamtliche Mitarbeiter¹⁹¹ tätig waren. Mitarbeiter der „Kirchenlinie“ wurden in allen Ebenen der DDR eingesetzt, in der Hauptabteilung, in den Bezirksverwaltungen und in einigen Kreisdienststellen, z. B. auch in Zwickau.¹⁹²

Die HA XX/4 war allein für Kirche und Religionsgemeinschaften zuständig, so „deckten die HA XX und ihre Zweige in den Bezirken und Kreisen praktisch das gesamte öffentliche Leben der DDR ab.“¹⁹³ In den 15 Bezirksverwaltungen gab es ebenfalls die Abteilung XX. Untergliedert war diese nochmals in drei Referate: Evangelisch, Katholisch und Religionsgemeinschaften. So waren die Kirchenbelange auch auf der Linie der SED eingeteilt, dies wird später auch im Aktenmaterial deutlich. Ohnehin orientierte sich der Aufbau der Abteilung 4 nach einem Befehl¹⁹⁴ von Ernst Wollweber¹⁹⁵ am Aufbau der Abteilung Kirchenfragen des ZK.

Zunächst hatten die Mitarbeiter kein Vorwissen auf theologischem Gebiet. Erst durch die Mitarbeit von „fortschrittlichen“ Pfarrern, Theologen und Kirchenjuristen wurde es für das MfS durchschaubar, sie brachten den Mitarbeitern entsprechendes Wissen über die Theologie und die Institution Kirche an sich bei.¹⁹⁶ In Karlshorst und Pankow wurden als Außenstelle der Juristischen Hochschule des MfS Außenstellen eingerichtet, die wie theologische Institute arbeiteten.¹⁹⁷ In der Bibliothek befanden sich mehrere tausend Titel theologischer Literatur. Der Bestand war teilweise aus dem Nachlass von Pfarrern zusammen gesammelt.

¹⁸⁹ Braun HA XX, S. 4.

¹⁹⁰ Vgl. Braun, HA XX, S. 10.

¹⁹¹ Vgl. Vollnhals, Abteilung 4, S. 99.

¹⁹² Vgl. Vollnhals, Kirchenpolitische Abteilung, S. 85.

¹⁹³ Gieseke, Stasi, S. 63.

¹⁹⁴ Minister des MfS, Befehl Wollwebers vom 21.12.1954, in: Besier; Pfarrer, S. 189-196.

¹⁹⁵ 1953 bis 1958 Minister für Staatssicherheit.

¹⁹⁶ Vgl. Vollnhals, Kirchenpolitische. Abteilung, S. 84.

¹⁹⁷ Vgl. Neubert, Instrumentalisierung, S. 349.

Die „Kirchenlinie“ war am teuersten für das MfS, insgesamt verbrauchten sie $\frac{1}{3}$ der Mittel¹⁹⁸ der gesamten HA XX.

3.2.2 RICHTLINIE 1/76

Dieses Kapitel beschränkt sich auf das Anlegen und Führen Operativer Vorgänge und geht kurz auf das Thema Inoffizielle Mitarbeiter, welches jedoch im weiteren Verlauf noch näher beleuchtet wird, ein. Hier wird sich beschränkt auf den Teil der Richtlinie, der besonders für das „Zwickauer Modell“ relevant ist.

Als Erich Mielke¹⁹⁹ Minister für Staatssicherheit wurde, wuchs das MfS an und es begann die Zeit der Richtlinien RL. Diese stellten Befehle und Dienstanweisungen dar, die befolgt werden mussten. In jede RL flossen die Erfahrungen von IM ein.²⁰⁰ Die erste Richtlinie war die RL 1/58. In den 70er Jahren wurde der Einsatz von IM intensiviert. Es war nicht nur die Zeit der Entspannungspolitik, sondern auch das Jahr der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermanns und die Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz aus Zeitz. So nahm auch im MfS die Arbeit zu. Einzuordnen in diese Zeit ist die Richtlinie 1/76, die bis zur Auflösung des MfS Gültigkeit hatte.²⁰¹ Festgelegt waren hier unter anderem die Führung von IM und das Anlegen Operativer Vorgänge OV und Operativer Personenkontrollen OPK. Von dieser Richtlinie durfte die Realität nicht abweichen.

Eine OPK wurde angelegt, wenn ein Verdacht auf eine Straftat vorlag, doch auch bei dem Verdacht der Gefährdung der Gesellschaft und besonders des Friedens. Dafür kommen auch oppositionelle Handlungen in Betracht. In einem OV wurden besonders hartnäckige Fälle bearbeitet. Dieser konnte auch aus mehreren Personen bestehen.

Voraussetzungen für das Anlegen eines OV waren Verbrechen, die gegen das erste oder zweite Kapitel des StGB verstießen oder eine „Straftat der allgemeinen Kriminalität, die einen hohen Grad an Gesellschaftsgefährlichkeit hat und in enger Beziehung zu den Staatsverbrechen steht.“²⁰² Zunächst sind Ausgangsmaterialien zu erarbeiten, die belegen, um welche „feindlich-negativen“ Handlungen es sich handelte. Dies erforderte die

¹⁹⁸ Vollnhals, Denunziation, S. 132.

¹⁹⁹ 1958 bis 1989 Minister für Staatssicherheit.

²⁰⁰ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter (= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden). Berlin 2008, S. 13.

²⁰¹ Vgl. Grundsatzdokumente des MfS (= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden, Teil V/5). Berlin 2004.

²⁰² Ebd., S. 266.

„Durchdringung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche“.²⁰³ Dies bedeutete, das Ausspionieren der betreffenden Personen durch den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern. Dem entsprechenden Leiter war nach dieser Phase des Sammelns vorzuweisen, welche Bereiche und Personenkreise wann, wo und mit wem eine Straftat planen oder begehen würden. Des Weiteren wurde festgelegt mit welchen operativen Mitteln und Kräften dem entgegenwirkt werden konnte und vor allem mit welchen anderen Dienstseinheiten des MfS und mit welchen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen zusammengearbeitet werden kann. Durch den Einsatz dieser sogenannten gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte wird versucht, Ordnung, Sicherheit und Disziplin zu gewährleisten, um die „Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins der Werktätigen“²⁰⁴ zu erhalten, d.h. die Bevölkerung zum Einhalten der sozialistischen Weltanschauung zu zwingen. Zur „aktiven Einflussnahme“²⁰⁵ wurden außerdem IM und OibE eingesetzt

Zu einem OV gehörte zunächst ein Beschluss über den Vorgang des Anlegens des OV, ein Eröffnungsbericht, in dem die Ergebnisse der Einschätzung des Ausgangsmaterials vermerkt wurden und ein erster Operativplan, in dem die zu erreichenden Ziele formuliert waren. Die Ziele eines OV mussten immer mit den politischen Interessen der DDR vertretbar sein und sollen Straftaten unterbinden.

Die am häufigsten angewandte Maßnahme ist die der Zersetzung. Mittel der Zersetzung werden ausführlich in der Richtlinie erläutert: Diskreditierung des öffentlichen Rufs, berufliche und gesellschaftliche Misserfolge, zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen, Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen in Gruppierungen und Beschäftigung der Gruppierungen mit internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung von „feindlich-negativen“ Handlungen. Für diese Aufgaben sollten vorrangig zuverlässige, bewährte und geeignete IM eingesetzt werden.

Manchmal wurden auch reine Gesprächskontakte zu IM-Kontakten. Hier ist dann weder eine schriftliche noch eine mündliche Erklärung abgegeben worden und es gibt keine Berichte, die der IM verfasst hat. So konnte es passieren, dass jemand zum IM wurde, ohne dass er selbst es wusste. Dies war möglich, wenn ein Offizier seinem Vorgesetzten nach-

²⁰³Ebd., S. 247.

²⁰⁴Ebd., S. 263.

²⁰⁵Ebd., S. 264.

weisen konnte, dass er regelmäßigen Kontakt zu betreffenden Kirchenmitgliedern hatte. Allerdings widersprach dies den Richtlinien.²⁰⁶

3.2.3 INOFFIZIELLE MITARBEITER

Um alle Bereiche der Gesellschaft bearbeiten zu können, war es notwendig überall IM zu positionieren. Sie galten als „Hauptwaffe gegen den Feind“²⁰⁷ und das „wichtigste Instrument“²⁰⁸, um an Informationen zu gelangen und Maßnahmen auszuführen.

Eine allgemeingültige Definition von IM gibt es nicht. IM sind Bürger, aus denen das MfS eine Art „Schattenarmee“²⁰⁹ formte, niemand wusste, wer sie waren, sie standen im Hintergrund. Sie waren die „geheime Verbindung zwischen dem Staatssicherheitsdienst und der Gesellschaft“²¹⁰ zur Bekämpfung des „Feindes“. Erst durch die Auflösung des MfS kamen diese Informationen ans Licht. Die wichtigste Verpflichtung eines IM war, die Konspiration einzuhalten.²¹¹ Wenn diese durchbrochen wurde, verlor die Stasi schnell das Interesse an einem potentiellen Mitarbeiter. Das beste Mittel gegen das MfS war das Gegenteil von Konspiration: Öffentlichkeit.²¹² Man konnte die Zusammenarbeit auch aufkündigen, ohne dass es Folgen hatte. Das MfS trennte sich auch von IM, wenn sie als unzuverlässig oder nutzlos galten.²¹³ Viele arbeiteten während ihrer gesamten Berufszeit als IM, andere nur kurz oder wenige Jahre.²¹⁴

Geworben wurden IM gemäß der Richtlinien²¹⁵ von Führungsoffizieren. Diese setzten oft noch weitere IM zur gegenseitigen Kontrolle ein. Im kirchlichen Bereich mussten seit Mitte der 70er Jahre Werbungsvorschläge zunächst mit dem Referats- bzw. Abteilungsleiter abgesprochen werden. Eine schriftliche Erklärung musste nicht vorliegen. Oft reichte eine mündliche Erklärung aus. Besonders bei höheren Kirchenbeamten wurde ganz auf die Verpflichtungserklärung verzichtet²¹⁶ und die Ebene des Gesprächs zwischen Staat und Kirche, missbraucht. An sich hatte eine Verpflichtung die Aufgabe, den Anschein zu erwe-

²⁰⁶ Vgl. Gauck, *Erbe*, S. 32.

²⁰⁷ Vollnhals, *Kirchenpolitische Abteilung*, S. 99

²⁰⁸ Neubert, *Oppositionelle*, S. 171

²⁰⁹ Müller-Enbergs, *IM*, S. 3.

²¹⁰ Ebd., *IM*, S. 5.

²¹¹ Vgl. Maser, *Kirchen*, S. 121.

²¹² Vgl. Neubert, *Vergebung*, S. 69.

²¹³ Vgl. Vollnhals, *Denunziation*, S. 134.

²¹⁴ Vgl. ebd.

²¹⁵ Beispielgebend dient hier die im vorigen Kapitel behandelte RL 1/76.

²¹⁶ Vgl. Maser, *Kirchen*, S. 121.

cken, dass der Mitarbeiter sich selbst aus eigener Überzeugung für die Mitarbeit entschieden hatte, ohne dass das MfS etwas dazu beigetragen hätte.

Da die Opposition eng an die Kirchen gebunden war, sollten IM an der Zersetzung der Opposition arbeiten. Auch Rechtsanwälte, die Oppositionelle in Strafprozessen verteidigten, waren manchmal IM.²¹⁷ Oft haben IM den Widerstand eingeschränkt und behindert, auch ideologisch. Selten konnten sie aufgedeckt werden, obwohl immer mit „Spitzeln“ gerechnet wurde.²¹⁸

Bei der Führung von IM musste die Reihenfolge in den Richtlinien strikt eingehalten werden. Es wurde zunächst ein IM-Vorlauf angelegt, um die Charaktereigenschaften und die Eignung zu überprüfen. In der Aufklärungs- und Anwerbungsphase wurde die Bereitschaft getestet und erst dann konnte ein IM-Vorgang angelegt werden. Nicht immer wurde aus einem IM-Vorlauf auch ein IM-Vorgang. Eine IM-Akte bestand aus zwei Teilen, der Personal- und der Berichtsakte. In der Personalakte sind Anwerbung, Beurteilung, Leistung und Quittungen für Geld und Geschenke zu finden. In die Berichtsakte gehörten die selbst-angefertigten Berichte der IM und die Treffberichte des Führungsoffiziers mit dem IM. Die Aufgabe oder der Schwerpunkt, den ein potentieller IM erfüllen sollte, war von vornherein festgelegt.

In den ersten Jahren dienten IM der Informationsbeschaffung und der Aufklärungsarbeit. Es wurde, basierend auf der Arbeit mit und durch IM, ein „Handbuch der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR“²¹⁹ über 400 Seiten am Institut für Marxismus-Leninismus herausgegeben, um besser gegen die Kirche vorzugehen. Dies ist dem Einsatz von IM zu verdanken. Ohnehin war die Arbeit mit IM elementar. Allein 1987 wurden in der HA XX/4 156 IM im Kirchenbereich beschäftigt.²²⁰ Das MfS war auf IM angewiesen.²²¹

Ende der 50er Jahre, als der Bedarf an Informationen anstieg, wurde eine Strategie für die Arbeit mit IM entwickelt. Es sollten kirchliche Publikationen ausgewertet, Sach- und Personenkarteien geführt und Auskunftsberichte und Propagandakampagnen erstellt werden.²²² 1960 stieg der Bedarf an IM, da die Aufklärungsgruppe AKG gegründet wurde.

²¹⁷ Beispiel: Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, für Zwickau ist der Rechtsanwalt und IM Wetzig zu nennen.

²¹⁸ Vgl. Neubert, Oppositionelle, S. 196.

²¹⁹ Maser, Kirchen, S. 121.

²²⁰ Vgl. ebd., S. 122.

²²¹ Vgl. Arnold, Schild, S. 92.

²²² Vgl. Vollnhals, Abteilung 4, S. 94.

3.2.3.1 VERSCHIEDENE KATEGORIEN VON IM

Oftmals wurden IM gar nicht als solche erfasst, um sie nicht zu enttarnen.²²³ Die meisten IM wurden jedoch nicht zur Bearbeitung und Beeinflussung von Zielpersonen eingesetzt, sondern zur Informationsbeschaffung. Durch die verschiedenen Aufgabenbereiche gab es auch unterschiedliche Kategorien von IM. Diejenigen, die zur Bearbeitung eingesetzt wurden, waren in höheren IM-Positionen. Doch sie „informier[t]en nicht, sie denunzier[t]en“²²⁴

Insgesamt ist zwischen drei verschiedenen Funktionstypen von IM zu unterscheiden. Innerhalb dieser Untergliederung gibt es eine weitere großflächige Einteilung, doch hier wird nur auf den für diese Arbeit und die Bearbeitung der Kirche relevanten Teil eingegangen. Es gab IM zur Sicherung, zur direkten Feindbekämpfung und die für logistische Aufgaben zuständigen. Letztere waren Personen, die ihre Wohnung für Treffen zur Verfügung stellten oder als Deckadresse oder -telefon fungierten.

Interessant für diese Arbeit sind insbesondere die IME und die bereits erwähnten Oibe²²⁵. Die Inoffiziellen im besonderen Einsatz IME waren höher gestellt, als normale IM, sie hatten einen größeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum. Ihnen war es erlaubt, operative Mitarbeiter einzuschleusen und zu überwachen, sie konnten Personen in bestimmte Positionen bringen. Weiterhin bedeutend waren Inoffizielle Mitarbeiter für Bearbeitung IMB, diese hatten „konkrete Feindberührung“²²⁶ und Inoffizielle Mitarbeiter für Sicherheit IMS. Sicherheits-IM nahmen Personeneinschätzungen vor und schrieben Berichte über Verstöße gegen die allgemeine Ordnung im Arbeits- und Lebensbereich.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt gab es noch eine weitere Kategorie, allerdings stellte dies keine IM-Kategorie als solches dar, sondern eine PK „Personenkategorie.“²²⁷ DDR-weit war diese Kategorie einmalig. Es handelt sich um den GM, den sogenannten „guten Mensch“. Der „gute Mensch“ war eine „aus der Sicht des MfS vertrauenswürdige Person, keine IM-Kategorie [und wurde] nur im Bezirk Karl-Marx-Stadt verwendet“²²⁸. Diese Kategorie

²²³ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 87.

²²⁴ Arnold, Schild, S. 92.

²²⁵ Wenn nicht anders angegeben bezieht sich dieser Abschnitt auf die RL 1/76, in: Grundsatzdokumente des MfS.

²²⁶ Gauck, Erbe, S. 64

²²⁷ Vgl. Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit. Berlin⁹2009, S. 61.

²²⁸ Ebd., S. 36.

ersetzte somit die schriftliche und mündliche Verpflichtungserklärung für das MfS und beschreibt genau den Vorgang aus 3.2.2. Damit wie in 3.2.2 beschrieben die Richtlinie nicht verletzt werden musste, scheint diese Kategorie eingeführt worden zu sein. Sie kann mit dem „Zwickauer Modell“ in Zusammenhang gebracht werden. So konnte auf der Ebene des Gesprächs weiter verfahren werden und die Person musste nicht wie ein IM geführt werden. Zudem war es auch nicht notwendig, dass sie in die Zusammenarbeit einwilligte. Denn wo offiziell keine Zusammenarbeit bestand, musste auch nicht eingewilligt werden. Außerdem entfiel hier für den IM die Verpflichtung zum Verfassen eines Berichtes.

3.2.3.2 IM IN DEN KIRCHEN UND DEREN MOTIVE

Warum arbeitete man mit dem MfS zusammen? Entweder hatte man sich mit der Situation abgefunden und arrangierte sich mit ihr, da sich die DDR stabilisiert hatte oder hatte den Wunsch der Mitgestaltung und wollte dem Land dienen und nützlich sein.²²⁹ Ähnlich gestaltete sich dies auch für Mitarbeiter und Mitglieder der Kirche, die als IM tätig waren.

Erpressung und finanzielle Reize stellten eher die Ausnahme dar, das waren kaum Methoden der 70er/ 80er Jahre.²³⁰ Vielversprechender war Ausnutzung privater Interessen, unbefriedigtes Geltungsbedürfnis, naive Vertrauensseligkeit und der Wunsch nach Anerkennung.²³¹ Das MfS nutzte dies für sich. Die Führungsoffiziere waren psychologisch bestens geschult und oftmals gleichzeitig auch Seelsorger für ihre IM. Häufig war es einfach der Wunsch, durch die konspirative Mit- bzw. Zusammenarbeit das Verhältnis von Kirche und Staat zu verbessern oder Missstände aufzuheben.²³² Sie wollten auf Missstände hinweisen und eigene Ansichten mitteilen. Eine weitere Motivation stellte die politische Überzeugung dar, der „Glaube an den Sozialismus“²³³ bewegte zur Mitarbeit beim MfS. Manche befürchteten Nachteile, wenn sie sich dem MfS verschlossen.²³⁴ Vollnhals unterscheidet hier die „Naiven“ von den „Machern“.²³⁵ Die „Naiven“ waren vor allem Amtsträger und engagierte Laien, die das Staat-Kirche-Verhältnis verbessern wollten, wohingegen die „Macher“ die Gestaltung der Kirchenpolitik selbst in die Hand nehmen wollten, um ihre eige-

²²⁹ Vgl. Besier, Pfarrer, S. 89

²³⁰ Vgl. Vollnhals Denunziation, S. 131, Kirchenpolitische Abteilung, S. 110.

²³¹ Vgl. Vollnhals, Kirchenpolitische Abteilung, S. 110.

²³² Vgl. Maser, Kirchen, S. 124.

²³³ Maser, Kirchen, S. 124.

²³⁴ Arnold, Schild, S. 91.

²³⁵ Vollnhals, Kirchenpolitische Abteilung, S. 109.

nen Ideen und Vorstellungen durchzusetzen. Es gab auch Pfarrer, die aus Frustration²³⁶ hauptamtlich für das MfS arbeiten wollten.

Studien belegen, dass IM freiwillig für das MfS tätig waren.²³⁷ Es kam auch oft vor, dass IM Dinge berichteten, die allgemein bekannt waren, sodass ihre Mitarbeit niemandem schadete. Die bereits erwähnte Initiative „Recht und Versöhnung“ rief dazu auf „keine Pauschalurteile zu fällen und in jedem Belasteten und Angeschuldigten einen Menschen zu sehen, der seine eigenen Handlungen zu verantworten hat, der aber auch ein Recht zur Umkehr haben muß.“²³⁸

Manchmal war die Arbeit mit IM absurd. Neubert berichtet von einem Fall einer Menschenrechtsgruppe in Berlin, die ausschließlich aus IM bestand, die voneinander nichts wussten.²³⁹ Das absurde daran war aber, dass jeder seinem Führungsoffizier über die Mitglieder berichtete. Somit bespitzelten sie sich gegenseitig ohne zu bemerken, dass diese Personen alle im gleichen Auftrag standen.

Damit nicht der Eindruck entsteht, die Kirche und ihrer Mitglieder waren voller Stasispitzel, sei gesagt, dass die Mehrheit derer, die in der Kirche waren, nicht nachgegeben und sich mit der Stasi eingelassen haben.²⁴⁰

3.3 DIE KIRCHENPOLITISCHE ABTEILUNG DER OST-CDU

„Der Christlich-Demokratischen Union fällt beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik maßgeblich Mitverantwortung zu. Ihr obliegt die Aufgabe, die christliche Bevölkerung unserer Republik über das Wesen der sozialistischen Ordnung unermüdlich aufzuklären, die friedliebenden Christen zu sammeln und sie an die Mitarbeit in der Verwirklichung der Ziele des sozialistischen Aufbaus heranzuführen. So ist sie die führende, anleitende und helfende Kraft der christlichen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik.“²⁴¹

Die CDU steckte während der gesamten Geschichte der DDR in einem Zwiespalt. Zum Einen sollte sie die christliche Bevölkerung der DDR vertreten, zum Anderen jedoch zwischen dieser und dem Staat vermitteln, sie sollte die Christen „sammeln“ und sie in die Ideologie des Kommunismus einbinden. Die CDU hatte keine Stellung im Staat inne, wie

²³⁶ Vgl. ebd., S. 110.

²³⁷ Vgl. Vollnhals, Denunziation, S. 131.

²³⁸ Neubert, Vergebung, S. 184.

²³⁹ Vgl. ebd., S. 71.

²⁴⁰ Krötke, Wahrheitszeugnis, S. 414.

²⁴¹ Entschließung des 6. CDU-Parteitag vom 18.10.1952, in: Suckut, Zur Entschließung, S. 173.

die SED, sondern war seit 1950 und spätestens seit Mitte der 50er Jahre „entmachtet“.²⁴² Sie war nun Teil einer zentralistischen Kaderpartei, da die Sowjets sich am mangelnden Einfluss der SED störten.²⁴³ Dies wurde bereits auf dem 5. Parteitag deutlich, auf dem sich die CDU-Parteiführung dem Willen der SED hingab.²⁴⁴

In der Rolle eines rein ausführenden Organs konnte die CDU ausgeschaltet werden. Die wesentliche Aufgabe der Ost-CDU bestand darin, staatliche Anliegen gegenüber der Kirche zu vertreten und durchzusetzen. Die Verwaltung der Kirchen lag schließlich nicht bei der SED, sondern beim Staatsapparat.²⁴⁵ So hielt die CDU eine wichtige Position inne.

Allerdings stand dies im Widerspruch zum Alleinvertretungsanspruch der SED, der nicht erlaubte, dass sich ausschließlich die CDU um den christlichen Teil der Bevölkerung kümmerte. Somit wurde innerhalb der CDU auch nochmal eine Abteilung Kirchenfragen gebildet.

Die CDU verhandelte mit „fortschrittlichen“ CDU-Pfarrern und Theologiestudenten²⁴⁶, dies konnte auch für die SED von Nutzen sein. Jedoch beschreibt ein Strukturplan²⁴⁷ zunächst wertfrei ein Aufgabenfeld der Ost-CDU. Die kirchenpolitische Abteilung war direkt dem Generalsekretär unterstellt. In den Aufgabenbeschreibungen von 1952/1953²⁴⁸ fanden sich unter anderem Verbindungen zu den Kirchen und auch Pfarrkonferenzen, Pfarrergespräche und deren Anleitung und somit auch Beeinflussung. Des Weiteren sollte eine Kartei mit Informationen zu Geistlichen und engagierten Laien erstellt werden, auf die zum gegebenen Zeitpunkt jederzeit zurückgegriffen werden konnte. Ein weiteres Aufgabenfeld stellte die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit dar. Kirchliche Tagungen sollten vorbereitet und Stellungnahmen kirchlicher Persönlichkeiten zu bestimmten Anlässen veröffentlicht werden. Es sollte ein Mitteilungsblatt für Katecheten, Geistliche und Synodale geben und enger mit der Unionspresse zusammengearbeitet werden.²⁴⁹

²⁴² Goerner, Martin Georg: Die Behandlung der Kirchenpolitik im Staatsapparat und in den Massenorganisationen, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 139-158, hier: S. 140.

²⁴³ Vgl. Goerner, ebd., S. 142.

²⁴⁴ Vgl. Wentker, Herrmann: Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU: Organisation, Wirkungsweise und personale Besetzung, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 159-189, hier: S. 161.

²⁴⁵ Vgl. Goerner, Behandlung der Kirchenpolitik, S. 139.

²⁴⁶ Vgl. Wentker, Kirchenpolitische Abteilung, S. 161.

²⁴⁷ Undatierter Strukturplan; Strukturplan vom 21.6. 1952; ACDP, VII-011-A0506; Zit. N.: Wentker, Kirchenpolitische Abteilung. S. 164.

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Vgl. Wentker, Abteilung. S. 165f.

Durch die Jahre hindurch entwickelte sich diese Abteilung nur schleppend weiter. In den 50er und 60er Jahren wurden mehrfach Strukturveränderungen vorgenommen, doch die CDU zeigte Unsicherheit in ihrem Verhalten als Blockpartei.²⁵⁰ Zudem änderte die SED, wie oben beschrieben immer wieder ihre Strategie. So konnte kaum Stabilität erreicht werden. Die CDU wurde zerrieben in ihrem Anspruch sich dem Staat anpassen zu wollen und dessen Kirchenpolitik zu verfolgen und durch geschickte Verbindungen zu den Kirchen das Ruder an sich zu reißen.²⁵¹ Dadurch entstand einerseits eine Abhängigkeit zur SED und andererseits entstand bei dem christlichen Teil der Bevölkerung der Eindruck, dass sich die CDU für die Belange der christlichen Bürger interessiert.²⁵² Seitens der SED wurde außerdem erwartet, dass die CDU nicht nur als ausführendes Organ der SED tätig war, sondern auch Einfluß auf die Christen ausübte. Dies bezeichnet Wentker als „Illusion“.²⁵³ Der Zwiespalt wurde dadurch nur größer, so konnte die Position der CDU nicht gewährleistet werden.

Später bearbeitete die CDU nur noch untergeordnete Belange. Wentker begründet dies mit dem Alleinvertretungsanspruch der SED.²⁵⁴ In den 60er Jahren wurde durch die Gründung der Abteilung Kirchenfragen im ZK der SED der Handlungsspielraum der CDU noch weiter eingengt. Nach 1971 übernahm die SED wieder das Ruder und die CDU wurde zu einem „Anhängsel der SED, das kaum noch Einfluß nehmen konnte.“²⁵⁵ Auch die zunehmenden Gruppierungen, die sich in den Kirchen bildeten schienen ein Problem für die CDU zu werden, da diese entweder loyal oder oppositionell waren. Die Kluft zwischen Anspruch und Möglichkeiten konnte nicht verkleinert werden. Schließlich lässt sich sagen, dass sich die Aufgabe der Ost-CDU auf einzelne Pfarrergespräche beschränkte. Auch beim Spitzengespräch am 6. März 1978 war die CDU nicht anwesend. Im Prinzip war die kirchenpolitische Abteilung ein Organ, das sich zwischen Selbstbehauptung und Anpassung bewegte, wobei sie eher der Anpassung zugetan war.

²⁵⁰ Vgl. ebd., S. 163.

²⁵¹ Vgl. Goerner, Behandlung, S. 146.

²⁵² Vgl. ebd., S. 146.

²⁵³ Wentker, Abteilung, S. 165.

²⁵⁴ Vgl. ebd., S. 178.

²⁵⁵ Wentker, Abteilung, S. 186.

4. DIE BEARBEITUNG DER KIRCHE AM BEISPIEL DES „ZWICKAUER MODELLS“

Seit 1984 gab es Überlegungen im MfS, wie Gespräche zwischen Kirchen- und Staatsvertretern intensiviert werden können, ohne dass sich das MfS zu erkennen gab. So konnten die „gesamtgesellschaftlichen Möglichkeiten“²⁵⁶ vom MfS besser „ausgeschöpft“ werden. Dies war das Ergebnis einer Dienstkonferenz von Mielke vom 12.9.1984.

Käbisch aus Zwickau konnte anhand seines Vortrages nachweisen, dass im Bezirk Karl-Marx-Stadt eine derartige Veränderung in der Art und Weise der Kirchenbearbeitung vorgenommen wurde, indem SED und Staatssicherheit eine neue Form der Zusammenarbeit versuchten. Auch Neubert weist darauf ausdrücklich hin.²⁵⁷ Diese neue Form der Bearbeitung, die von SED und MfS eingeführt wurde, wurde „Zwickauer Modell“ genannt. Es hieß „Zwickauer Modell“, da es aufgrund der Oppositionsgruppen in Zwickau dort zuerst eingeführt und erprobt wurde. Einer der wesentlichen Konstrukteure des Modells, der ehemalige Leiter der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen und heutige Abgeordnete des sächsischen Landtags der Fraktion DIE LINKE, äußerte sich im August 2009 im MDR zur Vorgehensweise. Es wurde wie folgt vorgegangen: „indem man letzten Endes in Veranstaltungen, die dann Kirche organisierte, eigene Leute reinsetzte, indem man mehr oder weniger zu bestimmten Aufrufen, die dort gestartet worden sind, Gegenaktionen startete...“²⁵⁸ Bezug nahm er hier auf die „gesellschaftlichen Kräfte“. „Gesellschaftliche Kräfte“ waren gemäß RL 76²⁵⁹ Teile der Bevölkerung, die in den Prozess der inneren Differenzierung eingebunden wurden. Sie waren keine IM, wurden aber eingesetzt um Kollegen und Angestellte in ihrer politischen Einstellung zu manipulieren. Dass das „Zwickauer Modell“ aber noch weitere Bestandteile, wie beispielsweise den Einsatzstab besaß, wird anhand der folgenden Ausführungen und der dort betrachteten MfS-Dokumente deutlich.

4.1 AKTENLAGE

Für die Nachvollziehbarkeit des „Zwickauer Modells“ ist es notwendig zu wissen, welche Bedeutung bestimmten Akten beigemessen wird. Schließlich benötigt man für die historische Aufarbeitung Material, das zuverlässig ist. Besier meint „es ist nicht sinnvoll, die

²⁵⁶ Rede Mielkes auf der Dienstkonferenz am 12.9.1984, in: Besier, Pfarrer, S. 428.

²⁵⁷ Vgl. Neubert, Instrumentalisierung, S. 332.

²⁵⁸ Privatarhiv Käbisch, Reportage „Zwickauer Modell“ im MDR, gesendet im August 2009. Diese Reportage wird ebenfalls in digitaler Form angehängt.

²⁵⁹ Vgl. Grundsatzdokumente, S. 262-264.

Aussagekraft von Stasiakten herunterzuspielen, wie es so oft vonseiten der ev. Kirche gemacht wird.²⁶⁰ Hier steht eine Diskussion im Raum, der zwischen Kirche und der Aufarbeitung in den 90er Jahren geführt wurde. Für diese Arbeit ist primär interessant, welchen Aussagewert Akten tatsächlich haben, auch wenn die Aussagekraft von Stasiakten stark umstritten ist.²⁶¹ Nach Neubert sollen die Akten des MfS als nichts anderes angesehen werden, als das, was sie sind, nämlich „Papiere eines bürokratischen Apparates“²⁶². Nach Hecht sind sie eine zeitgeschichtliche Quelle für die Darstellung der DDR-Geschichte. Außerdem ist die Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen, da die Erschließung der Akten des MfS eher „schleppend“²⁶³ vorangeht.

Bei historischer Aufarbeitung und Quelleninterpretation kann nie ausgeschlossen werden, dass subjektive Urteile gefällt werden. Aufgrund dessen wurden für diese Arbeit auch die Akten der SED und Zeitzeugenberichte herangezogen, als „wichtigstes Mittel einer sachgerechten Aufarbeitung“²⁶⁴.

Aufgrund des Doppelspiels, welches das MfS mit der SED betrieb, ist es jedoch ebenso schwierig, neutrale Aussagen in SED-Akten zu finden. Das MfS führte zumindest formell den Auftrag der SED aus.

Die Überlieferung in puncto „Zwickauer Modell“ ist gut. Die Akten des Rates der Stadt und des Kreises geben, wie im weiteren Verlauf zu erkennen sein wird, das wieder, was in den MfS-Akten beschlossen bzw. befohlen wurde. Kann damit gesagt werden, dass die Akten, die im Rahmen des Rates des Bezirkes und des Kreises für die Aufarbeitung des „Zwickauer Modells“ herangezogen wurden, gleichzeitig Stasiakten sind, da sie stets in Kopie auf den Schreibtischen der MfS-Angehörigen landeten und von OibE und IM, die ohnehin im Auftrag der Stasi handelten, verfasst wurden?

Wird eine weitere Instanz benötigt, um die Glaubwürdigkeit zu kräftigen? Doch im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht zwingend notwendig, ein kirchliches Archiv zu durchsuchen, da es sich beim „Zwickauer Modell“ um eine Zusammenarbeit zwischen MfS und SED handelt. Für das Verhältnis der Basisgruppen untereinander bzw. zum Kirchenvorstand und

²⁶⁰ Besier, Pfarrer, S. 87.

²⁶¹ Vgl. Neubert, Vergebung, S. 28.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Hecht, Jochen: Die Stasi-Unterlagen als Quelle zur DDR-Geschichte, in: Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, hg. v. S. Suckut, J. Weber. München 2003, S. 198-217, hier: S. 198.

²⁶⁴ Neubert, Vergebung, S. 37.

der Domgemeinde, wäre dies allerdings erforderlich. Anhand alter Protokolle ließe sich feststellen, wie die Stimmung innerhalb der Domgemeinde sich entwickelte und wie verschlossen der Kirchenvorstand tatsächlich auf die Gruppierungen in seiner Gemeinde reagierte.

4.2 AKTIVITÄTEN DER KIRCHE IN ZWICKAU IN DEN 80ER JAHREN

Käbisch teilte die Kirchenaktivität der 80er Jahre in der DDR in drei Phasen²⁶⁵ ein. Sie sind auf Zwickau übertragbar. Die erste Phase dauerte von 1980 bis 1987 und beinhaltete den Beginn der Proteste, die Friedendekaden, Arbeitseinsätze und die Bewegung „Schwelter zu Pflugscharen.“²⁶⁶ Im Wesentlichen formierten sich in dieser Zeit die einzelnen Basisgruppen. 1987 bis 1989 datiert er die zweite Phase. Hier wurden die Themen und Gruppierungen miteinander vernetzt und der Konziliare Prozess ins Rollen gebracht. Auch die Ausreisegottesdienste, in denen Antragsteller Seelsorge und beistand erhielten, gehören in diese Zeit. Die letzte Phase ist die der „Aufspringer und Trittbrettfahrer“²⁶⁷, die sogenannten „Wendehälse“, die zur Opposition an sich nichts beigetragen hatten.

Auch Schlichtenbrede nahm eine Phaseneinteilung für die Entwicklung der Basisbewegung in Zwickau vor. Sie teilte die 80er Jahre bzw. die Herausbildung des Konziliaren Prozesses in vier Bereiche. Anfang der 80er Jahre wurde durch die Offene Arbeit des Domküstlers eine Jugendszene herausgebildet. Einzelne Initiativen und die Bearbeitung persönlicher Probleme im Alltags- und Lebensbereich leiteten über in die dritte Phase, die Beschäftigung mit Friedens- und Umweltfragen. Die vierte Phase ist die Herausbildung des Konziliaren Prozesses. Nachvollziehen lässt sich dies an den folgenden Ausführungen.

Durch die Aufteilung dieses Kapitel wurden einzelne Schwerpunkte gesetzt. Die Gruppenstruktur und Basisarbeit in Zwickau wird genauer erläutert, um dann auf die Ursache des „Zwickauer Modells“ zu schließen: Die Arbeit mit den Ausreisewilligen.

4.2.1 BASISGRUPPEN UND „KONZILIARER PROZESS“

Ende der 70er Jahre blieb es aufgrund der DDR-weiten Welle der Menschenrechtsdebatten auch in Zwickau nicht aus, dass sich einzelne Gruppierungen formierten. Auch die weltweite Umweltdiskussion war in Zwickau wieder zu erkennen. Einer der drei Pfarrer am

²⁶⁵ Vgl. Käbisch, Die letzten Jahre, S. 376f.

²⁶⁶ Friedensbewegung der 80er Jahre in der DDR, aber auch Teilen der BRD, Der Name wurde von einer Aufnäheraktion mit einem Bibelzitat aus Micha 4, 3 abgeleitet.

²⁶⁷ Käbisch, Die letzten Jahre, S. 377.

Zwickauer Dom, Edmund Käbisch, setzte sich ein für „nach dem DDR-Jargon viele ‚Problembürger‘ wie Arbeitslose, Haftentlassene, Penner, Alkoholiker, psychisch Kranke, Wehrdienstverweigerer, Friedenskämpfer, Homosexuelle, Ökoleute, Spinner, Ausreiseleute, Feministinnen, Gerechtigkeitssuchende...“²⁶⁸ So entstanden neben der traditionellen Gemeindefarbeit auch in Zwickau weitere Gruppierungen in der Kirche, wie der „Glaubenskurs, Ökoarbeit, Gottesdienst neu erlebt, Friedenskreise, Amnestiearbeit, Ausreisegottesdienste, Rüstzeiten, Arbeitseinsätze...“²⁶⁹

Ebenso wichtig war die Arbeit mit Jugendlichen. Die jungen Leute engagierten sich in der Gesellschaft durch ökologische Arbeit. In erster Linie war diese, im letzten Absatz beschriebene, Offene Arbeit mit Jugendlichen Sozialarbeit, um sozial gefährdete Jugendliche wieder in die Gesellschaft zu integrieren.²⁷⁰ Sie kamen auch zu Käbischs Glaubenskurs, sodass eine Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Kirche, in diesem Fall der Domgemeinde, hergestellt wurde. Nachdem der Domkürster zu den Bausoldaten einberufen wurde, bekam die Offene Arbeit ihren Treffpunkt im Domgemeindehaus.²⁷¹ Der nachfolgende Domkürster übernahm die Arbeit mit den Jugendlichen. Sie verschönerten unter anderem die Umgebung und sammelten Müll ein.²⁷² „Es wurden Umweltabende mit Kabarett, Bibel, Verkündigung und Meditation [...] organisiert.“²⁷³ Nach Gesprächen mit dem Superintendenten und dem Oberbürgermeister wurde diese Gruppe offiziell in die Gemeinde aufgenommen und „Christ und Schöpfung“ genannt. So wurde aus einer „Privatinitiative“²⁷⁴ eine Basisgruppe.

„[Doch] die Bemühungen, kirchliche Friedens-, Öko- und Zweidrittel-Welt-Gruppen stärker an die Kirchengemeinden zu binden und als ‚Basisgruppen‘ darzustellen, finden wenig Resonanz. Ortspfarrer überlassen die Arbeit mit diesen Gruppen größtenteils Diakonen, die selbst im jugendlichen- oder Jungerwachsenenalter jugendgemäße Formen der Arbeit bevorzugen und die durch oft politisch zweideutige Veranstaltungen Zuspruch bei bestimmten Jugendlichen finden.“²⁷⁵

²⁶⁸ Käbisch, Erinnerungen, S. 91.

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ Vgl. Schlichtenbrede, Katja: Alternative Gruppen in Zwickau in den achtziger Jahren im Spannungsfeld von Kirche und Staat, in: Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, hg. v. G. Heydemann; G. Mai; W. Müller (= Schriftenreihe der gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 73). Berlin 1999, hier: S. 193.

²⁷¹ Vgl. Käbisch, Erinnerungen, S. 95.

²⁷² Vgl. Käbisch, Die letzten Jahre, S. 380.

²⁷³ Käbisch, Erinnerungen, S. 95, Die letzten Jahre, S. 380.

²⁷⁴ Schlichtenbrede, Magisterarbeit, S. 91.

²⁷⁵ Einschätzung der kirchenpolitischen Situation vom 5.8.1987, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012008 Analysen und Informationsberichte der Kreise an den Bezirk und des Bezirks an das Staatssekretariat für Kirchenfragen zur kirchenpolitischen Situation (1980-1987), ohne Paginiernummer.

Dieser Kommentar über die Basisgruppen in Zwickau fand sich in einer Einschätzung über die kirchenpolitische Situation vom August 1987 an den Rat des Bezirkes. Die Basisgruppen wurden hier als Gruppierung dargestellt, die Schutz unter dem Dach der Kirche suchten und somit dieselbe missbrauchten. Die Pfarrer würden sich nicht weiter darum bemühen und überließen diese Arbeit ohnehin ihren Diakonen, die bereits in dieser oppositionellen Szene agierten. Im Fall von Käbisch kann dies jedoch nicht bestätigt werden. Schließlich übernahm er die Betreuung der Gruppe bzw. nahm diese in den Dom auf, als der Küster einberufen wurde. Außerdem betreute er außerhalb der Basisgruppen, die aus der Jugendarbeit heraus entstanden waren, auch weitere Gruppen.

Käbisch strebte an „den Dom für alle zu öffnen, aber das hieß nicht der Dom ist offen für alles.“²⁷⁶ Somit ging Käbisch dem sozialetischen und gesellschaftspolitischen Auftrag der Kirche nach. Auch ein missionarischer Erfolg blieb nicht aus. Für den Glaubenskurs, der im Dom angeboten wurde, meldeten sich viele Leute, auch aus anderen Gemeinden, an.²⁷⁷ Die Mitglieder dieser Gruppen konnten „bestimmte Probleme angstfrei aus unterschiedlichen Perspektiven [...] betrachten und [...] erörtern.“²⁷⁸ Dass diese Gruppen so bestehen konnten und so gut miteinander vernetzt waren, war Käbischs Verdienst, er war die „geistliche und soziale Brücke“²⁷⁹.

Ende der 80er Jahre wurden diese Gruppierungen in den fortschreitenden Konziliaren Prozess eingegliedert. Dort wurden Themen wie „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“²⁸⁰ bearbeitet.

Das Thema des Konziliaren Prozesses in Zwickau wurde erstmals an einem Abend der Jungen Gemeinde im September 1987 am Dom aufgeworfen²⁸¹ und festgestellt, dass dieser noch nicht sonderlich weit fortgeschritten war. Vom Kirchenvorstand wurde der Konziliare Prozess abgelehnt²⁸², sodass es zu innerkirchlichen und innergemeindlichen Spannungen kam. Von den Staatsfunktionären wurde der Konziliare Prozess und die Arbeit der Basisgruppen als „flagranter Eingriff in die staatliche Verantwortung“²⁸³ gesehen. So wird deut-

²⁷⁶ Käbisch, Erinnerungen, S. 91.

²⁷⁷ Vgl. ebd., S. 92.

²⁷⁸ Ebd.

²⁷⁹ Schlichtenbrede, Magisterarbeit, S. 96.

²⁸⁰ Käbisch, Langzeitwirkung, S. 113.

²⁸¹ Vgl. Schlichtenbrede, Revolution, S. 201.

²⁸² Vgl. Käbisch, Langzeitwirkung, S. 113.

²⁸³ Schlichtenbrede, Magisterarbeit, S. 95.

lich, dass Käbisch zwischen mehreren Fronten stand. Eines war sicher, er galt nicht nur für den Staat als „Störenfried und Unruhestifter“²⁸⁴, sondern auch für die Kirche.

Für den Staat und auch das MfS war die Lage, die sich in Zwickau durch die Basisgruppen entwickelt hatte, prekär. Für eine Stadt dieser Größe, war eine solche Ansammlung oppositioneller Kräfte scheinbar ungewöhnlich, außerdem schien sie sich zuzuspitzen. Gehlert berichtete Mielke,

„daß [sie] nun ja in Zwickau kompliziertere Verhältnisse haben als in der Bezirksstadt [Karl-Marx-Stadt, Anmerkungen S. Dreyer] und daß die Kirche dort – nicht nur Zwickau, sondern die gesamte Umgebung – Beziehungen bis nach Berlin und Leipzig und teilweise auch nach Dresden zum Untergrund unterhält.“²⁸⁵

Die Zwickauer Gruppen waren vernetzt mit anderen Basisgruppen der Republik und dies wurde für den Staat gefährlich.

Im November kam der Vorschlag der Einrichtung einer Umweltbibliothek, ähnlich der in Berlin, auf. Hier wird noch einmal die bereits erwähnte Vernetzung deutlich, insbesondere mit Berlin. Offiziell galt sie als der ausgelagerte Teilbestand der Bibliothek des Kirchenkreises.²⁸⁶ Sie unterstand der Verantwortung des Superintendenten und befand sich in den Räumen der Versöhnungskirchgemeinde. Die Friedensbibliothek stand im Zentrum der Basisbewegung. In der Bibliothek befanden sich zahlreiche Bücher und Samisdat-erzeugnisse. Des Weiteren wurde sie dienstags 16.20 – 21.00 Uhr zu einem beliebten Treffpunkt für Angehörige der Basisbewegung in Zwickau, es wurden auch Lesungen abgehalten und Spieleabende veranstaltet.²⁸⁷ Außerdem diente sie zur Entlastung des Domes.²⁸⁸ Aus staatlicher Sicht spielte die Friedensbibliothek „eine wesentliche Rolle zur Verstärkung negativ feindlicher Grundhaltung [...] in der Zwickauer Versöhnungskirchgemeinde mit ihrem Anbieten systemkritischer Literatur und von ausgesprochen anti-sozialistischen Machwerken und Pamphleten.“²⁸⁹

²⁸⁴ Käbisch, Die letzten Jahre, S. 375.

²⁸⁵ Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin 1990, S. 130.

²⁸⁶ Vgl. Schlichtenbrede, Revolution, S. 203.

²⁸⁷ Vgl. Schlichtenbrede, Magisterarbeit, S. 98.

²⁸⁸ Vgl. Käbisch, Vortrag, S. 20.

²⁸⁹ Niederschrift über die kirchenpolitische Situation Oktober/November. 1988, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012009 Analysen und Informationsberichte der Kreise an den Bezirk und des Bezirks an das Staatssekretariat für Kirchenfragen zur kirchenpolitischen Situation (1988- Dez. 1989), ohne Paginiernummer.

„Die sogenannte 'Friedensbibliothek'²⁹⁰ war den Vertretern des Staates ein Dorn im Auge. Sie wurde stets in Anführungszeichen gesetzt. Sie diente schließlich nicht dem Frieden, den die DDR wollte. Im Gegenteil: In ihr befand sich systemkritische Literatur und es trafen sich Oppositionelle.

Im Jahr 1989 kamen Friedensgebete hinzu. Allerdings wurde im Zwickauer Dom nur ein einziges Friedensgebet abgehalten. Alle weiteren Friedensgebete wurden auf die einzelnen Kirchgemeinden aufgeteilt. „als weitere kirchen für die friedensgebete wurden genannt katharinen-, paulus-, moritz- und methodistische friedenskirche. das sei auf wunsch von pfarrer [Name unkenntlich] (domgemeinde) festgelegt worden, der gesagt habe, 'lasst uns nicht sitzen'.²⁹¹ Hier wurde zum Ausdruck gebracht, dass der erste Dompfarrer Hilfe in anderen Gemeinden suchte und auch bekam. Er hatte erreicht, dass die Friedensgebete nicht ausschließlich im Dom stattfanden und organisiert wurden. Im Kirchenvorstand des Doms gab es eine Debatte über vier Stunden, bis beschlossen wurde, dass das Friedensgebet nur einmal dort stattfinden sollte und zwar am 16. Oktober.²⁹² An dieser Dauer ist erkennbar, wie groß die Konflikte innerhalb der Gemeinde sein mussten, dass über ein solches Thema so lang diskutiert wurde. Des Weiteren wird daraus ersichtlich, dass sich durchaus nicht der gesamte Kirchenvorstand gegen diverse Veranstaltungen verschloss. Käbisch las nach der Wende in den Stasiakten, dass ein Mitglied des Kirchenvorstandes und der Pfarramtsleiter am Vormittag einen Termin mit Oberbürgermeister Fischer und dessen Stellvertreter für Inneres hatten. Ein Schreiben über dieses Gespräch besagt, dass es vom Pfarramtsleiter und einem Kirchenvorstandsmitglied ausging. Die beiden erschienen und teilten mit,

„dasz am 16.10,1989, 17.00 uhr, im dom ein friedensgottesdienst mit fuerbitte stattfindet. Der kirchenvorstand haette keine andere wahl gehabt, dem zuzustimmen, weil die gruppen des konziliaren prozesses dies schon ueberall verbreitet haetten und wenn ein geschlossener dom vorgefunden wuerde, dann waere sich ein oeffentlichkeitswirksamer gang zu einer anderen kirche erfolgt. Das wollen sie vermeiden.²⁹³

Das Gespräch wirkt wie eine Rechtfertigung. Als ob Vertrauen missbraucht wurde und nun die Notwendigkeit besteht, dass es wieder hergestellt wird. In diesem Schreiben findet sich ebenfalls diese Aussage: „der domvorstand einschlieszlich superintendent [Name unkennt-

²⁹⁰ Ebd.

²⁹¹ Niederschrift über ein Gespräch eines Pfarrers mit dem Stellvertreter für Inneres 24.10.1989, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102 Personalangelegenheiten Kreis Zwickau/ St. und Land (1986-1990), ohne Paginiernummer.

²⁹² Vgl. Käbisch, Die letzten Jahre, S. 402.

²⁹³ Schreiben des RdSt. Zwickau, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102, ohne Paginiernummer.

lich] haetten die information an die staatsorgane beschlossen.“²⁹⁴ Hier fiel der Superintendent den Organisatoren des Friedensgebetes in den Rücken. Oder kann gesagt werden, dass er sich dementsprechend positionieren musste, damit keine Eskalation provoziert wurde? Wurde der Superintendent nun auch von Teilen der „gesellschaftlichen Kräfte“ oder des Kirchenvorstandes beeinflusst? Die Situation schien anhand dieser Aussagen, als ob sich der Kirchenvorstand inklusive Superintendent zum Friedensgebet im Dom genötigt fühlten.

Auch in einer Dienstkonferenz von Mielke und den Leitern der Bezirksverwaltungen am 31.8.1989 in Berlin wurde über dieses Problem gesprochen. Mielke sprach davon, dass Gottesdienste und Andachten zwischen verschiedenen Kirchgemeinden aufgeteilt werden sollten, er habe herausgefunden, dass dies in der Kirche üblich sei: „Dann sollte allerdings den Plänen der Teilnahme an Gottesdiensten und Andachten zwischen mehreren Kirchen zugestimmt werden, sofern diese ausschließlich religiösen Charakter tragen.“²⁹⁵

Ist es also einem Befehl Mielkes zu verdanken, dass die Friedensgebete in Zwickau nicht ausschließlich am Dom stattfanden? Ließ Gelehart wegen dieses Befehls den Kirchenvorstand auch wegen der Friedensgebete bearbeiten? Fakt war, dass damit verhindert werden sollte, dass der Dom in Zwickau zu einem oppositionellen Zentrum wie die Nikolaikirche in Leipzig wurde. Auch der Kirchenvorstand des Doms vertrat diese Ansicht in einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister und dessen Stellvertreter: „man wolle schlieszlich keine zweite nicolaikirche.“²⁹⁶

Insgesamt ist zu sagen, „daß die Zwickauer Basisgruppen [...] eine Vorreiterrolle im DDR-Maßstab“²⁹⁷ besaßen und nicht „in den Griff zu kriegen“²⁹⁸ waren.

4.2.2 SONNTAGABENDGOTTESDIENSTE

Im Februar des Jahres 1988 besuchten vier Ausreiseantragsteller die Sonntagabendgottesdienste im Dom. Sie luden weitere Antragsteller ein, nach und nach sammelten sich bis zu 400 Bürger.²⁹⁹ Schlichtenbrede bezeichnet die Arbeit mit den Ausreiseantragstellern und

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Ich liebe euch, S. 136.

²⁹⁶ Schreiben des RdSt. Zwickau, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102, ohne Paginiernummer.

²⁹⁷ Käbisch, die letzten Jahre, S. 413.

²⁹⁸ Käbisch, Erinnerungen, S. 98.

²⁹⁹ Vgl. Käbisch, Die letzten Jahre, S. 391.

deren Besuch der Sonntagabendgottesdienste als „eine[n] der heftigsten Konflikte.“³⁰⁰ So war auch in Zwickau, wie in vielen Städten der DDR, die Flucht der Ausreisewilligen in die Kirche erkennbar. Im Zwickauer Dom wurden sie aufgenommen:

„Ich setzte mich u.a. dafür ein, dass nicht nur ein regulärer Abendgottesdienst abgehalten wurde, sondern dass auch die Nöte und Sorgen dieser Leute aufgenommen werden und zur Sprache kommen. So wurden neben dem Gottesdienst Informationen, Nachgespräche, Seelsorge und Rechtsberatungen angeboten.“³⁰¹

Käbisch selbst hielt die Ausreise nicht für geeignet, um auf Probleme in einem Land zu reagieren, eher wollte er die Lebensumstände verändern.³⁰² Dies wurde auch in den Gesprächen mit ihm deutlich. Trotzdem setzte er sich für Ausreisewillige ein und führte weiterhin Veranstaltungen für Antragsteller durch, obwohl dies dem Beschluss der Synode entgegenstand.

Dass es von staatlicher Seite nicht gewollt war, versteht sich hier von selbst. Als Verstoß gegen die sozialistische Gesetzgebung wurde in der Berichterstattung über die kirchenpolitische Situation des Rates des Bezirks, die in sämtliche Referate versandt wurden. In dem Exemplar von Februar/ März 1988 wurde wie folgt über die Sonntagabendgottesdienste in Zwickau berichtet:

„Als Versuche des Unterlaufens unserer Gesetzlichkeit und des Mißbrauchs der Veranstaltungsverordnung sind die Diskussionen nach den Sonntagabendgottesdiensten mit Antragstellern auf Übersiedlung in Zwickau – Domgemeinde – zu werten, wobei von Antragstellern staatsverleumderische Äußerungen propagiert wurden. Gegen solche Erscheinungen und versuche von Antragstellern, kirchliche Organisationsstrukturen für die Bildung eigener Gruppen zu nutzen, wurden abgestimmte politische Maßnahmen – vor allem Gespräche mit den verantwortlichen Amtsträgern zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung bei der Durchsetzung innerkirchlicher Orientierungen durch Bischof und Synode – durchgeführt, die Wirkung zeigten.“³⁰³

Die Antragsteller hätten Äußerungen verbreitet, die dem Staat Schaden zufügen würden. Begründet war dies schon durch den Antragswillen selbst. Schließlich wurde ihr Antrag noch nicht genehmigt und sie mussten häufig Repressionen hinnehmen. Doch nach Meinung der Staatsvertreter missbrauchten sie die Stellung der Kirche in der Gesellschaft. Um dem entgegenzuwirken wurden mit der Kirchenleitung Gespräche durchgeführt, die Wirkung zeigen sollten. Doch nicht alle kirchenleitenden Organe schienen darauf einzugehen, denn der Superintendent des Kirchenkreises Zwickau verteidigte die Sonntagabendgottes-

³⁰⁰ Schlichtenbrede, Magisterarbeit, S. 94.

³⁰¹ Käbisch, Erinnerungen, S. 96.

³⁰² Vgl. Schlichtenbrede, Revolution, S. 198.

³⁰³ Bericht über die Kirchenpolitische Situation Februar/ März 1988, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012009, ohne Paginiernummer.

dienste bzw. „bagatellierte“³⁰⁴ sie. Er sah die Ursache in den „Defiziten [der] gesellschaftlichen Entwicklung“³⁰⁵. Ohnehin war der Superintendent immer in dem Zwiespalt des „ehrliche[n] Makler“³⁰⁶ gegenüber den Staatsvertretern und den Antragstellern bzw. in diesem Fall Pfarrer Käbisch. Der Superintendent wurde von staatlicher Seite des Öfteren aufgefordert, es auf religiöse Verkündigung zu beschränken.³⁰⁷ Doch der Superintendent stellte sich hier eher auf die Seite der Antragsteller:

„Der Mißbrauch der Sonntagabendgottesdienste im Zwickauer Domgemeindehaus zur Beratung und Organisation von Gesuchstellern auf Übersiedlung wurde mehrfach bei Superintendent [Name unkenntlich] eingeklagt, jedoch konnte keine durchgreifende Wirkung erreicht werden.“³⁰⁸

Seine Argumente waren die, der sozialetischen Strömung der DDR-Kirche. „Kirche ist offen für alle Menschen, sie können Menschen nicht zurückweisen.“³⁰⁹ Die Menschen, die zu ihnen kamen, benötigten Trost und Seelsorge, das ist das, was Kirche bieten konnte und als ihren Auftrag ansah. „Sie haben diese Antragsteller nicht gewollt, keine Ursachen dafür gesetzt und können sie [deshalb] trotzdem nicht von sich weisen.“³¹⁰ Für die Kirche bedeutete diese Gruppierung eine Belastung, doch aus genannten Gründen, konnten sie sie nicht im Stich lassen. Der Superintendent wies in diesem Gespräch außerdem darauf hin, dass der Staat nicht verlangen konnte, dass die Kirche sich nicht mehr um die Antragsteller kümmerte, ohne, dass er selbst etwas unternahm. Die Antragstellung sollte humaner gestaltet werden und die Diskriminierungen dieser Menschen beendet werden. Den Menschen sollten ihre Rechte erhalten bleiben und nicht aufgrund von Ausreiseantragstellung genommen werden.³¹¹

„[Er] gab jedoch auch mehrfach die Zusicherung auf die Gestaltung der Sonntagsabendgottesdienste persönlich Einfluß zu nehmen, keine 'Beratung' von Antragstellern durchzuführen, keine Diskussionen zum Thema Übersiedlung zuzulassen und andernfalls diese Gottesdienste ganz abzusetzen.“³¹²

³⁰⁴ Ebd..

³⁰⁵ Ebd.

³⁰⁶ Wollé, Heile Welt, S. 255.

³⁰⁷ Vgl. Gespräche mit dem Superintendenten StAZ 3017, S. 33.

³⁰⁸ Berichterstattung April/ Mai, StAC 012009, ohne Paginiernummer.

³⁰⁹ Niederschrift Gespräch mit dem Superintendenten über Antragsteller am 18.3.1988, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012052 Personalangelegenheiten Kreis Zwickau/St. (1987-1989), ohne Paginiernummer.

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Vgl. ebd..

³¹² Brief an Staatssekretär für Kirchenfragen Gysi vom 13.7.1988, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 12052, ohne Paginiernummer.

Der Superintendent ging hier einen Kompromiss ein. Um die Gottesdienste nicht ganz absetzen zu müssen, sollten keine Diskussionen und Nachgespräche mehr durchgeführt werden. Dies sicherte er hiermit sogar zu. Im weiteren Verlauf wird auch deutlich, dass es dazu tatsächlich kam. Doch abgesetzt wurden die Gottesdienste nicht.

Käbisch sah sich in der Arbeit mit Antragstellern in seinem Auftrag als Pfarrer gefordert und nahm die Antragsteller deshalb in seiner Gemeinde auf. Für ihn sollte ein Protestant „ein Mensch sein, der für seinen Glauben öffentlich Zeugnis ablegt und für sein Bekenntnis auch Konsequenzen in Kauf nimmt“³¹³, so interpretierte er Kirche im Sozialismus nicht als reine Kulturausübung und Anpassung an die Staatsgewalt, sondern im Sinne des „verbesserlichen Sozialismus“ und Falckes Interpretation der Bergpredigt als gesellschaftskritische und sozialetische Instanz. Käbisch nahm damit die Verantwortung, die die Kirche und das Christentum gegenüber der Gesellschaft hatte und haben sollte, wahr.

Doch wie bereits bei der Arbeit mit den Basisgruppen, waren auch hier nicht alle Mitglieder der Domgemeinde mit dieser Arbeit einverstanden. Auch im Kirchenvorstand gab es Gegner. „Kirchenvorstandsmitglieder [sprachen sich] gegen die Sonntagabendgottesdienste im Zwickauer Dom aus, da in der überwiegenden Mehrzahl nicht der Kirchengemeinde angehörende Besucher teilnehmen.“³¹⁴ So wurden weitere Gegner der Basisgruppen und der Antragstellerbetreuung ausfindig gemacht und für den Differenzierungsprozess der SED und des MfS genutzt.

Doch nicht nur innergemeindlich schien dies eine Belastung darzustellen, auch innerhalb des Kirchenkreises gab es unterschiedliche Auffassungen, wie eine Gesprächsniederschrift eines Mitarbeiters für Kirchenfragen über ein Gespräch mit einem Pfarrer aus dem Landkreis zeigt.

„Das ist das Problem, was wir als Kirche zur Zeit haben. Hier wird sich mit Dingen beschäftigt, die nicht mal im weitesten mit Kirche zu tun hat. Ohne hier einen Amtsbruder zu beleidigen, aber wer hier noch die Bibel falsch interpretiert, ist vor Gott/Jesus auch kein Christ mehr. Weiterhin verstoßen diese u.a. gegen ihren Sendungsauftrag. Diese Brüder haben eine Schuld und mit der können sie nicht vor Gott treten. Auch Pfarrer brauchen einen Seelsorger. Sein Standpunkt zur Ausreise; Wo Jesus wirkt und arbeitet sind wir reich und ich bin hier reich, warum sollen wir dieses Land verlassen.“³¹⁵

Es scheint jedoch, als ob die Arbeit mit den Ausreisewilligen vollkommen missverstanden wurde oder bereits staatlicher Einfluss seinen Lauf genommen hat. Denn, was dieser Pfar-

³¹³ Käbisch, die letzten Jahre, S. 375.

³¹⁴ Vgl. Privatarhiv Käbisch, BStU, ASt Chemnitz XX-13, S. 306.

³¹⁵ Gesprächsniederschrift Mitarbeiter für Kirchenfragen mit einem Pfarrer aus dem Landkreis, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102, ohne Paginiernummer.

rer meint, widerspricht nicht der Auffassung Käbischs. Schließlich hatte dieser nicht die Absicht, Menschen zur Ausreise zu raten, sondern sie zum Bleiben zu bewegen. Allerdings hatte der Landkreispfarrer eine andere Auffassung von Seelsorge und sozialemthischer Verkündigung. Deshalb lehnte er die Arbeit mit den Antragstellern ab. Diese Aussage kann als Beispiel für sämtliche Gespräche mit Pfarrern aus dem Kirchenkreis Zwickau Land und Stadt angesehen werden. Dies wird nochmals in einem Brief des Stellvertreters für Inneres an den Sektor Kirchenfragen des RdK Zwickau vom 24.3.1988 deutlich: „Pfa. Dr. KÄBISCH wird von einigen Landpfarrern abgelehnt. Sie achten die Trennung von Staat und Kirche im Sinne des Gespräches vom 6.3.1978.“³¹⁶ Betont wurde wie so oft die Linie des 6. März. An dieser Stelle ist zu vermerken, dass Käbisch nicht als Person abgelehnt wurde, sondern aufgrund seiner aufrührerischen oppositionellen Haltung und seinem Verantwortungsgefühl für die Anliegen von Menschen, die sich auch außerhalb der Kirche bewegten.³¹⁷ Der innerkirchliche Konflikt war „das gefundene Fressen“ für das MfS. Anhand der MfS-Akten konnten für diese Arbeit die Berichte über die Sonntagabendgottesdienste von Mai bis Oktober ausgewertet werden. In den Berichten wertete das MfS die einzelnen Gottesdienste und ihren Inhalt aus. Des Weiteren wurde immer wieder darauf geachtet und notiert, ob Nachgespräche stattfanden und wie lange Grüppchenbildungen einzelner Gottesdienstbesucher im Domhof vor dem Dom andauerten. In der Regel waren für den Zeitraum, den die untenstehende Tabelle beinhaltet, keine Nachgespräche verzeichnet. Nach dem ersten hier aufgeführten Gottesdienst wurde notiert: „Der überwiegende Teil der Anwesenden verblieb jedoch auf den Plätzen, so daß durch [Name unkenntlich] eine nochmalige Aufforderung erfolgte, den Dom zu verlassen. Er äußerte in diesem Zusammenhang, daß kein Informationsgespräch stattfinden werde.“³¹⁸ Dies war einmalig unter den für diese Arbeit verwendeten Quellen. Andere Quellen wurden diesbezüglich nicht eingesehen, doch ist aufgrund anderer Berichte bekannt, dass es nach früheren Sonntagabendgottesdiensten solche Gespräche gegeben hat.³¹⁹ Ab dem 1.5.1988 sollten diese nicht mehr stattfinden.

³¹⁶ Brief Stellvertreter für Inneres an den Sektor Kirchenfragen RdK Zwickau vom 24.3.1988 StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 12009, ohne Paginiernummer.

³¹⁷ Vgl. Gespräch Pfarramtsleiter und Referent für Kirchenfragen am 25.1.1989, StAC 012102, ohne Paginiernummer.

³¹⁸ Vgl. BStU, ASt Chemnitz XX-186, S. 68.

³¹⁹ Vgl. Brief von Fichtner an Staatssekretär Gysi vom 13.7.1988, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 12052, ohne Paginiernummer.

Einmal verwies der erste Dompfarrer und Kirchenvorstandsvorsitzende auf „individuelle Gespräche“³²⁰. Dies entsprach der allgemeinen Antwort der Kirche auf Ausreisewillige, die von der staatlichen Seite gefordert wurde, Einzelseelsorge.

Die unten stehende Tabelle beschränkt sich auf die Anzahl der Besucher und die Pfarrer, die den Gottesdienst vorbereitet hatten. Diese Angaben lassen auf verschiedene Entwicklungen schließen.

GOTTESDIENST/ DATUM	VORBEREITENDER PFARRER	ANZAHL DER BESUCHER
1.5.1988 ³²¹	Mieth	115
15.5.1988 ³²²	Käbisch	120-140
29.5.1988 ³²³	Mieth	170
8.6.1988 ³²⁴	Käbisch	120-140
12.6.1988 ³²⁵	Käbisch	180
19.6.1988 ³²⁶	Hübler	190
26.6.1988 ³²⁷	Käbisch	210
3.7.1988 ³²⁸	Hübler	200
10.7.1988 ³²⁹	Hübler	200
17.7.1988 ³³⁰	Mieth	150
24.7.1988 ³³¹	Hübler	160
7.8.1988 ³³²	Schönfelder	270
14.8.1988 ³³³	Hübler	250
21.8.1988 ³³⁴	Käbisch	350
28.8.1988 ³³⁵	Elsässer	230
18.9.1988 ³³⁶	Käbisch	380
16.10.1988 ³³⁷	Mieth	230

³²⁰ Am 10.7.1988; BStU, ASt Chemnitz XX-186, S. 121.

³²¹ Ebd., S. 66-68.

³²² Ebd., S. 69-72.

³²³ Ebd., S. 95.

³²⁴ Ebd., S. 101-104.

³²⁵ Ebd., S. 105-108.

³²⁶ Ebd., S. 109-111.

³²⁷ Ebd., S. 112-117.

³²⁸ Ebd., S. 118f.

³²⁹ Ebd., S. 120f.

³³⁰ BStU, ASt Chemnitz AKG 294, S. 134-136.

³³¹ Ebd., S. 137f.

³³² Ebd., S. 139f.

³³³ Ebd., S. 141-144.

³³⁴ Ebd., S. 145-148.

³³⁵ Ebd., S. 149f.

³³⁶ BStU, ASt Chemnitz AKG-302, Bd. 1, S. 169-175.

³³⁷ BStU, ASt Chemnitz AKG-309, Bd. 1, S. 279-281.

Der Anstieg der Besucherzahlen, der seit Februar gemeldet wurde, hielt bis Mai nicht an, im Gegenteil, bis Juli ist ein stetiger Zuwachs der Besucher zu erkennen, wohingegen im Juli selbst ein Rückgang festzustellen ist. Außerdem waren seit Juli die Gottesdienste, die Käbisch hielt, stets besser besucht, als die zuvor oder danach von anderen Pfarrern gehaltenen. Der kurzzeitige Rückgang im Juli ist auf die Notiz unter dem Bericht über den Gottesdienst des 26.6.1988 zurückzuführen. In diesem Fall hatte die Staatsmacht genügend Einfluss genommen, sei es über „gesellschaftliche Kräfte“ oder Gespräche mit vertrauenswürdigen Personen, wie GM, auf die Einfluss ausgeübt werden konnte.

"Da die bisher durch die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte zur Zurückdrängung der von Dr. KÄBISCH im Dom von Zwickau organisierten Aktivitäten ohne Erfolg blieben, wurde 1. die Zentrale [...] informiert [...] entsprechenden Einfluß auf [den Superintendenten, Anmerkung Stefanie Dreyer, Name unkenntlich] bzw. Dr. KÄBISCH zur Konsolidierung der Geschehnisse im Dom von Zwickau auszuüben."³³⁸

Allerdings erklärt dies wiederum nicht, den Anstieg der Besucherzahlen, wenn Käbisch verantwortlich für die Vorbereitung der Gottesdienste nach dem 26. Juni war. „Übersiedlungsersuchende brachten bezüglich des Rückgangs der Anzahl der Gottesdienstbesucher am 28.8.1988 zum Ausdruck, daß die Predigt nicht durch Pfarrer KÄBISCH gehalten wurde und hierin die Ursache liegt."³³⁹ Dies wurde nach dem Gottesdienst am 28.8.1988 über Käbisch geäußert. Eindeutig hingen hier die Zahlen der Besucher mit seiner Person zusammen. Dies erklärt es auch, weshalb er derartig ins Visier des MfS und der Staatsvertreter geriet.

Doch ist es andererseits möglich, dass ausgerechnet zu seinen Predigten die Anzahl der „gesellschaftlichen Kräfte“, die den Gottesdienst besuchten, erhöht wurde und sich die erhöhte Besucherzahl somit erklärt? Das bleibt fraglich, denn darüber sind durch die hier verwendeten Quellen keine Angaben bekannt. Dafür spricht allerdings, dass der Leiter der BV KMSt. Gehlert im August 1989³⁴⁰ mit diesen „Kräften“ argumentiert. Denn durch sie sei es gelungen, dass die Zahl der Teilnehmer drastisch zurückging. Darüber wurde bereits im Januar 1989 dem Referenten für Kirchenfragen in Zwickau durch den 1. Dompfarrer berichtet: „Am letzten Sonntag waren [es] nur 67 Teilnehmer.“³⁴¹ Allerdings hatte sich nach Auffassung des Referenten für Kirchenfragen der Schwerpunkt lediglich verlagert

³³⁸ Vgl. BStU, ASt Chemnitz XX-186, S. 117.

³³⁹ Vgl. Ebd., S. 149f.

³⁴⁰ Ich liebe euch, S. 113-138.

³⁴¹ Niederschrift über ein Gespräch des 1. Dompfarrers mit dem Referenten für Kirchenfragen am 25. 01. 1989, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 01202, ohne Paginiernummer.

und zwar in die Friedensbibliothek in den Räumlichkeiten der Versöhnungskirchgemeinde.³⁴²

Käbisch setzte sich im Rahmen der Sonntagabendgottesdienste auch im Bereich der Amnestie von politischen Häftlingen und gefangen genommene Antragsteller ein. In den Akten ist unter anderem zu finden, dass er Namen von Inhaftierten vorlas. Der Superintendent pflegte Verbindungen zu Rechtsanwalt Wetzig, deshalb wandte sich Käbisch zunächst an ihn.³⁴³ Wetzig war jedoch als IM tätig und ein „Unterhändler von Rechtsanwalt Professor Dr. Wolfgang Vogel.“³⁴⁴ So wurde auch auf dieser Ebene versucht Einfluss zu nehmen. In einem Gespräch am 21.9.1988 sollte mit dem Superintendenten besprochen werden,

"daß sich Rechtsanwalt Dr. WETZIG auch für die sieben Übersiedlungsersuchenden [...] verwendet, wenn sich Superintendent [Name unkenntlich] darum bemüht, daß die sich zu den 'Sonntagabendgottesdiensten' in der genannten Kirchgemeinde versammelten Bürger zukünftig keine Gesetze verletzen"³⁴⁵

Auf diese Art und Weise wurde verhandelt. Deutlich wird hier wieder einmal, in welchem Zwiespalt der Superintendent steckte. Schließlich war es sein Anliegen sich für diese Menschen einzusetzen, doch im Gegenzug wurde verlangt, die Arbeit mit den Übersiedlungsersuchenden einzuschränken und die Ausreiseveranstaltungen, die ursprünglich „normale“ Sonntagabendgottesdienste waren, abzusetzen.

4.3 KIRCHENPOLITIK IN ZWICKAU

In Zwickau wurde in der Kirchenpolitik ähnlich gehandelt wie im ersten Teil der Arbeit beschrieben. Dass auch hier die Linie des 6. März einzuhalten galt und die Ebene der Vereinbarungen von der Seite des Staates nicht verlassen wurde, ist deutlich. Kirche forderte auch hier Neutralität und Religionsfreiheit. Die Lage der Ausgrenzung, Anpassung und Opposition war, wie den obigen Ausführungen zu entnehmen ist, auch in Zwickau eine Gratwanderung. Kirche sollte sich auf kultische Elemente beschränken. Deshalb gab es auch im Kreis Zwickau Bearbeitungen der Kirche von staatlicher Seite. Es sollte, wie überall in der DDR, ein Differenzierungsprozess von innen geführt werden. Die Basis und die Kirchenleitung sollten gegeneinander ausgespielt werden. Durch die Besetzung der einzelnen staatlichen Stellen mit OibE, insbesondere in Bezug auf Kirchenfragen, war in Zwickau eine gewisse Eigenheit festzustellen. Diese Doppelstrategie war nicht unbedingt

³⁴² Vgl. ebd.

³⁴³ Vgl. Käbisch, die letzten Jahre, S. 394.

³⁴⁴ Käbisch, Erinnerungen, S. 99.

³⁴⁵ BStU, ASt Chemnitz AKG-306, Bd. 1, S. 108; BStU, ASt Chemnitz L-33, Bd. 1, S. 19.

einzigartig. Es wurde bereits erörtert, dass staatliche Stellen mit IM oder OibE besetzt wurden.

4.3.1 REGIERUNGS- UND PARTEIEBENE

Die Verantwortung für Kirchenfragen lag in Zwickau bei Oberbürgermeister Fischer und dessen Stellvertreter für Inneres, Stowasser. Fischer hatte in diesem Zusammenhang mehrere Funktionen zu erfüllen: Berichte verfassen, Repräsentation des Staates und Klärungsgespräche mit dem Superintendenten. Es gab einen Beschluss des RdB KMSt. vom 4.8.1989 über die Weiterbildung der Bürgermeister der Städte, die für „eine politisch effektive Gesprächsführung mit den Ortsgeistlichen und Kirchenvorständen“³⁴⁶ befähigt werden sollten. Auch hier war die Bearbeitung der Kirchenvorstände im Sinne des Gesprächs im gesamten Bezirk angedacht. Die Bürgermeister sollten geschult werden für die Gespräche mit Kirchenmitgliedern und angestellten. Diese waren so brisant und wichtig, dass sie guter Vorbereitung und einer Fortbildung bedurften.

Am 5.7.1988 hatte der Oberbürgermeister ein Gespräch mit dem Superintendenten über die Ausreiseproblematik.

"In diesem Sinn ersuchte der Oberbürgermeister den Superintendenten, weiterhin Einfluß auf den Pfarrer des Evangelisch-Lutherischen St.-Marien-Doms Zwickau, Dr. KÄBISCH, zu nehmen, der in vielen Dingen zu weit gehe. [Name unkenntlich] entgegnete, daß die Übersiedlungersuchenden keinen Grund darstellen, der Kirche Vorwürfe zu machen. Die Staatsorgane hätten vielmehr Anlaß, der Kirche zu danken, statt zu klagen. die Übersiedlungersuchenden seien der Kirche zugelaufen' und man habe versucht, diese 'Leute' zu normalen Verhaltensweisen zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang verteidigte der Superintendent das starke Engagement von Pfarrer KÄBISCH für Übersiedlungersuchende und dessen Aktivitäten als 'Betreuung von Problempersonen'."³⁴⁷

Fischer erhoffte durch dieses Gespräch Einfluss auf die Arbeit mit den Ausreisewilligen am Dom zu erlangen. Der Superintendent sollte seinen Einfluss, den er Käbisch gegenüber hatte, nutzen, da viele Dinge die Grenzen der reinen Kirchenarbeit überschritten. Der Superintendent hingegen meinte, dass in den Veranstaltungen versucht wurde, die Leute zur Umkehr und zum Bleiben zu bewegen, weshalb der Staat dankbar gegenüber der Kirche sein sollte. Außerdem hatte die Kirche kein Zutun, dass Antragsteller in ihre Räume kamen, sie seien „zugelaufen“. Aus der Gesprächsniederschrift geht weiterhin hervor, dass die staatliche Seite die Argumentation nicht ernst nahm, da die „Betreuung von Problem-

³⁴⁶ Privatarchiv Käbisch, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 143911, ohne Paginiernummer.

³⁴⁷ BStU, ASt Chemnitz XX-186, S. 98.

personen“ in Anführungszeichen gesetzt wurde. Dies scheint nicht bloßes Zitieren gewesen zu sein, sondern die Betonung des Unglaubens aufgrund dieser Aussage.

Der Referent für Kirchenfragen, Zöphel, war verantwortlich für die Gespräche mit den zum Kirchenkreis gehörenden Pfarrern. Die Ebenen waren klar geregelt. Lediglich der Superintendent war befugt, direkt mit dem Oberbürgermeister das Gespräch zu suchen. Die einzelnen Pfarrer waren somit angewiesen zunächst mit ihren Superintendenten Kontakt aufzunehmen. Für die staatliche Seite reichten jedoch die Anzahl der Gespräche oft nicht aus:

„Es wird auf alle Fälle deutlich, daß es noch viel zu tun gibt in der ideologischen Arbeit mit den Geistlichen unserer Stadt. Das ist vom Oberbürgermeister, dem 1. Stellvertreter, dem Stellv. Inneres und dem Mitarbeiter für Kirchenfragen, die ständig am Ball sind, nicht zu schaffen. Es wird deshalb dringend erforderlich, daß die als Gesprächspartner bestätigten Mitglieder des Rates ihre Aufgaben entsprechend dem Ratsbeschluss vom [...] erfüllen und Gespräche mit ihren kirchlichen Partnern führen. Wir sind nicht auf Kampagnen aus, aber wir meinen 2 Gespräche im Jahr sind möglich. Das ist uns auch 1984 wiederum nicht gelungen. Die Gespräche zur Überbringung der Wahlbenachrichtigungskarten im Mai/ April vorigen Jahres waren zwar eine gute Sache, aber sie fanden keine Fortsetzung. Pfarrer [...] reagierte z.B. auf die Bemühungen, einen Termin für ein Gespräch zur Überbringung der Wahlbenachrichtigungskarten zu vereinbaren, mit der Bemerkung ‚ihr lasst euch ja nur bei Wahlen mal sehen‘. Ich denke, das ist deutlich.“³⁴⁸

Diese Sekretariatsvorlage von 1985 macht deutlich, dass der Staat sein Ziel im Bereich Kirche nicht erreicht hatte, aufgrund von Personalmangel und zu wenig geschultem Personal. Außerdem fühlten sich die Pfarrer von staatlichen Vertretern nicht ernst genommen, da diese nur das Gespräch suchten, um herauszufinden, wer wählen geht und wer plante, der Wahl fern zu bleiben. Mit dieser Methode konnten die Staatsvertreter wenig erreichen.

Um die Pfarrer in eine der drei Kategorien einordnen zu können, mussten mehr Gespräche geführt werden. Hier war von zwei Gesprächen im Jahr die Rede. In der Zukunft sollte dies auch eingehalten werden. Ein Gespräch fand immer zum jeweiligen Geburtstag der Pfarrer, in Form von Glückwünschen statt. Häufig wurde auch über Anliegen der Pfarrer und die kirchenpolitische Situation in Zwickau gesprochen.³⁴⁹ Auffällig ist hier, dass die Rede von „kirchlichen Partnern“ ist. Sollte jedem Pfarrer ein bestimmtes Ratsmitglied zugeteilt werden, um ein Vertrauensverhältnis herzustellen? Es wird betont, dass keine „Kampagnen“ entwickelt werden sollten. Eine Einschätzung der Pfarrer kann auch nicht als Kampagne bezeichnet werden. Trotzdem sollte der Kontakt zwischen den Kirchenvertretern und de-

³⁴⁸ Berichterstattung zur politisch-ideologischen Arbeit mit kirchlichen Amtsträgern vom 18.1.1985, StAZ 3016 Schriftverkehr mit der Abteilung Innere Angelegenheiten (1979-1988), S. 53.

³⁴⁹ Vgl. StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012051 Personalangelegenheiten Kreis Zwickau/St. (Jan.Dez 1986) und 12052, ohne Paginiernummer.

nen des Staates nicht abreißen, es sollte weiterhin ein Verhältnis bestehen, sei es auch eines der Kontrolle.

Im Stadtarchiv fanden sich außerdem zwei Akten, die zeigen, dass sich im Rat der Stadt Schnellhefter mit Gesprächen über allgemeine Anliegen und Geburtstagsglückwünsche der einzelnen Pfarrer in alphabetischer Reihenfolge befanden.³⁵⁰ Auch im Staatsarchiv war etwas Ähnliches zu finden. Eine Akte, in der sich vor allem Einstellungen von Pfarrern gegenüber dem Staat nach den drei bekannten Kategorien befanden.³⁵¹ Ab dem Jahr 1989 waren dort sehr viele Gesprächsniederschriften mit dem erste Pfarrer des Doms in Zwickau zu finden. Außerdem wurden im selben Jahr seit März sämtliche Pfarrer nicht mehr nach ihrer politischen Haltung gefragt, wie zuvor³⁵², sondern fast ausschließlich zu den Ereignissen in Zwickau und zur Friedensbibliothek und den Sonntagabendgottesdiensten. Scheinbar wurde diese Akte angelegt, um fast ausschließlich die oppositionellen Handlungen am Dom und in der Friedensbibliothek zu untersuchen.

Die SED-Kreisleitung bekam einmal jährlich eine „Information über den Stand der Durchsetzung der Kirchenfragen in der Stadt Zwickau“. Der Oberbürgermeister musste der Vorlage zustimmen, bevor sie über den Verteiler weitergeleitet werden konnten.

Einmal jährlich trafen sich die evangelisch-lutherischen Pfarrer der Stadt mit Vertretern der Stadt, wie dem Oberbürgermeister und dem Referenten für Kirchenfragen.³⁵³ Es wurden nie Fragen zur politischen Situation geäußert. Aufgefallen ist, dass der Superintendent immer zuerst sprach und so die Linie vorgab. Käbisch war der einzige, der immer wieder auf soziale Missstände und Umweltprobleme aufmerksam machte. Doch immer wieder wurde er zurechtgewiesen, dass dies Dinge des Staates waren.

Auf der Ebene des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt gab es im Bereich Inneres einen eigenen Sektor für Staatspolitik in Kirchenfragen. Verantwortlich war hier der Stellvertreter des Sektorenleiters. Auch hier wurde die kirchenpolitische Situation des Bezirkes immer wieder eingeschätzt. Monatlich wurde immer wieder nach dem gleichen Schema vor-

³⁵⁰ Vgl. StAZ 3053 3053 Staatspolitik in Kirchenfragen/ Berichte und Gespräche mit Pfarrern und Pfarrersfrauen, Baumaßnahmen (1982-1988), (a-l); StAZ 3054 Staatspolitik in Kirchenfragen/ Berichte und Gespräche mit Pfarrern, Baumaßnahmen (1982-1989), (n-z).

³⁵¹ Vgl. StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102, ohne Paginiernummer.

³⁵² Vgl. StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 12052.

³⁵³ Von 1982 bis 1986 sind die Niederschriften über diese Gespräche zu finden in StAZ 3018 Staatspolitik in Kirchenfragen/ Berichte und Gespräche mit Pfarrern und Pfarrersfrauen (1982-1988), Gespräche von 1982 bis 1988 befinden sich im StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012064 Niederschriften über Gespräche (1981-88).

gegangen und berichtet. Zunächst wurde in jedem Bericht die Einteilung Evangelisch, Katholisch und Religionsgemeinschaften eingehalten. Weiterhin war nochmals jeweils nach Ökumene, Veranstaltungshinweisen, Gesetzeswidrigkeiten vonseiten der Kirche und Gesprächen unterteilt. Die Veranstaltungshinweise bezogen sich auf kirchliche Veranstaltungen, die von staatlichen oder auch MfS-Vertretern besucht werden sollten, um sie zu beobachten und einzuschätzen. Bei Gesprächen wurde jeweils aufgelistet, wie viele Gruppengespräche, Einzelgespräche, Gespräche mit leitenden Organen der Kirche geführt wurden und wie viele Gespräche es mit neuen Gesprächspartnern gab.³⁵⁴ Ab Dezember 1987 wurden diese Berichte alle zwei Monate abgefasst.³⁵⁵

So hatte das Staat-Kirche Verhältnis in Zwickau zunächst zwar den Anschein einer Ordnung, die in der DDR üblich war. Die Ebene des Gespräches wurde von staatlicher Seite doch vielfach ge- und benutzt. Schließlich war das Ziel der reinen religiösen Kultausübung in Zwickau durch die deutliche Opposition nicht erreicht.

Deshalb wurde auch kreisübergreifend versucht den inneren Differenzierungsprozess im Bezirk KMSSt. voranzutreiben. Der Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres des RdB KMSSt. versandte 1989³⁵⁶ an alle Räte der Kreise und Städte eine Anweisung bezüglich der Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern.

„aus gegebender veranlassung informiere ich sie darueber, dasz in letzter zeit mehrfach bei ihnen bzw. den abteilungsleitern inneres, aber besonders bei den referenten fuer kirchenfragen informationen schriftlich eingegangen sind, die im wesentlichen ihrem charakter nach die moeglichkeit bieten, positiven einfluss auf den differenzierungsprozess innerhalb der evangelischen - lutherischen kirche und religionsgemeinschaften zu nehmen. [...] ich weise sie an: 1. ueber alle mit kirchlichen amtstraegern , vorsitzenden bzw leitern von religionsgemeinschaften gefuehrten aussprachen (ob entsprechend einer staatlichen einladung bzw. einer von den amts-traegern erbetenen aussprache) mich bzw. den leiter des sektors kirchenfragen unverzueglich (fernschriftlich) zu informieren. die information musz entsprechend dem anliegen des gespraechs die meinung bzw die vorschlaege der partner des zusammenwirkens enthalten. [...] das soll dazu dienen, dasz im bezirk einheitliche entscheidungsvorschlaege erarbeitet werden koennen, um damit den differenzierungsprozess zu forcieren.“³⁵⁷

Jedes Gespräch sollte gemeldet und an den Leiter des Sektors Kirchenfragen oder den Autor des Briefes geschickt werden, damit sie ausgewertet werden konnte. Dieses Schreiben sollte Anliegen und Zusammenarbeit mit dem Gesprächspartner enthalten. Anliegen dieses Schreibens war es „einheitliche entscheidungsvorschlaege“ zu erarbeiten. Genau wie beim „Zwickauer Modell“ galt hier eine Arbeitsweise zu entwickeln, die als effektiv galt.

³⁵⁴ Vgl. StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012008, ohne Paginiernummer.

³⁵⁵ Vgl. StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012009, ohne Paginiernummer.

³⁵⁶ Leider war keine genauere Datierung zu finden.

³⁵⁷ Privatarchiv Käbisch, RdB KMSSt. an RdK Zwickau-St, nicht paginiert.

Auch wurde die kirchenpolitische Situation des Bezirkes immer wieder eingeschätzt. 1989 hieß es in Bezug auf Zwickau:

„Erfahrungen, insbesondere in der Stadt Zwickau zeigen, daß es bei der gezielten Arbeit und Delegierung für die jeweilige Thematik sachkompetenter, politisch-fachlich versierter Kader in solche öffentliche Veranstaltungen mit Jugendlichen gelingt, die Diskussionsrichtung wesentlich in gesellschaftsgemäße Richtung zu lenken. Ziel all dieser mit wachsender Intensität und teils neuer Richtung vorgetragenen Aktivitäten ist es offenkundig, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auch in unserem Bezirk zu einer Quelle fortgesetzter Konfrontation und Instabilität zu machen und dadurch sowohl auf realistische Kräfte innerhalb der Kirchenleitungen und an der Basis als auch auf die staatlichen Organe Druck auszuüben. Realistisch ist einzuschätzen, daß nach wie vor die große Mehrheit der Ortsgeistlichen der Evangelisch-Lutherischen Kirche diesen politischen Mißbrauch der Kirchen nicht will und am Kurs des 6.3.1978, der für ihre Kirchengemeinden vielfältige positive Wirkungen brachte, festhalten möchte. [...] So wird bei Gesprächen mit Funktionären des Staates immer wieder versichert, daß die Landeskirchenleitung den politischen Mißbrauch der Kirche nicht wolle, man aber innerkirchlich kaum über Disziplinierungsmöglichkeiten verfüge. Dieses Argument wird im übrigen auch immer wieder von den im Bezirk wirkenden Superintendenten der Evangelisch-Lutherischen Kirche gebraucht, wenn sie von den staatlichen Organen ersucht werden, das Staat-Kirche-Verhältnis grob belastende Aktivitäten zu unterbinden.“³⁵⁸

Diese Quelle verdeutlicht, dass dem Staat an einer friedlichen Auseinandersetzung mit der Kirche lag. Der Kurs des 6. März sollte weiterhin eingehalten werden. Doch für die Kirche bedeutete dies schlussendlich reine Kulturausübung. Durch „realistische Kräfte“ in den Kirchen sollte erreicht werden, dass dieser Kurs eingehalten wird. Außerdem wurde in Zwickau festgestellt, dass viele ansässige Pfarrer sich ebenso gegen die Arbeit mit Basisgruppen, den „politischen Mißbrauch der Kirche“ stellten. Ausdrücklich wurde betont, dass innerkirchlich kaum gegen diese Arbeit vorgegangen werden konnte und sich die Vertreter des Staates selbst damit befassen müssten. In Zwickau bewährte sich laut dieser Einschätzung, Kader einzuschleusen, die thematisch vorbereitet Veranstaltungen besuchten und durch Argumente entgegenhielten. Dies wird später bei der näheren Betrachtung des Einsatzes „gesellschaftlicher Kräfte“ nochmal bedeutsam. Außerdem wurden loyale Amtsträger und Synodale bearbeitet:

„Mit dem Ziel der Zurückdrängung und vorbeugenden Verhinderung weiterer gegnerischer Aktivitäten gilt es, den sich gegenwärtig vollziehenden innerkirchlichen Differenzierungs- und Polarisierungsprozeß durch eine personenkonkrete, kontinuierliche und differenzierte Einflußnahme auf ausgewählte loyale kirchliche Amtsträger und Synodale in deren Wirkungsbereich bzw. gesellschaftlichen und beruflichen Umfeldern zu forcieren.“³⁵⁹

Dies kann im Zuge des „Zwickauer Modells“ und der OV „Kammer I und II“ nachgewiesen werden. Der „innerkirchliche[...] Differenzierungs- und Polarisierungsprozeß“ sollte durch die genaue Einschätzung aller Pfarrer in Zwickau und aller Kirchenvorstandsmit-

³⁵⁸ Privatarchiv Käbisch, StAC IV F-2/3/85, ohne Paginiernummer.

³⁵⁹ Privatarchiv Käbisch, StAC IV F-2/3/85, ohne Paginiernummer.

glieder in den Vorständen des Domes und der Versöhnungsgemeinde vorangetrieben werden.

4.3.2 MfS-ORGANE

Die besondere Rolle des MfS ist im ersten Teil dieser Arbeit ausreichend beschrieben worden. Wie überall in der DDR waren die Kirchen als einziger Teil der Gesellschaft nicht in der Parteiorganisation vorhanden. So konnten kirchenleitende Persönlichkeiten und engagierte Laien nicht über die Regierung bzw. die Partei selbst erreicht werden.

In der Kreisdienststelle Zwickau hatte Major Linkert die Leitung des Referates der Linie XX inne. Er schrieb seine Diplomarbeit zum Thema „Erfahrungen und Probleme bei der langfristigen Entwicklung und des Einsatzes von IM unter reaktionären Kirchenkreisen“ (dargestellt aus der Sicht des Referates ‚Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit‘ der Kreisdienststelle Zwickau des MfS)³⁶⁰ Diese Diplomarbeit wurde im Februar 1988 eingereicht und von Gehlert, dem Sohn des Leiters der BV KMSt., betreut. Er war in Zwickau für die Abteilung politischer Untergrund zuständig. In dieser Arbeit ist von einer „durch den Leiter der Abt. XX der BV Karl-Marx-Stadt bestätigten Einsatz- und Entwicklungskonzeption“³⁶¹ in Bezug auf die Arbeit vom IM die Rede. Er hat hier wohl Bezug auf das „Zwickauer Modell“ und dessen Erarbeitung genommen. Gehlert gab im Hinblick auf die Werbung von IM am 5.11.1985 eine Weisung an alle operativen Diensteinheiten und Kreisdienststellen, dass „bis auf Widerruf keine kirchlichen Amtsträger, kirchliche Mitarbeiter, Synodalen und aktive Laienchristen als IM zu werben“³⁶² seien. Wenn es trotzdem erforderlich sein sollte, dann bedurfte die Werbung seiner Genehmigung. Dies war der Tatsache geschuldet, dass ab 1988 durch das „Zwickauer Modell“ alles nach Plan verlaufen musste. Das „Zwickauer Modell“ zentrierte die Struktur der Bearbeitung der Kirche auf die BV KMSt.

Käbisch konnte allein für die Jahre 1988/89 insgesamt 29 Operative Vorgänge und Personenkontrollen der KD Zwickau aufdecken. In diesen Vorgängen wurden ca. 120 Personen durch die Stasi „operativ“ bearbeitet.³⁶³

³⁶⁰ BStU, MfS VVS JHS-Nr. 366/88, S. 1-44.

³⁶¹ Ebd., S. 16 und S. 19.

³⁶² BStU, ASt Chemnitz L-65, S. 233.

³⁶³ Vgl. Käbisch, Vortrag, Folie 80f.

Die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt war die zweitstärkste BV. Unabhängig vom IM-Netz der Kreisdienststelle Zwickau, hatte sie auch eigene IM im Umfeld der Zwickauer Kirchen positioniert.³⁶⁴ Verantwortlich für die Abteilung XX war der Stellvertretende BV-Leiter Schaufuß. Leiter der Abteilung XX war Eichler. Er bekam schließlich den Auftrag vom ersten Sekretär der Bezirksleitung, Einsatzvarianten auszuarbeiten, damit demonstrative Handlungen in der Zukunft nicht mehr geschehen würden. Im Zusammenhang stand dies mit den Ereignissen in Zwickau.³⁶⁵ So wurden die Weichen für das „Zwickauer Modell“ gelegt.

Desweiteren liegt eine Weisung des Ministers Mielke vom 26.10.1988 an den Leiter der BV KMSt. vor, die beschreibt, wie „zur Unterbindung und Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen“³⁶⁶ vorgegangen werden sollte. Sie sollten darauf achten, „die Lage ständig einzuschätzen“³⁶⁷, um einen Kontrollverlust zu verhindern. Außerdem sollten unvorhergesehene Überraschungen im negativen Sinne verhindert werden.³⁶⁸ Sollten sich die Gegebenheiten ändern, musste jederzeit die Möglichkeit bestehen, um „auf veränderte Lagebedingungen rechtzeitig zu reagieren.“³⁶⁹ Die „Klärung der Frage ‚Wer ist wer?‘“³⁷⁰, verhalf dazu in Situationen angemessen zu reagieren. Außerdem war Informationsbeschaffung und Aufklärung davon abhängig, welche Personen beteiligt sind und inwiefern sie sich eingebracht haben und womöglich auch für das MfS interessant waren, um mögliche konspirative Zusammenarbeit zu beginnen. In diesem Zusammenhang waren „Konzentrationspunkte und bedeutsame Einzelpersonen“³⁷¹, die besondere Auffälligkeiten zeigten, relevant.

4.3.3 DOPPELSTRUKTUR

An dem Auftrag der Bezirksleitung an den Leiter der BV ist bereits die Verstrickung der Regierungsebene mit der des MfS erkennbar. Zwar unterstand der Leiter der BV KMSt. Gehlert, den Weisungen des Sekretärs der Bezirksleitung, doch hier begann eine neue Stufe der Zusammenarbeit. In der Wahl der Mittel und Methoden hatte das MfS schließlich freie Hand.

³⁶⁴ Vgl. Schlichtenbrede, Magisterarbeit, S. 32.

³⁶⁵ Vgl. Ich liebe euch, S. 131.

³⁶⁶ BStU, ASt Chemnitz L-30, S. 18.

³⁶⁷ Ebd.

³⁶⁸ Vgl. ebd.

³⁶⁹ Ebd.

³⁷⁰ Ebd.

³⁷¹ Ebd.

Auf die Doppelstruktur weisen auch die zahlreichen Kopien sämtlicher Akten in den Sekretariaten der Partei, des MfS und dem Sektor Kirchenfragen.

Durch die Vermischung von Regierungs- und Parteiebene hatten die Diensteinheiten des MfS den gleichen Konzentrationspunkt wie das Staatssekretariat, nämlich die SED. So entstand erst das Doppelspiel in der Kirchenpolitik. Der Referent für Kirchenfragen konnte als OibE gleichzeitig Staatsfunktionäre kontrollieren und der Bezirksverwaltung des MfS offizielle Einzelheiten weiterleiten. Letztendlich gehörten diesem Einsatzstab der Leiter Abt. Staats- und Rechtsfragen, Abteilungsleiter Sicherheit, der Chef der BdVP, der Stellvertreter für Inneres, Stellvertretender Abteilungsleiter Parteiorgane und der Leiter der BV, an. Der Einsatzstab tagte immer dienstags und nannte sich „Reisebüro.“³⁷² Diese Art Arbeitsgruppe gab es in der Bezirksleitung KMSt. unter der Leitung des ersten Sekretärs und in jedem Kreis im Bezirk ebenfalls unter der Leitung des ersten Sekretärs³⁷³, in Zwickau war dies Repmann. Dieser Einsatzstab wird im weiteren Verlauf genauer analysiert, denn er stellte einen wesentlichen Bestandteil des „Zwickauer Modells“ dar.

4.4 DIE BESONDERHEIT AM „ZWICKAUER MODELL“

Die Tatsache, dass es nun einen Einsatzstab für „gesellschaftliche Kräfte“ und die Bearbeitung der „progressiven“ und „loyalen“ Personen in der Kirche nach einem Maßnahmenplan gab, stellt eine Besonderheit dar. Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS und der Regierung ging nun anhand eines präzisen Plans vor.

Es ist unzweifelhaft, dass es das „Zwickauer Modell“ gegeben hat. Es mag zwar wenig Quellen und damit „Beweise“ geben, doch die vorliegenden Schriftquellen sind umfangreich und kaum anzuzweifeln. Inwiefern dieses Modell in anderen Bezirken und Kreisen angewandt wurde, ist nicht zu sagen und auch nicht erforscht, doch dies ist auch nicht die Fragestellung dieser Arbeit. Die Frage nach der Einzigartigkeit des Modells in der DDR bleibt somit offen.

Dass ausgerechnet in einer mittelgroßen Industriestadt wie Zwickau ein derartiges Projekt getestet und eingeführt wurde, ist wohl der Tatsache geschuldet, dass der Bezirk Karl-Marx-Stadt der Bezirk mit den meisten gestellten Anträgen ist. Dies lag wohl daran, dass er gleichzeitig auch der bevölkerungsreichste war. Auch fanden die Antragsteller im dortigen Dom Zuflucht und stets ein offenes Ohr. Hier stellt sich wiederum die Frage, weshalb

³⁷² Vgl. Ich liebe euch, S. 132.

³⁷³ Vgl. ebd.

dieses Modell nicht sofort direkt in Karl-Marx-Stadt/Stadt getestet wurde. Bezüglich dieser Frage kommt wiederum der Bericht Gehlerts in der Dienstkonferenz vom August 1989 zum Tragen. Gehlert betonte hier ausdrücklich, dass sie „ja in Zwickau kompliziertere Verhältnisse haben als in der Bezirksstadt“³⁷⁴, also Karl-Marx-Stadt/Stadt, selbst. So kann Zwickau als oppositionelles Zentrum des gesamten Bezirks betrachtet werden.

Ungewöhnlich ist außerdem, dass ein OV gemäß der Richtlinie 1/76 angelegt wurde, der, wie Käbisch herausfand, gleichzeitig gegen dieselbe verstößt.³⁷⁵ Dieser Auffassung, dass der OV „Kammer“ gegen diese Richtlinie verstößt, sind auch die BStU und der Arbeitskreis Vergangenheitsaufarbeitung.³⁷⁶ Inwiefern die Richtlinie hier verletzt wurde, wird Teil dieses Kapitels sein.

Allein die Tatsache, dass der Begriff „Zwickauer Modell“ im Raum steht, beweist seine Besonderheit. Des Weiteren stellte Gehlert in der Dienstkonferenz mit Mielke vom 31.8.1989 das Modell vor und griff eindeutig darauf zurück:

„Und diese Handlungsvarianten wurden auch in Verbindung mit unserem Material allen Kreissekretären übergeben und alle Kreissekretäre erhielten die Weisung oder den entsprechenden Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung, für jeden Kreis diese Einsatzvarianten als Modell zu erarbeiten; damit sie also nicht völlig konzeptionslos dastehen, im Falle, es kommt zu provokativen Erscheinungen.“³⁷⁷

Das Modell wurde also entwickelt, um es in allen Kreisen anzuwenden, um oppositionellen Kräften entgegenzuwirken. Somit wurde eine Strategie herausgearbeitet, die einheitlich auf die gesamte Republik übertragen werden konnte, sodass in jedem Kreis auch die gleichen Maßnahmen getroffen werden konnten. Gehlert sprach von „Einsatzvarianten“, womöglich meinte dies, dass verschiedene Möglichkeiten der Bearbeitung bestanden, damit dies nun ein Ende hatte, wurden die Varianten, die sich als sehr effektiv herausstellten, zur Entwicklung des Modells beitragen. Ein Argument hierfür ist die Überarbeitung der OV-Forschung an der Juristischen Hochschule JHS des MfS in Potsdam-Eiche. Gehlert erhielt am 14.1.1988 eine Anfrage über die Teilnahme seines ersten Stellvertreters und Leiters der Abteilung XX der BV an dem Forschungskollektiv „Die Bearbeitung operativer Vorgänge“.³⁷⁸ Am 31.12.1989 sollte dieser Auftrag abgeschlossen werden.³⁷⁹ Schaufuß war ebenfalls am „Zwickauer Modell“ beteiligt. Im Leitfaden der weiteren Bearbeitung des Themas

³⁷⁴ Ich liebe euch, S. 130.

³⁷⁵ Vgl. Käbisch, Vortrag, Folie 22.

³⁷⁶ Vgl. ebd., Folie 12.

³⁷⁷ Ich liebe euch, S. 132.

³⁷⁸ Vgl. BStU, ASt Chemnitz AKG/K-1, Bd. 3, S. 1.

³⁷⁹ Vgl. ebd., S. 44.

wurde im April 1988 festgelegt, wer welchen Teil bearbeitet. Schaufuß wurde mit den „Aufgaben der Leiter beim Anlegen Operativer Vorgänge“³⁸⁰, der „Anwendung politischer Mittel in der Bearbeitung Operativer Vorgänge“³⁸¹ und der „Leitungstätigkeit/Zusammenarbeit“³⁸² betraut. In diesem Zusammenhang wird interessant, dass Schaufuß eine Diplomarbeit zum Thema „Aufgaben und Verantwortungsanteile des Leiters“³⁸³ in Bezug auf das Anlegen und Abschließen von OV, vergab. Er ließ also in diesem Auftrag für seinen Beitrag in besagtem Forschungskollektiv forschen. In einem Aktenvermerk vom April 1988 wurde bemerkt, dass es „in der gegenwärtigen operativen Lage [...] immer mehr um den offensiven Prozeß zur Bearbeitung von operativ-relevanten Handlungen, von denen eine hohe Gefahr für die staatliche Ordnung und Sicherheit ausgeht (Antragsteller)“³⁸⁴, ging. Begründet wurde das Anlegen von operativen Vorgängen, in denen es sich nicht um eine Straftat im eigentlichen Sinne handelt, sondern die Gefährdung des Friedens und der Gesellschaft. Explizit genannt wurden die Antragsteller. Dies bezog sich schließlich auch auf den Personenkreis, der sich im Bereich der Kirchen mit den Antragstellern befasst. Es begründet, warum Pfarrer Hilse aus Treptow und Pfarrer Käbischs Arbeit in einem OV überprüft wurden. Allerdings begründet es nicht, weshalb weitere OV, wie im Fall Käbisch, auf den Kirchenvorstand eröffnet wurden. Dass die Arbeit in dem Forschungskollektiv direkt mit dem „Zwickauer Modell“ in Verbindung gebracht werden kann, zeigen handschriftliche Notizen von Schaufuß, in denen er versucht „pol. Mittel“³⁸⁵, also politische Mittel, näher zu definieren. Politische Mittel definiert er „als Form ideolog. relevanter Einflußnahmen durch Einsatz staatl. u. gesellsch. Kräfte“³⁸⁶. In diesem Zusammenhang fielen auch Begriffe wie „Einsatzstab Dom“³⁸⁷ und „IM/GM“³⁸⁸ in Bezug auf Zwickau.

³⁸⁰ BStU, ASt Chemnitz AKG/K-1, Bd. 5, S. 29.

³⁸¹ BStU, ASt Chemnitz AKG/K-1, Bd. 5, S. 31.

³⁸² Ebd.

³⁸³ Ebd., S. 181.

³⁸⁴ BStU, ASt Chemnitz AKG/K-1, Bd. 4, S. 47.

³⁸⁵ Ebd., S. 61.

³⁸⁶ Gemeint ist: als Form ideologisch relevanter Einflußnahmen durch Einsatz staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte, ebd.

³⁸⁷ Ebd.

³⁸⁸ Ebd.

4.4.1 OV „KAMMER I UND II“

Ähnlich wie bei dem Treptower Pfarrer Hilse, der dort die Ausreisewilligen betreute, wurde vom MfS auch ein OV zur „Bekämpfung“ und „Zurückdrängung“ der Aktionen von Herrn Käbisch angelegt, der OV „Kammer I“.

Ein OV sollte angelegt werden, wenn ein Verdacht auf eine Straftat bestand. Die Gefährdung des Friedens und der Gesellschaft war bereits eine Straftat. Bearbeitet werden sollten besonders hartnäckige Fälle.

Zunächst wurden Ausgangsmaterialien erarbeitet, um das Anlegen eines OV zu begründen. Dazu war eine vollständige Durchdringung der Lage notwendig. Dies geschah durch eingesetzte IM und bewährte gesellschaftliche Kräfte.

Ein OV bestand nach der Richtlinie 1/76 aus einem Eröffnungsbericht, einer Zielstellung, dem Straftatbestand (der Grund des Anlegens) und einem Operativplan.

Am 15.7.1988 wurde der Eröffnungsbericht des OV Kammer vom Leiter der KD Zwickau an den Leiter der BV KMSt. geschickt.

„Aufgrund der Bedeutung des Kirchenvorstands hinsichtlich seiner Rechtsposition in der Gemeinde und damit auch der Möglichkeit des Kirchenvorstandes, die Aktivitäten von Pfarrer Dr. KÄBISCH, Edmund (Verdächtiger des OV „KONTRAHENT“³⁸⁹ der KD Zwickau) zur Anheizung der Situation mit den Antragstellern auf Übersiedlung durch Mehrheitsbeschlüsse zu unterbinden, gewinnt die vorgangsmäßige Bearbeitung der Kirchenvorstandsmitglieder Schwerpunktcharakter innerhalb des Zurückdrängungsprozesses dieser Erscheinungen.“³⁹⁰

In erster Linie wird hier deutlich, dass die Basisdemokratie der evangelischen Kirche dem Staat missfiel. Dem Kirchenvorstand wurde eine Rechtsposition innerhalb der Kirche zugestanden, die dem Staat gefährlich werden konnte, wenn kein Einfluss darauf genommen wurde. Die Mitglieder des Kirchenvorstandes sollten die Aufgabe übernehmen, die Seite des Staates nach entsprechender Bearbeitung zu vertreten. Dies hieß jedoch nicht, dass sie dies bewusst taten. Schließlich sollten sie durch „vorgangsmäßige Bearbeitung“ dazu gebracht werden. Somit hatte der Kirchenvorstand der Domgemeinde eine zentrale Stellung inne. Hier wird deutlich, wie der angestrebte Zersetzungsprozess von innen vorangetrieben wurde.

Im Eröffnungsbericht findet sich die Zielstellung des OV. Geben soll es „eine umfassende 'Wer ist wer?'-Aufklärung, [...] um Mehrheiten für entsprechende Beschlüsse gegen das

³⁸⁹ OV „Kontrahent“ war ein Operativer Vorgang, der sich direkt auf Käbischs Person und Wirken bezog.

³⁹⁰ Privatarchiv Käbisch, OV „Kammer“, S. 3.

Wirken von Pfarrer Dr. KÄBISCH kalkulierbar zu machen.³⁹¹ Der Kirchenvorstand sollte zunächst untersucht werden, besonders nach „loyalen“ und „progressiven“ Personen. So konnte des Weiteren ermittelt werden, wer gegen Käbisch bzw. seine „feindlich-reaktionäre“ Arbeit mit den Basisgruppen und den Antragstellern eingestellt war. Weiterhin wurde festgesetzt „offensive Maßnahmen einzuleiten [...], daß [Name unkenntlich] seine Position der Ablehnung der Ereignisse festigt und aktiv gegen Pfarrer Dr. Käbisch vorgeht.“³⁹² Ebenfalls wurde beschlossen, dass „[Name unkenntlich] ebenfalls zu konkreten Handlungen veranlaßt wird.“³⁹³ Der Superintendent sollte also auch überzeugt werden. Die Differenzierung von innen sollte durch den Superintendenten und den Kirchenvorstand geschehen. Keiner der genannten, die den Zersetzungsprozess vorantreiben sollten, war sich darüber bewusst, dass sie von Beauftragten des MfS bearbeitet werden sollten. Im weiteren Verlauf des OV sind Einschätzungen von allen elf Kirchenvorstandsmitgliedern zu finden.³⁹⁴ Auch die Pfarrergespräche, die in Kopie an den Rat der Stadt und des Bezirkes gingen und deshalb im Staatsarchiv Chemnitz und dem Zwickauer Stadtarchiv zu finden sind, wurden in diesem OV nochmals ausgewertet, insbesondere Gespräche mit dem Kirchenvorstandsvorsitzenden, der gleichzeitig auch Pfarrer am Dom war und diesen im März 1989 verlassen wollte.³⁹⁵ Er begründete dies mit

„völlig unterschiedliche[n] Auffassungen zur kirchlichen Arbeit in der Domgemeinde. Dadurch entstehen Spannungen. Er meinte dazu, 'bei solchen Situationen müßte dann eben immer der Kleinere gehen'. Er nannte zwar zunächst keine Namen, stimmte aber der Meinung des Mitarbeiters für Kirchenfragen zu, der auf Sup. [Name unkenntlich] und Pfarrer Dr. Käbisch verwies.

Im Kirchenvorstand würde zwar die Mehrheit der Vorsteher seine Haltung vertreten (hier nannte er besonders Herrn [Name unkenntlich] und Dr. [Name unkenntlich]), das würde er auch von der Gemeinde so einschätzen, aber Vorstandssitzungen wären nur alle 4 Wochen, während er mit den Mitarbeitern täglich zusammenkommt und wenn diese gegenteilige Auffassungen haben, wäre das für seine Position nicht gut.“³⁹⁶

Die innergemeindlichen Spannungen waren auch innerhalb der Pfarrerschaft des Domes so groß, dass der erste Dompfarrer zum Weggang entschloss. Selbst wenn er die Gemeinde hinter sich hatte, hielt ihn nichts mehr am Dom. Mit den Mitgliedern des Kirchenvorstands arbeitete er zu selten zusammen, sodass diese, obwohl sie seine Meinung teilten, ihn nicht

³⁹¹ Ebd., S. 4.

³⁹² Ebd.

³⁹³ Ebd.

³⁹⁴ Vgl ebd., S. 40-42.

³⁹⁵ Vgl. ebd., S. 70-77.

³⁹⁶ Niederschrift über ein Gespräch des Referenten für Kirchenfragen mit dem 1. Dompfarrer am 9.3.1989, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102, ohne Paginiernummer.

mehr zum Bleiben bewegen konnten. Seine Auffassungen der Gemeindegarbeit und der Seelsorge gingen mit denen des Superintendenten und von Käbisch auseinander, sodass ihm die Spannungen zu groß waren, um den Dom nicht zu verlassen.

Der erste Dompfarrer erzählte von zwei „einflußreichen Kirchenvorstehern“³⁹⁷, die als wissenschaftliche Mitarbeiter in der Ingenieurhochschule IHS tätig waren, die noch verhindern könnten, dass er den Dom verließ, indem sie zum Landeskirchenamt LKA führen.³⁹⁸ Außerdem hatte er zum Mitarbeiter für Kirchenfragen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, sodass er von sich aus auch das Gespräch suchte. Er berichtete, dass er nun doch nicht versetzt würde:

„Die Mitglieder des Domvorstandes [Name unkenntlich], Herr [Name unkenntlich] und Frau [Name unkenntlich] haben die Initiative ergriffen und sind im Landeskirchenamt vorstellig geworden, um zu erreichen, daß er am Dom verbleibt. Sie hätten eingehend die Situation am Dom dargelegt. Wie Herr [Name unkenntlich] und Herr [Name unkenntlich] ihm erklärten, hätte man ihre Schilderung mit viel Aufmerksamkeit entgegengenommen. Sie hätten aus der Haltung der Mitarbeiter des Landeskirchenamtes entnommen, daß man sehr interessiert ist, daß sich am Zwickauer Dom nicht eine Situation wie in der Nikolaikirche in Leipzig entwickelt.“³⁹⁹

Die Landeskirchenleitung hat sich hier klar gegen die oppositionellen Handlungen positioniert. In dem ersten Dompfarrer sahen sie eine Möglichkeit, die Situation nicht eskalieren zu lassen und die Linie des 6. März nicht zu gefährden. Inwiefern auf die einzelnen Kirchenvorsteher durch andere Kräfte Einfluss genommen wurde, ist nicht zu sagen. Für die staatliche Seite war es ein Erfolg, denn ohne den ersten Dompfarrer wäre die Situation wohl eskaliert. Bedeutsam ist dies außerdem, da im Januar 1989 die Rede davon war, wie bedeutsam dieser Pfarrer für die staatliche Seite war, „da der Differenzierungsprozeß am Dom ‚St. Marien‘ Zwickau insbesondere mit Pfarrer [Name unkenntlich] weiter forciert werden kann.“⁴⁰⁰

Diese beiden Kirchenvorsteher wurden bearbeitet von IME „Winkler“ dem Direktor der IHS.⁴⁰¹

„[Name unkenntlich] und [Name unkenntlich] traten in einer Sondersitzung des Kirchenvorstandes am 20.10.1988 dafür ein, daß solche Gruppen, die sich nicht dem Verkündigungsauftrag der Kirche verschrieben haben, in ihrer Kirchengemeinde keine Möglichkeit der Publikation erhalten. [...] Des weiteren sprachen sich beide Kirchenvorstandsmitglieder gegen die Sonn-

³⁹⁷ Privatarhiv Käbisch, OV „Kammer“, S. 72f.

³⁹⁸ Vgl. ebd.

³⁹⁹ Niederschrift Gespräch 1. Dompfarrer und Referent für Kirchenfragen vom 25.7.1989, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102., ohne Paginiernummer.

⁴⁰⁰ Schreiben vom Referent für Kirchenfragen vom 31.1.1989, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102, ohne Paginiernummer.

⁴⁰¹ Vgl. Privatarhiv Käbisch, OV „Kammer“, S. 98.

tagabendgottesdienste im Zwickauer Dom aus, da in der überwiegenden Mehrzahl nicht der Kirchgemeinde angehörende Besucher teilnehmen.⁴⁰²

Die beiden Mitarbeiter der IHS, die gleichzeitig Mitglieder des Kirchenvorstandes im Dom waren, setzten sich gegen die oppositionelle und sozialkritische Arbeit der Basisgruppen ein. Insbesondere sprachen sie sich gegen die Sonntagabendgottesdienste aus, an denen überwiegend Personen von außerhalb anwesend waren. Hier wird der innergemeindliche Konflikt, der in vielen Kirchen der DDR aufkam, auch im Dom sichtbar. Die Ausreisewilligen, die die Mehrzahl der Besucher dieser Gottesdienste stellten, waren nicht erwünscht, da sie die „Traditionelle“ Gemeindefarbeit störten und Aufsehen bei den Staatsorganen erregten. Den Vertretern des Staates und dem MfS kam die Einstellung der beiden Kirchenvorsteher gelegen. Hier konnten sie die innere Zersetzung ansetzen.

Auch IME „Winkler“ bearbeitete die beiden Kirchenvorsteher. Ein IME hatte schließlich einen größeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum als ein gewöhnlicher IM. Hatte „Winkler“ für diese beiden ohne ihr Wissen die Rolle eines Führungsoffiziers? Ohne Zweifel traf auf diese Kirchenvorsteher und den Vorsitzenden des Kirchenvorstandes die Personenkategorie GM zu. Das MfS schien sie als vertrauenswürdig eingestuft zu haben, so dass sie für die Differenzierungsarbeit ohne ihr Wissen und ohne Verpflichtung wie IM eingesetzt wurden. Diese Gespräche finden sich schließlich in den Akten des MfS wieder. Ein Gespräch des IHS-Rektors mit Kirchenvorstandsmitgliedern wurde auf den 30.5.1988 datiert.⁴⁰³ „Der Kirchenvorstand habe sich mit dieser Problematik bereits beschäftigt und sich mit Pfarrer Dr. KÄBISCH diesbezüglich auseinandergesetzt.“⁴⁰⁴ Der Kirchenvorstandsvorsitzende und Pfarrer habe sich bereits gegen die Abendgottesdienste ausgesprochen, an denen „Übersiedlungsersuchend“⁴⁰⁵ teilnehmen. Insbesondere die „Nachgespräche“⁴⁰⁶ sollten nicht durch die Arbeit der unbeabsichtigten Helfer unterbunden werden. Die Kirchenleitung und auch der Kirchenvorstand würden sich durch diese Arbeit unter Druck gesetzt fühlen. Hier wird deutlich, dass ein Vertrauensverhältnis zu dem IME bestand. Er fungierte zwar nicht unbedingt als Seelsorger, doch er wurde aufgesucht, um ein Gespräch mit einem weiteren Kirchenvorstandsmitglied zu führen und Einfluss zu nehmen. So wiederum konnte IME „Winkler“ Einfluss auf seine Angestellten nehmen, sie vertrauten ihm und

⁴⁰² Vgl. Privatarhiv Käbisch BStU, ASt Chemnitz XX-13, S. 306.

⁴⁰³ Vgl. BStU, ASt Chemnitz XX-186, S. 94.

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Ebd

waren seine Informanten. Er bestärkte sie im Gegenzug in ihrer Haltung gegen die sozial-ethisch und gesellschaftskritisch ausgerichtete Arbeit am Dom.

Der OV „Kammer“ enthält einen Eröffnungsbericht und eine Zielstellung, doch der Operativplan und der genaue Straftatbestand nach StGB fehlen. Ein Grund des Anlegens wurde zwar genannt, die Zurückdrängung der Antragsteller⁴⁰⁷, doch nicht fundiert anhand der Angabe eines genauen Verstoßes in Paragraphen belegt.

In Zwickau wurde im Januar 1989 ein weiterer OV nach dieser Art und Weise angelegt, der OV „Kammer II“. Er betraf diesmal den Kirchenvorstand der Versöhnungskirchgemeinde in Zwickau-Planitz. In ihren Räumen befand sich die Friedensbibliothek. Der Eröffnungsbericht unterscheidet sich von dem des OV „Kammer“ durch die Nennung der Friedensbibliothek und nicht der Ausreisewilligen:

„Aufgrund der Bedeutung des Kirchenvorstands seiner Rechtsposition in der Gemeinde und damit auch der Möglichkeit des Kirchenvorstandes, die oppositionellen Aktivitäten der Betreiber der sogenannten „Friedensbibliothek“ durch Mehrheitsbeschlüsse zu unterbinden, gewinnt die vorgangsmäßige Bearbeitung der Kirchenvorstandsmitglieder Schwerpunktcharakter innerhalb des Zurückdrängungsprozesses dieser Erscheinungen.“⁴⁰⁸

Ziel war es auch hier, durch die Durchdringung und „vorgangsmäßige Bearbeitung“ des Kirchenvorstandes der Versöhnungskirchgemeinde, die Friedensbibliothek zu schließen. Dies war notwendig geworden, da sich der Schwerpunkt der Arbeit mit den Ausreisewilligen vom Dom in die Friedensbibliothek verlagert hatte.⁴⁰⁹ Dieser OV wurde

„im Ergebnis der bisherigen operativen Aufklärung und unter Bezugnahme erzielter guter operativer Wirkungen im Rahmen der Durchführung offensiver Maßnahmen durch den Rektor der Ingenieurhochschule Zwickau.[Name unkenntlich] mit Vorstandsmitgliedern am Dom „St. Marien“ Zwickau (OV „Kammer“ I)“⁴¹⁰

eröffnet. Die Bearbeitung im Dom scheint für das MfS ein Erfolg gewesen zu sein. Deshalb hieß der OV „Kammer“ von da an OV „Kammer I“. Auch im OV „Kammer II“ gab es weder einen Straftatbestand in Paragraphen noch einen Operativplan.

Bei diesen beiden OV ist eindeutig die Richtlinie 1/76 verletzt worden. Das MfS hat hier seine eigene Regelung verletzt. Wie bereits erwähnt, teilen die BStU und der Arbeitskreis Vergangenheitsaufarbeitung diese Auffassung ebenfalls.⁴¹¹

⁴⁰⁷ Vgl. Privatarhiv Käbisch, OV „Kammer“, S. 3.

⁴⁰⁸ Privatarhiv Käbisch, OV „Kammer II“

⁴⁰⁹ Vgl. Niederschrift über ein Gespräch des Referenten für Kirchenfragen mit dem 1. Dompfarrer am 25.1.1989, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 12102, ohne Paginiernummer.

⁴¹⁰ Privatarhiv Käbisch, OV „Kammer II“, S. 11.

⁴¹¹ Vgl. Käbisch, Vortrag, Folie 12.

Auch in Bezug auf den Kirchenvorstand der Versöhnungskirchgemeinde wurden Gespräche mit Pfarrern aus dem Kirchenbezirk geführt, um Einfluss auf einzelne Mitglieder des Vorstands zu nehmen: „Pfarrer [Name unkenntlich] sagte zu, daß er im Rahmen seiner Möglichkeiten versuchen wird, auf ihn bekannte Kirchenvorsteher und Gemeindeglieder Einfluß zu nehmen und sie über den negativen Inhalt der Friedensbibliothek zu informieren.“⁴¹² Wie auch im Dom vorgegangen wurde, suchte man auch hier loyale und progressive Amtsträger, die Einfluss nehmen konnten und als Informanten dienten. Sicher trifft auch auf diesen Pfarrer die Kategorie GM zu.

Anhand dieser OV ist zu erkennen, wie der Differenzierungsprozess in Zwickau durchgeführt werden sollte. Inwiefern diese beiden OV mit dem Einsatzstab verbunden waren, der das „Zwickauer Modell“ betrifft, wird im Folgenden zu klären sein.

4.4.2 EINSATZ „GESELLSCHAFTLICHER KRÄFTE“

Im Protokoll der Dienstbesprechung des Ministers Mielke mit den Leitern der Bezirksverwaltungen wird nochmals deutlich, dass „gesellschaftliche Kräfte“ kein spezifisches Element des „Zwickauer Modells“ waren, sondern DDR-weit angewandt wurden. Hier wurde das Beispiel Prenzlauer Berg gegeben.⁴¹³

Durch den Einsatz gesellschaftlicher Kräfte konnten in Zwickau bereits Erfolge erzielt werden, hiervon berichtete Gehlert dem Minister für Staatssicherheit. Durch „Trampeln und Pfeiffen“⁴¹⁴ der eingeschleusten gesellschaftlichen Kräfte wurde ein Auftritt des Liedermachers Krawczyk im Lutherkeller der Lutherkirche Zwickau unterbrochen. Auch in Bezug auf die Antragsteller, die den Sonntagabendgottesdienst im Dom besuchten, hatte Gehlert zu berichten:

„Ich wollte nochmal betonen, mit Hilfe der gesellschaftlichen Kräfte ist es gelungen, dass von den 400 jetzt 350 nicht mehr hingehen. Wir haben die identifiziert, haben die Namen in die Betriebe gegeben, die Kumpels haben mit den Leuten geredet und sie gehen nicht mehr dort hin.“⁴¹⁵

⁴¹² Niederschrift über ein Gespräch eines Pfarrers mit dem Referenten für Kirchenfragen, StAC, Bestand 30413/ 7.3 RdB, Nr. 012102.

⁴¹³ Vgl. Ich liebe euch, S. 114.

⁴¹⁴ Ebd., S. 131.

⁴¹⁵ Ebd., S. 135.

Doch der Erfolg erschöpfte sich schon nach diesen Maßnahmen, denn anschließend erläuterte Gehlert, dass die Antragsteller die Veranstaltungen im Dom nicht mehr besuchten, doch trotzdem ihre Anträge nicht zurückgenommen haben.⁴¹⁶

„[Die] Information über die Bildung eines Einsatzstabes unter Leitung des 1. Sekretärs der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED und Vorschläge für Handlungsvarianten zur vorbeugenden Verhinderung und Unterbindung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten oppositioneller Kräfte“⁴¹⁷

wurde am 24.1.1989 über den Verteiler an die verschiedenen teilhabenden Stellen verschickt. Eine erweiterte, weiterentwickelte Ausgabe der Information wurde nochmals am 30.1.1989 versendet. Dieser Information über die Bildung eines Einsatzstabes wurde verteilt an⁴¹⁸:

- dem 1. Sekretär der SED Bezirksleitung KMSt.
- dem Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen der SED-BL KMSt.
- dem Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen der SED-BL KMSt.
- dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes KMSt.
- Chef der BDVP KMSt.
- dem 1. Sekretär der KL Zwickau-Stadt der SED
- dem 1. Sekretär der KL Zwickau-Land der SED
- dem Leiter der KD Zwickau des MfS.

Dem Einsatzstab gehörten außerdem folgende Personen an⁴¹⁹:

- Leiter der KD Zwickau des MfS
- Oberbürgermeister der Stadt Zwickau
- Stellvertreter für Inneres des Rates der Stadt Zwickau
- Mitarbeiter für Kirchenfragen beim Rat der Stadt Zwickau
- Abteilungsleiter Parteiorgane der KL Zwickau-Stadt der SED
- Mitarbeiter Staats- und Rechtsfragen der KL- Zwickau Stadt der SED (bzw. der Mitarbeiter für Sicherheitsfragen)
- Kommandeur des Kampfgruppenbataillons „Martin Hoop“ Zwickau

Direkt gehörten dem Einsatzstab Personen an, die in Zwickau beschäftigt waren. An seiner Entwicklung waren auch Personen aus der Bezirksleitung in Karl-Marx-Stadt beteiligt. Der Einsatzstab wurde „resultierend aus Erfahrungen, die der vorbeugenden Verhinderung und Unterbindung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Handlungen in Zwickau, Leipzig und Berlin“⁴²⁰, gegründet. Deutlich wird hier zum wiederholten Mal, wie bedeutsam es für das MfS und die staatlichen Vertreter war, in Zwickau einen solchen Ein-

⁴¹⁶ Vgl. ebd.

⁴¹⁷ BStU, ASt Chemnitz L-33, Bd. 2, pag 11-16 und 49-54.

⁴¹⁸ Ebd., S. 49.

⁴¹⁹ Ebd. S. 50.

⁴²⁰ Ebd. S. 12.

satzstab zu entwickeln. In dieser Stadt wirkten starke oppositionelle Kräfte, die in Verbindung mit denen in Leipzig und Berlin standen und sich auf andere Kirchenbezirke ausweiteten. Dies wird auch in der Information nochmals deutlich: "Insgesamt muß eingeschätzt werden, daß sich der Kirchenbezirk Zwickau mit Superintendent [Name unkenntlich] an der Spitze immer mehr zu einem Oppositionellen Zentrum nicht nur des Bezirkes, sondern auch über dessen Grenzen hinaus, entwickelt."⁴²¹

Zwickau war in den Augen der Staatsvertreter ein „Oppositionelles Zentrum“, das, wenn es nicht eingedämmt werden konnte, weitere Kreise zog und die Opposition innerhalb der DDR vergrößerte. Außerdem wurde dieser Einsatzstab gebildet, da bereits zuvor erfolgreiche Versuche der Zurückdrängung durchgeführt wurden. Dieser Einsatzstab mit seinen Aufgaben wurde somit „Zwickauer Modell“ genannt.

"Das Zwickauer Modell sollte nach Bestätigung durch das Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, Genossen [Name unkenntlich], allen 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED und Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen übergeben werden. Es soll dazu dienen, um für den Fall analoger Entscheidungen, bereit zu sein, entsprechend zu handeln."⁴²²

Hier wird nochmals eindeutig auf die Einheitlichkeit im Vorgehen gegen die Opposition hingewiesen. Das Modell wurde somit tatsächlich aus den bereits genannten Gründen entwickelt. In der Information über die Bildung des Einsatzstabes sind verschiedene Punkte aufgeführt, wie im Fall „provokatorisch-demonstrativer Handlungen“⁴²³ vorbeugend vorgegangen werden sollte.

Es sollten Gespräche geführt werden, die den kirchlichen Vertretern die Erwartungen von staatlicher Seite verdeutlichen sollten.⁴²⁴ Es wurde bereits veranschaulicht, wie auf Mitarbeiter der Kirche und auch Mitglieder derselben Einfluss genommen wurde, um weiterhin im Sinne des MfS und der Staatsführung Einfluss auf „feindlich-reaktionäre“ Kräfte zu nehmen. Außerdem wurde weiterhin das direkte Gespräch von der Staatsführung gesucht. Gezielt vor allem durch den Oberbürgermeister, seinen Stellvertreter für Inneres und dem Mitarbeiter für Kirchenfragen. Dies wurde bereits ausführlich im vorigen Kapitel dargelegt.

Eine bedeutsame Rolle hatten die sogenannten „gesellschaftliche Kräfte“ im Zwickauer Modell inne.

⁴²¹ Ebd., S. 16 und 54.

⁴²² Ebd., S. 54.

⁴²³ Ebd., S. 13 und 51.

⁴²⁴ Ebd., S. 12 und 50.

"[Es sollten] wie es sich in Zwickau bereits bewährt hat, [...] politisch und fachlich profilierte gesellschaftliche Kräfte an kirchlichen Veranstaltungen nichtreligiösen Charakters, insbesondere, wenn sie außerhalb des kirchlichen Raumes stattfinden, teilnehmen, um dort offensiv die Politik unseres Staates zu vertreten und damit die oppositionellen Kräfte, deren Ziele und Machenschaften zu entlarven."⁴²⁵

Dies steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der vorigen Aufgabenstellung. Allerdings hatten „gesellschaftliche Kräfte“ weitaus mehr Aufgaben, als Gespräche zu führen, sei es mit Arbeitskollegen oder anderen oppositionellen Kräften in ihrer Umgebung. „Gesellschaftliche Kräfte“ waren „politisch und fachlich profilierte Genossen, die bei Notwendigkeit in Abstimmung mit dem ersten Sekretär der Kreisleitung an kirchlichen Veranstaltungen nicht religiösen Charakters teilnehmen und darauf vorbereitet“⁴²⁶ waren. Außer Gespräche führen, sollten sie kirchliche Veranstaltungen besuchen, die aus staatlicher Sicht keinen kirchlich-religiösen Charakter besaßen, beispielsweise die Sonntagabendgottesdienste, da diese sich zu Gottesdiensten für Ausreisewillige entwickelt hatten. Auch dort sollten zum Einen Gespräche geführt werden, zum Anderen aber auch eingeschritten werden, wenn die Situation es erforderte und zu eskalieren begann. So kann also gesagt werden, dass durch die „gesellschaftlichen Kräfte“ eine Art „Bürgerwehr“ aufgestellt werden sollte. Auch auf Mitglieder von Basisgruppen sollte durch diese Kräfte Einfluss genommen werden. „Obwohl es sich bei den Angehörigen kirchlicher Basisgruppen im wesentlichen nicht um Antragsteller auf ständige Ausreise handelt, ist ihr ermutigender Einfluß auf Antragsteller unter den Deckmantel der Seelsorge vorhanden.“⁴²⁷ Basisgruppen waren also nicht das Ziel der Bemühungen, sondern die Antragsteller. Da das MfS in den Mitgliedern der Basisgruppen jedoch erheblich Einfluss auf die Ausreisewilligen ausübte, wurden auch sie zur Zielscheibe des Modells. Deutlich wird an dieser Stelle, dass das „Zwickauer Modell“ aufgrund des erhöhten Ausreisedrangs der Bevölkerung ins Leben gerufen wurde und nicht der Opposition wegen. Der Einfluss der einzelnen Mitglieder der Basisgruppen und des Konziliaren Prozesses schien die Antragsteller zu ermutigen. Dies war nicht im Sinne des MfS.

Die Bearbeitung der Basisgruppen sollte „sehr einfühlsam“⁴²⁸ vonstattengehen. Darauf wurde besonders Wert gelegt, da es in diesem Dokument durch Unterstreichung hervorge-

⁴²⁵ Ebd., S. 13 und 51.

⁴²⁶ Ebd., S. 88.

⁴²⁷ Ebd. S. 91; BStU, Ast. Chemnitz XX-3597, S. 3.

⁴²⁸ BStU, ASt Chemnitz L-33, Bd. 2, S. 13 und 51,

hoben wurde. Es wurden außerdem sämtliche „gesellschaftlichen Kräfte“ namentlich genannt und nach Institution aufgeführt, wie die folgende Tabelle zeigt.

GESELLSCHAFTLICHE KRÄFTE⁴²⁹	ANZAHL
Pädagogische Hochschule „Ernst Schneller“ Zwickau	6
IHS Zwickau	12
„sachlich und loyal eingestellte kirchliche Amtsträger“	9
VEB Steinkohlekokereien „August Bebel“	10
RAW „7. Oktober“	12
VEB Kraftverkehr Zwickau	10 + 1

Die einzelnen Institutionen sollten „gesellschaftliche Kräfte“ zur Verfügung stellen. Bezüglich der IHS Zwickau ist bekannt, dass der Rektor als IME eingesetzt war und Einfluss auf bestimmte Mitarbeiter nahm, die gleichzeitig Mitglieder des Kirchenvorstandes im Dom waren. Dies wurde im vorigen Kapitel bereits erläutert.

Außerdem waren in der Liste sechs kirchliche Amtsträger aufgeführt, mit denen Gespräche geführt werden sollten, „die in der Stadt Zwickau an der Spitze oppositioneller Maßnahmen“⁴³⁰ standen. In dem Zusammenhang des Einflusses des Rektors auf den Kirchenvorstand steht ein weiteres Aufgabenfeld des Einsatzstabes.

"Geeignete Mitglieder der Kirchenvorstände sollten sowohl durch Mitarbeiter der zuständigen staatlichen Organe, Vertreter ihrer Beschäftigungsbetriebe als auch durch gesellschaftliche Kräfte über die Machenschaften der bekannten feindlich-negativen Personen [...] wirken."⁴³¹

So sollte auf Kirchenvorstände Einfluss ausgeübt werden. Es wird vor allem deutlich, dass gemäß der Richtlinie 1/76 gehandelt wurde und Vertreter von Beschäftigungsbetrieben eingesetzt wurden. Neben den „gesellschaftlichen Kräften“ sollten auch Vertreter der „zuständigen staatlichen Organe“ auf die Kirchenvorstände einwirken. Die Rede ist hier nicht mehr von „dem“ Kirchenvorstand, sondern es heißt „Mitglieder der Kirchenvorstände“. In den Akten wurde zumeist Bezug auf den Kirchenvorstand im Dom genommen. Seit der „Information über die Bildung eines Einsatzstabes“ wird von Kirchenvorständen gesprochen. Sicher wurden hier die Kirchenvorstände des Doms und der Versöhnungskirchgemeinde gemeint. Herr Käbisch hat bei seinen Nachforschungen in Reichenbach/Vogtland

⁴²⁹ Zahlen entnommen aus ebd., S. 88-96.

⁴³⁰ Ebd., S. 91; BStU, Ast. Chemnitz XX-3597, S. 3.

⁴³¹ BStU, ASt Chemnitz L-33, Bd. 2, S. 13 und 51.

Hinweise auf eine weitere Anwendung des Modells gefunden⁴³², so dass damit sicherlich auch der dortige Kirchenvorstand für diese Aussage in Frage kommt. Staatliche Vertreter und Leiter einzelner Betriebe und Forschungseinrichtungen wirkten auf einzelne Kirchenvorstandsmitglieder ein und stellten Mitarbeiter für die Arbeit der „gesellschaftlichen Kräfte“ zur Verfügung, um oppositionelle Kräfte bearbeiten und zurückdrängen zu können. Dass der Einsatz dieser Kräfte erfolgreich war, belegt schließlich die Aussage Gehlerts in besagter Dienstkonferenz vom August 1989.

An dieser Stelle soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass dieser Plan im Januar des Jahres 1989 zum Einsatz kam und im Juli des vorhergehenden Jahres ein Operativer Vorgang auf den Kirchenvorstand des Doms angelegt wurde, um die innere Zersetzung voranzutreiben. Außerdem wurde im Januar 1989 quasi parallel zur Entwicklung eines Einsatzstabes ein weiterer OV auf den Kirchenvorstand der Versöhnungskirchgemeinde in Zwickau angelegt. So stehen diese beiden OV im unmittelbaren Zusammenhang mit dem „Zwickauer Modell“. Durch die Operativen Vorgänge „Kammer I und II“ konnte der Kirchenvorstand kontrolliert und überwacht werden. Weiterhin wurde die politische Gesinnung jedes einzelnen Mitgliedes dokumentiert. Die beiden OV sind womöglich die Vorläufer dieser hier ausgewerteten „Information“. Hier wurde ausgetestet, wie effektiv diese Methode war, um ein „beispielgebendes Modell“⁴³³ zu entwickeln.

⁴³² Vgl. Vortrag, Folie 48.

⁴³³ Vortrag, Folie 48.

5. SCHLUSSBETRACHTUNG

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR auf einer Ebene von Vereinbarungen gründete. Verfassungsgemäß hatte die Kirche den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Außerdem wurde die Verfassung in Bezug auf die Kirche so verfasst und im Laufe der Jahre so verändert, dass sie der Zweckmäßigkeit des Staates diene. Der Staat hatte zum Ziel, die Kirche in die reine Religions- und Kulturausübung zu drängen, wohingegen die Kirche Neutralität und Religionsfreiheit forderte. Notwendig für den Staat war jedoch, sie weiterhin als Körperschaft öffentlichen Rechts bestehen zu lassen, um zu verhindern, dass sie im Untergrund unkontrolliert agierte.

In der Kirchenpolitik der DDR waren auch Erfolge zu verzeichnen, beispielsweise das Spitzengespräch vom 6. März 1978. Es bildete DDR-weit eine bedeutende Grundlage für die Beziehung von Kirche und Staat. Auch wenn kein Vertrag zustande kam, berief sich der Staat in Bezug auf das Fehlverhalten von Geistlichen oftmals auf diese Vereinbarung. In Zwickau wurde, wie in den Akten deutlich, häufig vom Referenten für Kirchenfragen auf die Linie des 6. März hingewiesen. Doch auch innerhalb der Staatsführung gab es Machtkämpfe. Das MfS unterwanderte schließlich nicht nur die Kirchen, sondern auch Organe der Staatsführung, insbesondere auch in Bezug auf die Kirchenpolitik. Besonders deutlich wurde, wie sich das MfS über die Befehle der SED hinwegsetzte, indem die eigenen Leute eingeschleust wurden und somit die Befehle des MfS ausgeführt wurden. Sicher kann an dieser Stelle auch gesagt werden, dass das MfS direkte Befehle von der SED erhielt, sie allerdings nicht ausführte. Hingewiesen sei hier auf die Position des Referenten für Kirchenfragen, der als Offizier im Besonderen Einsatz OibE für das MfS tätig war und so als einer von vielen die Befehle des MfS in anderen Instanzen durchsetzte. Beide Instanzen kämpften stets um ihren eigenen Herrschaftsanspruch und Machterhalt.

Dass Christsein eine Gratwanderung zwischen Ausgrenzung und Anpassung darstellte, ist am Beispiel Zwickaus deutlich geworden. Auch dort wurde die Opposition zunächst im Raum der Kirche laut, passte man sich nicht den staatlichen Gegebenheiten an, wurde man auch von anderen Gläubigen und Kollegen ausgegrenzt.

Durch Ausreisewillige, die sich auch in Zwickau in die Kirchen „flüchteten“, eskalierte die Situation, die ohnehin schon durch die Basisgruppen angespannt war, und die Staatsvertreter entwickelten mit dem MfS eine neue Form der Bearbeitung. Die Kirche hatte sich

selbst zum Auftrag gesetzt, die Antragsteller zum Bleiben zu bewegen, doch oftmals hatten diese sich bereits für die Ausreise entschieden. So war die Kirche in ihrer Aufgabe als Seelsorgerin gefragt. Dies führte auch zu einem innerkirchlichen Konflikt, da diese unterschiedlich interpretiert wurde. Auch wenn die allgemeine Antwort auf die Arbeit der Kirche mit Ausreisewilligen Einzelseelsorge heißen sollte, fanden trotzdem Veranstaltungen statt, die diesen Auftrag mehr als erfüllten.

Ziel der Arbeit war es, herauszuarbeiten, was das „Zwickauer Modell“ außergewöhnlich und ungewöhnlich machte und gegen welche Konventionen der DDR-Richtlinien es verstieß. Letztendlich wurde durch diese Arbeit offensichtlich, wie inkonsequent die SED ihre Politik betrieb. Deutlich war dies auch durch die Verstöße gegen das Strafgesetzbuch, die das MfS zu verzeichnen hatte. Durch das Anlegen von operativen Vorgängen, die den Richtlinien des MfS widersprachen, wird das absurde Verhalten des MfS unterstrichen. Durch diese OV wurden Grundlagen geschaffen, die der Durchführung eines neuen Modells dienten.

Zwickau war das Zentrum der Opposition im bevölkerungsreichsten Bezirk der DDR, Karl-Marx-Stadt. Außerdem waren in diesem Bezirk die meisten Antragsteller zu verzeichnen, sodass es in einer Stadt wie Zwickau notwendig wurde, dieses Modell auszutesten. Das „Zwickauer Modell“ bestand aus der Entwicklung eines Einsatzstabes, der aus Teilen der städtischen Regierung und des MfS zusammengesetzt war. Hinzugezogen wurden „geeignete gesellschaftliche Kräfte“, die an der innerkirchlichen Zersetzung mitwirken sollten. Hieran wurde aber auch die schwierige Zusammenarbeit zwischen dem MfS und den staatlichen Instanzen deutlich. Im „Zwickauer Modell“ hat die Zusammenarbeit und Verwobenheit ihren Höhepunkt gefunden. Zumindest wurde ein funktionierendes ausgeklügeltes einheitliches System erarbeitet. Als stereotypisch kann es allerdings nicht angesehen werden, das sich um ein Modell handelte und keine DDR-weite Anwendung mehr finden konnte, da sich im Oktober 1989 die Revolution ereignete.

Eindeutig wurde die innere Differenzierung der Kirche vorangetrieben. Die Basis und die Kirchenleitung brachen auseinander und die Ziele der Kirchenpolitik der SED wurde im Fall Zwickau erreicht. Kann so gesagt werden, dass das „Zwickauer Modell“ erfolgreich war?

Schlussendlich findet sich in dieser Arbeit die Erkenntnis eines distanzierten Verhältnisses und Bildes zu den Ereignissen in Zwickau. Betreffende Personen mögen der Autorin zwar

persönlich bekannt sein, doch ist die Wahrnehmung von Beziehungen, die einmal zwischen Menschen bestanden und durch Ereignisse der damaligen Zeit zerbrochen sind, durch fehlende Involvierung weniger emotional. Für Herrn Edmund Käbisch gilt das Ziel des Modells als erreicht. Im alleinigen Bezug auf seine Person kann dies bestätigt werden. In Bezug auf seine Aktivitäten ist dies auch nachvollziehbar. So wurde das Modell an ihm getestet. Für das MfS war er allerdings einer von vielen Drahtziehern der Opposition und wurde so zum Opfer. Allgemein auf die DDR und den Kreis der Zwickauer Oppositionsgruppen ist dies jedoch nicht zu bestätigen, da diese die Gewinner der Revolution von 1989 waren. Auch die Verschiebung des Zentrums der Zwickauer Basisgruppen in die Räume der Friedensbibliothek konnte durch das Modell nicht aufgehalten werden. Die Basisgruppen hatten durch die Kirche als „Träger der Revolution“ und ihre Vernetzung mit Gruppen anderer Städte, einen Umbruch hervorgerufen.

Interessant ist die Frage, was geschehen wäre, wenn das Modell schon eher DDR-weit Anwendung gefunden hätte. Wäre es der Regierung und dem MfS dann gelungen, die Opposition derartig zu unterwandern und zu zerschlagen? Was wäre außerdem mit dem Teil der Opposition geschehen, der sich längst von der Kirche abgespalten hatte bzw. dem Teil, der sich nie in diesem Kreis bewegte? Wie wäre die Staatsführung dann vorgegangen? Das „Zwickauer Modell“ hätte hier nicht greifen können, es war schließlich für die innerkirchliche Differenzierung entwickelt worden.

6. QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

6.1 QUELLEN

- Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit. Berlin ⁹2009.
- Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (Hg.): Texte und Dokumente. Auf dem Weg zu einem Konzil des Friedens. Berlin 1986.
- Falcke, Heino: Mit Gott Schritt halten. Reden und Aufsätze eines Theologen in der DDR aus zwanzig Jahren. Berlin 1986.
- Grundsatzdokumente des MfS (= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden, Teil V/5). Berlin 2004.
- Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin 1990.
- VO zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der DDR und Ausländern vom 15.9.1983; GBl, Nr. 26 vom 27.9.1983.
- <http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafgesetzbuch68.htm>, letzter Zugriff am 24.März 2010

STAATSARCHIV CHEMNITZ

- 012008 Analysen und Informationsberichte der Kreise an den Bezirk und des Bezirks an das Staatssekretariat für Kirchenfragen zur kirchenpolitischen Situation (1980-1987)
- 012009 Analysen und Informationsberichte der Kreise an den Bezirk und des Bezirks an das Staatssekretariat für Kirchenfragen zur kirchenpolitischen Situation (1988-Dez. 1989).
- 012051 Personalangelegenheiten Kreis Zwickau/St. (Jan.Dez 1986).
- 012052 Personalangelegenheiten Kreis Zwickau/St. (1987-1989).
- 012064 Niederschriften über Gespräche (1981-88).
- 012102 Personalangelegenheiten Kreis Zwickau/ St. und Land (1986-1990).
- 012280 Berichte über Dienstberatungen der Sektorenleiter für Kirchenfragen beim Staatssekretär für Kirchenfragen und dem RdB.

STADTARCHIV ZWICKAU

- 3016 Schriftverkehr mit der Abteilung Innere Angelegenheiten (1979-1988).
- 3017 Staatspolitik in Kirchenfragen/ u.a. Gespräche mit den Superintendenten und Pfarrern der ev. Luth Landeskirche (1981-1988).
- 3018 Staatspolitik in Kirchenfragen/ Berichte und Gespräche mit Pfarrern und Pfarrersfrauen (1982-1988).
- 3053 Staatspolitik in Kirchenfragen/ Berichte und Gespräche mit Pfarrern und Pfarrersfrauen, Baumaßnahmen (1982-1988).
- 3054 Staatspolitik in Kirchenfragen/ Berichte und Gespräche mit Pfarrern, Baumaßnahmen (1982-1989).

BStU

- BStU, Ast. Chemnitz AKG/K-1, Bd. 3, S. 1, 44.
- BStU, Ast. Chemnitz AKG-/K1, Bd. 4, S. 47, 61.
- BStU, Ast. Chemnitz AKG/K-1, Bd.5, S. 29, 31, 181.
- BStU, Ast. Chemnitz AKG-294, S. 134-150.
- BStU, Ast. Chemnitz AKG-302, Bd. 1, S. 169-175.
- BStU, Ast. Chemnitz AKG-306, Bd. 1, S. 108.
- BStU, Ast. Chemnitz AKG-309, Bd. 1, S. 279-281.
- BStU, Ast. Chemnitz L-30, S. 18.
- BStU, Ast. Chemnitz L-33, Bd. 1, S. 19.
- BStU, Ast. Chemnitz L-33, Bd. 2, S. 11-16, 49-54, 88-96.
- BStU, Ast. Chemnitz L-65, S. 233.
- BStU, Ast. Chemnitz XX-186, S. 66-72, 101-121.
- BStU, Ast. Chemnitz XX-3597, S. 3.
- BStU, MfS JHS-Nr. 366/88, S. 1-44.

PRIVATARCHIV KÄBISCH

- Brief RdB an RdK Zwickau-St.
- C-XX-13, S. 306.
- Mitteldeutscher Rundfunk: „Zwickauer Modell“, gesendet im August 2009.
- OV “Kammer I” und OV “Kammer II”
- StAC IV F – 2/3/85, ohne Paginiernummer.

6.2 LITERATUR

- ARNOLD, KARL-HEINZ: Schild und Schwert. Das Ende von Stasi und Nazi. Berlin 1995.
- Ausreisen oder Dableiben? Vorbemerkungen, in: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (= Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997, S. 3f.
- BEINTKER, NIELS: Die friedliche Revolution als ein Zeichen Gottes, in: Vom Gebet zur Demo. 1989 – Die friedliche Revolution begann in den Kirchen, hg. v. A. Brummer, München 2009, S. 46-57.
- BESIEN, GERHARD: Der SED-Staat und die Kirche 1945-1969. Der Weg in die Anpassung. München 1993.
- BESIEN, GERHARD: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „dritten Weg“. Berlin 1995.
- BESIEN, GERHARD; WOLF, STEPHAN (HG.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen (= Historisch-Theologische Studien zum 19. Und 20. Jahrhundert, Bd. 1). Neukirchen-Vluyn²1991.
- BOYENS, ARMIN: Das Staatssekretariat für Kirchenfragen, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 120-138.
- BRAUN, MATTHIAS: Die Hauptabteilung XX im Überblick, in: Hauptabteilung XX, hg. v. T. Auerbach, M. Braun, B. Eisenfeld u.a.(= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden). Berlin 2008. S. 3-40.
- BRUMMER, ARND (HG): Vom Gebet zur Demo. 1989 – Die friedliche Revolution begann in den Kirchen. München 2009.
- Das kleine politische Wörterbuch. Berlin 1986.
- DIE BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (HG.): Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, hg. v. o. Ort. 2005.
- DOHLE, HORST: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Berlin 1988

- EISENFELD, BERND: Flucht und Ausreise - Erkenntnisse und Erfahrungen, in: Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, hg. v. C. Vollnhals. München 2002, S. 341-372.
- EISENFELD, BERND: Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit zur Steuerung der Ausreisebewegung, in: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (= Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997, S. 6-18.
- EISENFELD, BERND: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, hg. v. R. Eckert, U. Poppe, I. Kowalczyk. Berlin 1995, S. 192-223.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (HG.): Die Verfassung der DDR. Ein Machtinstrument der SED? Bonn 1987.
- GAUCK, JOACHIM: Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR. Hamburg 1991.
- GIESEKE, JENS: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001.
- GOECKEL, ROBERT F.: Thesen zu Kontinuität und Wandel in der Kirchenpolitik der SED, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 29-58.
- GOERNER, MARTIN GEORG: Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK-Apparat der SED, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 59-78.
- GOERNER, MARTIN GEORG: Die Behandlung der Kirchenpolitik im Staatsapparat und in den Massenorganisationen, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 139-158.
- HECHT, JOCHEN: Die Stasi-Unterlagen als Quelle zur DDR-Geschichte, in: Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, hg. v. S. Suckut, J. Weber. München 2003, S. 198-217.
- HENKYS, REINHARD: Die evangelischen Kirchen in der DDR. 1982. Beiträge zu e. Bestandsaufnahme. München 1982.

- HILSE, WERNER: Die Betreuung von Antragstellern war eine Gratwanderung, in: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (= Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997, S. 32-37.
- KÄBISCH, EDMUND: Das "Zwickauer Modell". Eine neue Form der Bekämpfung kirchlicher Basisgruppen durch SED und MfS 1988/1989, Vortrag in der BStU Dresden am 25. Juni 2009.
- KÄBISCH, EDMUND: Das Fanal von Falkenstein. Eine Studie über die Zersetzung der Kirche durch die Stasi nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Rolf Günther. Bergisch Gladbach ²2008.
- KÄBISCH, EDMUND: Die letzten Jahre der DDR. Mein Alltag als evangelischer Pfarrer in Zwickau, in: Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, hg. v. C. Vollnhals. München 2002, S. 373-415.
- KÄBISCH, EDMUND: Erinnerungen an meine Arbeit am Dom, in: Zur Zukunft gehört die Erinnerung. Materialsammlung mit Forschungsprojekten zur Aufarbeitung DDR-Geschichte, hg. v. Bildungswerk für Kommunalpolitik in Sachsen e. V. Hoyerswerda 2006, S. 88-105.
- KÄBISCH, EDMUND: Langzeitwirkung der Stasibearbeitung, in: Zur Zukunft gehört die Erinnerung. Materialsammlung mit Forschungsprojekten zur Aufarbeitung DDR-Geschichte, hg. v. Bildungswerk für Kommunalpolitik in Sachsen e. V. Hoyerswerda 2006, S. 105-122.
- KOWALCZUK, ILKO-SASCHA; SELLO, TOM (HG.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos . Berlin 2006.
- KRÖTKE, WOLF: Das beschädigte Wahrheitszeugnis der Kirche. Zu den Folgen der Einflußnahme des MfS auf die Kirche, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 405-414.
- LOCHEN, HANS-HERMANN: Die geheimgehaltenen Bestimmungen über das Ausreiseverfahren als Ausdruck staatlicher Willkür, in: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit, hg. v. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (= Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/97). Berlin 1997, S. 19-28.

- MASER, PETER: Die Kirchen in der DDR. Bonn 2002.
- MÜLLER-ENBERGS, HELMUT: Die Inoffiziellen Mitarbeiter (= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden). Berlin 2008.
- NEUBERT, ERHART: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn 1997.
- NEUBERT, ERHART: Kirchenpolitik, in: DDR-Geschichte in Dokumenten, hg v. M. Judt. Bonn 1998, S. 365-430.
- NEUBERT, ERHART: Oppositionelle im Visier des MfS. Opposition und MfS im Phantasma Kommunismus, in: Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, hg. v. S. Suckut, J. Weber. München 2003, S. 167-197.
- NEUBERT, ERHART: Vergebung oder Weißwäscherei? Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen. Freiburg i. Br. 1993.
- NEUBERT, ERHART: Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 329-352.
- NOWAK, KURT: Zum historischen Ort der Kirchen in der DDR, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 16-28.
- RAABE, THOMAS: SED-Staat und katholische Kirche 1949-1989, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 353-370.
- ROGGMANN, HERWIG (HG.): DDR-Verfassungen (= Quellen zur Rechtsvergleichung aus dem Osteuropa-Institut der FU Berlin. Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten, Bd. 7) Berlin ³1980.
- SCHLICHTENBREDE, KATJA: Alternative Gruppen in Zwickau in den 80er Jahren im Spannungsfeld von Staat und Kirche. Magisterarbeit Universität Leipzig 1999.
- SCHLICHTENBREDE, KATJA: Alternative Gruppen in Zwickau in den achtziger Jahren im Spannungsfeld von Kirche und Staat, in: Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, hg. v. G. Heydemann; G. Mai; W. Müller (= Schriftenreihe der gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 73). Berlin 1999.
- SUCKUT, SIEGFRIED: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) im Parteiensystem der DDR (1945-1952), in: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente

und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, hg. v. H. Weber. Köln 1982, S. 170-173.

- VOLLNHALS, CLEMENS (HG.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. ders., Vorwort. Berlin 1996, S. 7f.
- VOLLNHALS, CLEMENS: Abteilung 4: Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Hauptabteilung XX, hg. v. T. Auerbach, M. Braun, B. Eisenfeld u.a.(= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden). Berlin 2008. S. 89-103.
- VOLLNHALS, CLEMENS: Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der "Partei". Das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR, in: Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, hg. v. ders. München 2002, S. 113-156.
- VOLLNHALS, CLEMENS: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 79-119.
- VOLLNHALS, CLEMENS: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter? Gegenwärtige und historische Sperren für die evangelische Kirche bei der Aufarbeitung ihrer DDR-Vergangenheit, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 434-446.
- WENTKER, HERRMANN: Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU: Organisation, Wirkungsweise und personale Besetzung, in: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, hg. v. C. Vollnhals. Berlin 1996, S. 159-189.
- WOLLE, STEFAN: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn 1999.

7. ANHANG

7.1 DOKUMENTE

7.1.1 „INFORMATION ÜBER DIE BILDUNG EINES EINSATZSTABES“⁴³⁴

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT	
Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt	BSTU 000049
Karl-Marx-Stadt	30. 1. 1989
Streng vertraulich! Um Rückgabe wird gebeten!	6 Blätt + Anlage 1 Exemplar
Nr. 70, 89	
Nur zur persönlichen Information!	
INFORMATION über	
die Bildung eines Einsatzstabes unter Leitung des 1. Sekretärs der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED und Vorschläge für Handlungsvarianten zur vorbeugenden Verhinderung und Unterbindung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten oppositioneller Kräfte	
Verteiler:	
1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt	
Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Gen. Bartl	
Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, Gen. Pohler	
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt	
Chef der BVF Karl-Marx-Stadt	
1. Sekretär der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED	
1. Sekretär der Kreisleitung Zwickau-Land der SED	
Leiter der Kreisdienststelle Zwickau des MfS	
<i>(Handwritten signature)</i>	
Kopie BSTU Außenstelle Chemnitz C-6-33, Bd. 2	

⁴³⁴ BSTU, ASt Chemnitz L-33, Bd. 2, S. 49-54.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000050

Dem unter Leitung des 1. Sekretärs der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED zu bildenden Einsatzstab sollten angehören:

- Leiter der Kreisdienststelle Zwickau des Ministeriums für Staatssicherheit,
- Leiter des VPKA Zwickau,
- Oberbürgermeister der Stadt Zwickau,
- Stellvertreter für Inneres des Rates der Stadt Zwickau,
- Mitarbeiter für Kirchenfragen beim Rat der Stadt Zwickau,
- Abteilungsleiter Parteiorgane der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED,
- Mitarbeiter für Staatssicherheits- und Rechtsfragen der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED (z.B. bzw. der Mitarbeiter für Sicherheitsfragen).

Der Kommandeur der Kampfgruppenbataillons (mot.) "Martin Hoop" Zwickau soll in die Aufgaben eingewiesen und bei Notwendigkeit in die Arbeit des Einsatzstabes einbezogen werden. Der Einsatz des Kampfgruppenbataillons bzw. von Teilen dieser Kampfgruppeneinheit bedarf der Bestätigung durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED und Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung.

Grundprinzip muß sein, daß die Organe des Zusammenwirkens, alle Parteiorganisationen und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen sämtliche im Zusammenhang mit feindlich-negativen Aktivitäten oppositioneller Kräfte bekannt werdenden Informationen unverzüglich an den 1. Sekretär der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED zur eventuellen Weiterleitung an die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit übermitteln und zugleich diszipliniert und zuverlässig alle ihnen vom Einsatzstab übertragenen Aufgaben erfüllen.

Für diesen Einsatzstab werden, basierend auf bisherigen Erfahrungen bei der vorbeugenden Verhinderung und Unterbindung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Handlungen in Zwickau, Leipzig und Berlin, folgende Handlungsvarianten vorgeschlagen:

1. Wenn es die Lage gestattet, ist es Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit und der Kräfte des Zusammenwirkens, öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktionen, die durch Vertreter des sogenannten Konziliaren Prozesses sowie andere mit ihnen zusammenarbeitende Gruppierungen nicht auszuschließen sind, mit geeigneten Mitteln vorbeugend zu verhindern. Dazu gehört auch, daß die entsprechenden staatlichen Organe mit Vertretern der Kirche Gespräche führen und dort die staatlichen Erwartungen prinzipiell sowie im gebotenen Maße differenziert zum Ausdruck bringen.

Kopie BStU
Außenstelle Chemnitz
C-1-33, Bd. 2

BStU
000051

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

3

2. Wie es sich in Zwickau bereits bewährt hat, sollten politisch und fachlich profilierte gesellschaftliche Kräfte an kirchlichen Veranstaltungen nichtreligiösen Charakters, insbesondere wenn sie außerhalb des kirchlichen Raumes stattfinden, teilnehmen, um dort offensiv die Politik unseres Staates zu vertreten und damit die oppositionellen Kräfte, deren Ziele und Machenschaften zu entlarven. Dazu gilt es, einen disponiblen Stamm geeigneter Kräfte auszuwählen, auf den in Abhängigkeit des von den Kirchenkräften gewählten Grundthemas jederzeit zurückgegriffen werden kann. Diese sind entsprechend argumentativ zu den anstehenden politischen Grundsatzen und Tagesfragen zu schulen, und vor allem darauf einzustellen, daß sie überlegt und gezielt auf falsche, einseitige und tendenziöse Auslegungen der Veröffentlichung "Aus dem Abschließenden Dokument des Wiener Treffens" reagieren können.

3. Geeignete Mitglieder der Kirchenvorstände sollten sowohl durch Mitarbeiter der zuständigen staatlichen Organe, Vertreter ihrer Beschäftigungsbetriebe als auch durch gesellschaftliche Kräfte über die Machenschaften der besagten feindlich-negativen Personen, insbesondere des "Konziliären Prozesses" und anderer kirchlicher Basisgruppen in Zwickau, die absolut nichts mit der Verkündigung des Evangeliums zu tun haben, ins Bild gesetzt werden. Dabei ist zu verdeutlichen, daß deren Ziele und Handlungen zum großen Teil in Widerspruch zur Meinung des Landesbischofs HEMPEL und einer Reihe Angehöriger des Kollegiums der Landeskirche Sachsens sowie zu den Aussagen des Generalsuperintendenten KRUSCHÉ im Interview vom 17. 1. 1989 im "Deutschlandfunk" stehen. Ihnen gegenüber sollte in geeigneter Form die Erwartung zum Ausdruck gebracht werden, daß sie sich in den Kirchenvorständen für die Wiederherstellung des kirchengesetzlichen Zustandes einsetzen und für die Bewahrung der Ergebnisse der Vereinbarungen vom 6. 3. 1978 wirken.

Gezielt sollte dazu auch die Information Nr. 247 des Zentralkomitees der SED zum Gespräch des Genossen HONECKER mit Landesbischof LEICH vom 3. 3. 1988 genutzt werden.

Die Arbeit mit dem [REDACTED], der sich, wie bekannt, im Prinzip gegen alle im Kirchenbezirk Zwickau stattfindenden oppositionellen Aktivitäten den Umständen nach wendet, sollte von geeigneten Mitarbeitern staatlicher Organe sehr einfühlsam organisiert werden.

Auf geeignete Mitglieder von Basisgruppen, die nicht Angestellte der Kirche sind, sollte in den Betrieben und Einrichtungen durch gesellschaftliche Kräfte Einfluß genommen werden, um sie von einer weiteren Mitarbeit in gegen den Staat agierenden oppositionellen Gruppen bzw. Gruppierungen abzuhalten.

Kopie BStU
Außenstelle Chemnitz
C-133, Bd. 2

BSU
000652

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4

4. Obwohl es sich bei den Angehörigen kirchlicher Basisgruppen, insbesondere des "Konziliaren Prozesses", im wesentlichen nicht um Antragsteller auf ständige Ausreise handelt und sie die Auffassung vertreten und verbreiten: "Wer verbleiben will, muß hierbleiben", ist ihr ermutigender Einfluss auf Antragsteller unter dem Deckmantel der Seelsorge nicht zu verkennen. Antragsteller auf ständige Ausreise bilden in diesem Zusammenhang die "breite Basis" für die oppositionelle, staatsfeindliche Tätigkeit der Basisgruppen. Deshalb soll durch die Arbeitsgruppe 0175/89 aus diesem Personenkreis keine Vorschläge als in der Vergangenheit für ständige Ausreisen, obwohl aus "humanitären Gründen" als auch wegen Gefahren für die staatliche Sicherheit, unterbreitet werden.

5. "Stumme Demonstrationen" auch das Anbrennen von Kerzen, die Teilnahme an sogenannten "Juko-Wanderungen" und ähnliche Aktivitäten, sollten observiert werden, um im Nachgang entsprechende gesellschaftliche Maßnahmen durch die zuständigen staatlichen Organe in Abstimmung mit dem 1. Sekretär der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED einzuleiten.

6. Ist eine vorbeugende Verhinderung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten nicht möglich, was angesichts der bisherigen Ignorierung jeglicher staatlicher Erwartungen sowohl durch Superintendent MIEH als auch durch Vertreter des sogenannten Konziliaren Prozesses nicht ausgeschlossen werden kann, sollten je nach Lage, Ort und Umfang derartiger Provokationen gesellschaftliche Kräfte unter Führung der Partei zum Einsatz gebracht werden. Dabei sollte vom Grundsatz ausgegangen werden, gegenüber der Zahl der Demonstranten und Provokateure mindestens die doppelte Anzahl von gesellschaftlichen Kräften zum Einsatz zu bringen.

Unter Beachtung der konkreten Umstände und Bedingungen sollten Diskussionen mit Provokateuren in der Öffentlichkeit vermieden werden. Der Einsatz gesellschaftlicher Kräfte sollte dabei den Charakter von Meetings bzw. Kampfdemonstrationen tragen (ein entsprechender Anlaß müßte der jeweiligen politischen Situation weitgehend angepaßt sein und könnte bis zum Zeitpunkt der Volkswahlen im Mai 1989 der Wahlauf Ruf der Nationalen Front bilden).

Da spontane provokatorische Handlungen durch die dem MFS bekannten feindlichen Kräfte, Gruppen und Gruppierungen, zum Beispiel aus "kirchlichen Veranstaltungen" heraus, nicht auszuschließen sind, sollten je nach Ort und Umfang der demonstrativen Handlungen auch Angehörige des Kampfgruppenbataillons (mot.) "Martin Hoop" in Zivil als gesellschaftliche Kräfte eingesetzt werden. Das erfordert allerdings, daß diese Kämpfer auf solche Aktionen durch die Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED vorbereitet werden. Des Weiteren sollte durch die Kreiseinsatzleitung ein spezielles Alarmierungssystem vorbereitet und durchgesetzt werden.

Kopie BSU
Außenstelle Chemnitz
C-1-33, Bd. 2

BStU

000053

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

7. Demonstrationen, die weder vorbeugend verhindert noch durch gesellschaftliche Kräfte unterbunden werden können, sind besonen unter Wahrung der Gesetzlichkeit und mit einer möglichst geringen Öffentlichkeitswirksamkeit, zum Beispiel durch die Anforderung, den Platz, die Straße, das Gebäude usw. umgehend zu verlassen, in möglichst kürzester Frist zuzulösen. Dazu hat auch in Verbindung mit der Feststellung der Personalien der Einsatz technischer Mittel zu erfolgen, an denen die Kräfte der Schutz- und Kriminalpolizei eingesetzt und in die Aufgaben eingewiesen werden sollten.

8. Für den Fall, daß eine Auflösung von Demonstrationen unter den vorgenannten Bedingungen absolut nicht möglich ist, sollten zielgerichtet Teilnehmer, insbesondere die Rädelsführer, festgenommen und zu den vorbereiteten Zuführungspunkten zugeführt werden. Die materiellen und personellen Voraussetzungen sind dazu zu gewährleisten, das heißt, es müssen unter allen Lagebedingungen personelle Reserven vorhanden sein, die nötigenfalls unverzüglich zum Einsatz gebracht werden können. Sollten die Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane nicht ausreichen, müßte über den Einsatz von Angehörigen der Kampfgruppe, einschließlich der notwendigen Fahrzeuge, entschieden werden.

Nach Festnahme bzw. Zuführung der Provokateure wird durch die bezirklichen Organe unter Führung der Partei über die weiteren Maßnahmen entschieden. Sollten sich diesbezüglich zentrale Entscheidungen notwendig machen, werden nach Abstimmung der Partner des Zusammenwirkens unter Führung der Partei der Zentrale entsprechende Vorschläge unterbreitet.

9. Im Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft zwischen Zwickau und Dortmund verstärkt sich sichtbar die Verbindung zwischen Mitgliedern der Partei der "Grünen" und der "Alternativen Liste" aus Dortmund zu den kirchlichen Basisgruppen, insbesondere den Vertretern des "Konziliaren Prozesses" des Kirchenbezirks Zwickau. Maßgeblich organisiert wird dieser Einfluß durch die Fraktionsvorsitzende der "Grünen" im Dortmunder Stadtparlament. So reisten am 20. 1. 1989 insgesamt 8 Personen aus der BRD als Privatbesucher nach Zwickau ein und unternahmen gemeinsam mit Vertretern des "Konziliaren Prozesses" eine Vielzahl von Aktivitäten. Davon verließen am 22. 1. 1989 4 Personen wieder die DDR.

Durch die Kräfte des Zusammenwirkens, vor allem aber die Abteilung Paß- und Meldewesen der VVA Zwickau, sollten diesbezügliche Anträge auf Einreise besondere aufmerksam geprüft werden und eine Genehmigung erst nach Abstimmung mit den Partnern des Zusammenwirkens im Bezirk und vor dort gegebenenfalls mit zentralen Dienststellen erfolgen.

Gleiches gilt für Anträge Reisen von Angehörigen kirchlicher Basisgruppen nach Dortmund bzw. der BRD insgesamt. Solche Reiseanträge sollten zwar differenziert, aber auf der Grundlage von Festlegungen des § 14, Ziffer 1, Buchstabe d, e, der Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland vom 30. November 1988 abgelehnt werden.

Kopie BStU
Außenstelle Chemnitz
C-L-33/80/2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU
000854
6

10. Auch im Hinblick auf die Veröffentlichungen im "Neuen Deutschland" vom 21./22. 1. 1989 "Aus dem Abschließenden Dokument des Wiener Treffens" sollten Reiseanträge, insbesondere von christlichen Bürgern der Stadt und des Landkreises Zwickau, die nicht in die Kategorie oppositioneller Kräfte einzustufen sind, zwar entsprechend der Reiseverordnung und den dienstlichen Bestimmungen des Ministeriums des Innern gründig geprüft, jedoch aus der Überlegung heraus, im Kirchenbezirk Zwickau einen Gegenpol zu den Kräften des "Konziliarprozesses" zu schaffen, von Fall zu Fall großzügig entschieden werden.

11. Die Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane müssen für den Fall der Notwendigkeit ihres Einsatzes in der Öffentlichkeit die Repräsentanz der Staatsmacht gewährleisten (uniformierte Angehörige der Deutschen Volkspolizei). Das gilt sowohl für den Einsatz bei öffentlichen Veranstaltungen im allgemeinen als auch bei Einsätzen zur Ausübung von Demonstrationen bzw. Provokationen, die sich gegen die sozialistische Staatsmacht richten im besonderen.

Dazu sind Schutzorgane unter Auswertung bisheriger Erfahrungen, insbesondere in das taktisch richtige, aber auch entschlossene Handeln, mit den Angehörigen der Deutschen Volkspolizei und der Kampfgruppen vorzunehmen.

12. Für den Fall der Notwendigkeit von Festnahmen bzw. Zuführungen von Provokateuren hat dies zu vorbereiteten Zuführungspunkten zu erfolgen.

13. Der 1. Sekretär der Kreisleitung Zwickau-Stadt der SED und Vorsitzende der Kreiseinsatzleitung hat bei öffentlichen Einsätzen eine einheitliche Führung der Schutz- und Sicherheitsorgane zu gewährleisten.

14. Das Zwickauer Modell sollte nach Bestätigung durch das Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl Marx-Stadt der SED, Genossen Siegfried [?], allen 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED und Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen übergeben werden. Es soll dazu dienen, um für den Fall analoger Entscheidungen, bereit zu sein, entsprechend zu handeln.

Insgesamt muß eingeschätzt werden, daß sich der Kirchenbezirk Zwickau mit Superintendent MIETH an der Spitze immer mehr zu einem oppositionellen Zentrum nicht nur des Bezirkes, sondern auch über dessen Grenzen hinaus, entwickelt. Horausgebildet haben sich Beziehungen zu analogen Gruppen und Gruppierungen in Leipzig, Dresden, Jena, insbesondere auch nach Berlin, sowie zu Kräften um solche Staatsfeinde wie FUCHS, JAHN, FISCHER, WOLLENBERG und BOHLEY.

Insbesondere von Berlin wird zunehmend antisozialistische und staatsfeindliche Literatur nach Zwickau eingeführt und auch in Zwickau hergestellt.

Kopie BSU
Außenstelle Chemnitz
C-1-33, Bd. 2

BStU
000088

Anlage 1

Politisch und fachlich profilierte Genossen, die bei Notwendigkeit in Abstimmung mit dem 1. Sekretär der Kreisleitung an kirchlichen Veranstaltungen nicht religiösen Charakters teilnehmen und darauf vorbereitet sind:

Aus Bereichen der Pädagogischen Hochschule "Ernst Schneller" Zwickau

Fachgebiet Philosophie

Doz. Dr. sc. [REDACTED]
Doz. Dr. sc. [REDACTED]

Wissenschaftlicher Kommunismus

Prof. Dr. sc. [REDACTED]
Dr. sc. [REDACTED]

Politische Ökonomie

Doz. Dr. sc. [REDACTED]
Doz. Dr. sc. [REDACTED]

Germanistik/Literatur

Doz. Dr. sc. [REDACTED]
Dr. [REDACTED]

Sportpolitik

Dr. [REDACTED]

Pädagogik

Doz. Dr. sc. [REDACTED]

Kopie BStU
Außenstelle Chemnitz
L-33, Bd. 2

⁴³⁵ BStU, ASt Chemnitz L-33, Bd. 2, S. 88-96.

9
BSTU
000089 /

Aus Bereichen der Ingenieurhochschule Zwickau

Hochschullehrer Politische Ökonomie Sozialismus

Prof. Dr. [REDACTED]

Sektion [REDACTED] SBW

Prof. Dr. [REDACTED]

[REDACTED] Werkzeugm.-konstruktion

Prof. Dr. [REDACTED]

[REDACTED] Technologie

Prof. Dr. [REDACTED]

[REDACTED] Kfz.-Technik

Prof. Dr. [REDACTED]

[REDACTED] Elektroautomatisierungstechnik

Prof. Dr. [REDACTED]

Sektion Elektroautomatisierungstechnik

Doz. Dr. [REDACTED]

[REDACTED] Institut Marxismus-Leninismus

Prof. Dr. [REDACTED]

Institut ML - Philosophie

Oberassistent Dr. [REDACTED]

[REDACTED] Gesellsch.-wissensch.-Politi.Ök.Soz.

Prof. Dr. [REDACTED]

Kopie BSTU
Außenstelle Chemnitz
C-6-53, Bd. 2

16 BStU
000090

[REDACTED]

Dr. päd. [REDACTED]

Lektion Technologie - Hydraulik

Dr. [REDACTED]

Der Einsatz erfolgt über den Parteisekretär der Pädagogischen Hochschule, Genossen Dr. Klaus Reinhold, und über den Parteisekretär der Ingenieurhochschule, Genossen Hans Fahrenhorff.

KOPIE BStU

Kopie BStU
Außenstelle Chemnitz
C-633, Bd. 2

Anlage 2

Kirchliche Amtsträger, die in der Stadt Zwickau an der Spitze oppositioneller Maßnahmen stehen:

1. Superintendent Mieth, [redacted]
geb.am: 28.08.1928 in Leipzig
wohnhaft: Zwickau, [redacted]
Superintendent evangelisch-lutherischer Kirchen-
bezirk Zwickau
2. Kirchenrat Richter, Andreas
geb.am: 9.10.1953 in Aue
wohnhaft: Zwickau, [redacted]
Evangelisch-lutherisches Bezirkskirchenamt Zwickau
3. Pfarrer Dr. Käbisch, Edmund
geb.am: 9.1.1944 in Waldenburg
wohnhaft: Zwickau, [redacted]
Evangelisch-lutherische Kirche,
Dom St. Marien Zwickau
4. Pfarrer Richter, Karl-Heinz
geb.am: 30.3.1936 in Söbberg
wohnhaft: Zwickau, [redacted]
Evangelisch-lutherische Kirche Zwickau
5. Diakon Albrecht, Christian
geb.am: 17.12.1936 in Wellerswalde
wohnhaft: Zwickau, [redacted]
6. Baier, Jörg
geb.am: 30.9.1965 in Zwickau
wohnhaft: Zwickau, [redacted]
Dom St. Marien Zwickau / Küster

Sachlich und loyal eingestellte kirchliche Amtsträger:

1. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1949 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]
2. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1949 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]
3. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1942 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]
4. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1933 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]
5. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1940 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]
6. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1929 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]
7. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1931 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]
8. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1960 in [REDACTED]
wohnhaft: Zwickau, [REDACTED]
[REDACTED]

Kopie BSU
Außenstelle Chemnitz
C-6-33, SA 2

BSU
000093

9. Pfarrer [REDACTED]
geb.am: [REDACTED] 1959 in [REDACTED]
Geburtsort: Zwickau, [REDACTED]

Zur Gesprächsführung werden die Ratsmitglieder bzw.
Mitarbeiter des Rates der Stadt

- Genosse [REDACTED]
- Genosse [REDACTED]
- Genosse [REDACTED]
- Genosse [REDACTED]
- Genosse Stowasse [REDACTED]
- Koll. [REDACTED]
- Koll. [REDACTED]

eingesetzt.

KOPIE
BSTU

Kopie BSU
Außenstelle Chemnitz

Anlage 4

14
BSTU
000094

Ausgewählte und abgestimmte Einsatzkräfte

VEB Steinkohlenkokereien "August Sebel"

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1967
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9591

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1959
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9540

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1951
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9540

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1964
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9570

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1957
wohnhhaft: [REDACTED] Mülsen St. Niclas 9517

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1957
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9540

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1965
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9591

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1965
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9540

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1965
wohnhhaft: [REDACTED] Reinsdorf 9522

[REDACTED]
geb. [REDACTED] 1964
wohnhhaft: [REDACTED] Zwickau 9580

KOPIE
BSTU

Kopie BSTU
Außenstelle Chemnitz
C-1-33, Bd. 2

BStU
000095

15

RAW "7. Oktober"

geb. [redacted] 1936
wohnhaft: [redacted], Zwickau 9580

geb. [redacted] 1943
wohnhaft: [redacted], Lengenfeld 9802

geb. [redacted] 1936
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9560

geb. [redacted] 1940
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9560

geb. [redacted] 1928
wohnhaft: [redacted], Crimmitschau 9630

geb. [redacted] 1948
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9550

geb. [redacted] 1954
wohnhaft: [redacted] Ebersbrunn

geb. [redacted] 1958
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9540

geb. [redacted] 1927
wohnhaft: [redacted], Zwickau 9500

geb. [redacted] 1952
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9540

geb. [redacted] 1940
wohnhaft: [redacted], Wilkau-Haßlau

geb. [redacted] 1934
wohnhaft: [redacted] Zwickau

KOPIE BStU

Kopie BStU
Außenstelle Chemnitz
C-4-35, Bd. 2

№ BSTU
000096

VEB Kraftverkehr Zwickau

geb. [redacted] 1948
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9580

geb. [redacted] 1954
wohnhaft: [redacted], Zwickau 9580

geb. [redacted] 1937
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9560

geb. [redacted] 1948
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9580

geb. [redacted] 1934
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9560

geb. [redacted] 1944
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9580

geb. [redacted] 1930
wohnhaft: [redacted], Zwickau 9540

geb. [redacted] 1936
wohnhaft: [redacted], Zwickau 9560

geb. [redacted] 1942
wohnhaft: [redacted] Zwickau 9580

geb. [redacted] 1951
wohnhaft: [redacted], Zwickau 9580

Reserve:

geb. [redacted] 1938
wohnhaft: [redacted], Reinsdorf 9522

Kopie BSTU

Kopie BSTU
Außenstelle Chemnitz
C-633, Bd. 2

7.2 TRANSKRIPTION REPORTAGE „ZWICKAUER MODELL“ IM MDR AUGUST 2009

MDR: August 89, der Dom zu Zwickau ist im Bezirk Karl-Marx-Stadt das Zentrum für jene, die auf ihre Ausreise in die BRD warten, kurz: A-Bürger genannt. Die meisten sind keine Christen. Drei Pfarrer kümmern sich um sie, geben ihnen Beistand, organisieren Treffs. Einer von ihnen ist Edmund Käbisch.

KÄBISCH: Gerade im Dom haben wir das Wort Gottes auch für die Leute verkündigt, die nach dem Westen gehen wollten, konkret für ihre Situation und das war eben damals äußerst gefährlich, politisch brisant und da sind unterschiedliche Maßnahmen der Zersetzung gelaufen.

MDR: Die SED-Bezirksleitung beginnt mit einem psychologischen Feldzug, dem sogenannten „Zwickauer Modell“. Das Ziel diese Opposition unter dem Dach der Kirche zu unterwandern, von innen her zu zerstören. Einer der Architekten dieses Modells, der heutige Landtagsabgeordnete der LINKE-Fraktion, Klaus Bartl. Wie funktionierte das?

BARTL: Also indem man letzten Endes in Veranstaltungen, die dann Kirche organisierte, eigene Leute reinsetzte, indem man mehr oder weniger zu bestimmten Aufrufen, die dort gestartet worden sind, Gegenaktionen startete...

MDR: Anfänglich gelingt die Zersetzung bis in die Kirchenleitungen hinein. Der damalige Pfarrer, Edmund Käbisch, erinnert sich.

KÄBISCH: Die Hauptgefahr waren die eigenen Brüder und Schwestern. Die sind so gelenkt und gesteuert worden, ohne, dass ihnen das so bewusst wurde.

MDR: Nach der Wende hat man versucht, das „Zwickauer Modell“ als Dialogbereitschaft oder neues Denken zu interpretieren. „Nein“, sagt Klaus Bartl heute, „es war nur eine andere, feinere Art von Repression.“ Edmund Käbisch zitiert aus einem Gesprächsprotokoll der Staatssicherheit vom August 89.

KÄBISCH: „Ich würde deinen Käbisch und wie sie alle heißen, schon alle eingedockt haben. Auf lebenslänglich würde ich plädieren, aber das geht nicht.“

MDR: Das „Zwickauer Modell“ sollte sich bereits einen Monat später überlebt haben. Die Modellbauer hatten ihre Spielwiese klammheimlich geräumt.

7.3 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BEK	Bund evangelischer Kirchen
BdVP	Bezirksdirektion der Volkspolizei
BL	Bezirksleitung
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CDU	Christlich Demokratische Union
DDR	Deutsche demokratische Republik
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GM	„Guter Mensch“, diese IM-Kategorie gab es nur im Bezirk Karl-Marx-Stadt
HA	Hauptabteilung
HA XX/4	Hauptabteilung XX, Abteilung 4; Kirchen und Religionsgemeinschaften
IHS	Ingenieurhochschule
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
JHS	Juristische Hochschule des MfS
KD	Kreisdienststelle
KL	Kreisleitung
KMSt	Karl-Marx-Stadt
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LKA	Landeskirchenamt
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
OV	Operativer Vorgang
PHS	Pädagogische Hochschule
RAW	Reichsbahnausbesserungswerk
RdB	Rat des Bezirks
RdK	Rat des Kreises

RL	Richtlinie
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration
StAC	Staatsarchiv Chemnitz
StAZ	Stadtarchiv Zwickau
UNO	United Nations Organization, Vereinte Nationen
VEB	Volkseigener Betrieb
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Kontrollgruppe

8. SELBSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorstehende Zulassungsarbeit selbständig verfasst habe und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden, dass Zitate kenntlich gemacht sind und die Arbeit noch in keinem anderen Prüfungsverfahren vorgelegt wurde.

(Datum)

(Unterschrift)